

DANIEL HÖRSCH

Verständigungsorte in polarisierenden Zeiten

Studie zur Stimmungslage
der Gesellschaft

verständigungs
Wir. Reden. Hier.
ORTE



INHALTSVERZEICHNIS

1. Zentrale Befunde	3
2. Einleitung	7
3. Zur Anlage und Methodik der Studie	10
4. Erkundungen	13
4.1 Polarisierende Zeiten	16
4.2 Stimmungslage der Gesellschaft	21
4.3 Kommunikation über polarisierende Themen	46
4.4 Verständigungsorte	62
4.5 Gesellschaftlicher Zusammenhalt	71
4.6 Resilienz und Glaube in multiplen Krisenzeiten	78
5. Einordnungen – Perspektiven	86
5.1 Gesellschaftspolitisches Meinungsklima: „Ja, aber...“	87
5.2 Entkoppelung von persönlicher Lebenswelt und Erwartungshorizont bezüglich der Gesellschaft	92
5.3 Sehnsucht nach Verständigung	97
5.4 Diskurs-Konfliktarenen	102
5.5 Unbehagen gegenüber ungewisser Zukunft	105
5.6 Trost, Halt und Hoffnung als Resilienzfaktoren in unsicheren Zeiten	108
6. Anhang	112
6.1 Literatur	113
6.2 Fragebogen	114



KAPITEL 1

**Zentrale
Befunde.**





Gesellschaftliche Spaltung und Demokratiezufriedenheit

Diskurskultur in der Krise und Konfliktvermeidung

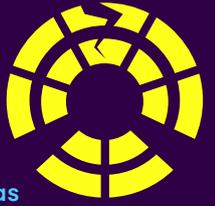
82%

nehmen eine Spaltung wahr¹



61%

befürworten das politische System²



59%
gehen Konflikten aus den Weg⁴



36%

haben erlebt, dass Diskussionen unsachlich, respektlos geführt werden³



32%

haben den Kontakt abgebrochen⁵



Sehnsucht nach Verständigung

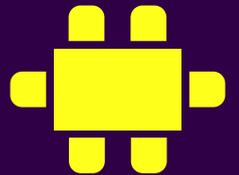
64%

haben das Bedürfnis nach Verständigung⁶



58%

befürworten Bürgerversammlungen⁷



Resilienz und Glauben

50%

sehen Freizeitaktivitäten als Quelle in Krisenzeiten¹³



75%

wünsche sich eine neutrale Moderation⁸



32%

spielen Religiosität eine Rolle¹⁴

Die Gesellschaft im „Ja, aber“-Modus: Lebenszufriedenheit und Zukunftsausblick

89%

haben Angst vor Hass⁹



93%

glauben an eine schlechtere Zukunft für die jüngere Generation¹²



78%

sind mit persönlichem Leben zufrieden¹⁰



85%

sehen die gesellschaftliche Zukunft mit Sorge¹¹





Gesellschaftliche Spaltung und Demokratiezufriedenheit

1. Vier von fünf Bundesbürgern nehmen eine Spaltung der Gesellschaft wahr (82 %). Nach Meinung der meisten verläuft diese zwischen einer kleinen Minderheit und einer großen Mehrheit der Gesellschaft (48 %) und nicht zwischen zwei gleichgroßen Lagern (37 %).
2. Zwei Drittel der Bundesbürger befürworten das politische System grundsätzlich (61 %), allerdings sind nur 38 Prozent mit der praktischen Umsetzung zufrieden. Die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist bei Ostdeutschen (66 %) sowie Personen mit niedrigerem Einkommen oder Bildungsabschluss besonders ausgeprägt (65 %). AfD- und BSW-Anhänger zeigen die stärkste Ablehnung der aktuellen Demokratiepraxis (94 %).

Diskurskultur in der Krise und Konfliktvermeidung

3. 70 Prozent der Bundesbürger sind davon überzeugt, dass Diskussionen über wichtige Themen in der Öffentlichkeit heute weniger sachlich und respektvoll geführt werden als früher. Jeder Dritte hat persönlich schon erlebt, dass Diskussionen über polarisierende Themen unsachlich oder respektlos geführt wurden (36 %).
4. Polarisierte Themen werden vor allem im engeren sozialen Umfeld diskutiert, jedoch vermeidet die Mehrheit der Bundesbürger bewusst bestimmte Themen, um Konflikten aus dem Weg zu gehen (59 %).
5. Ein Drittel der Bundesbürger hat wegen unterschiedlicher Meinungen zu polarisierenden Themen schon einmal den Kontakt zu Personen in ihrem Umfeld verringert oder abgebrochen (32 %).

Sehnsucht nach Verständigung

6. Trotz der Konfliktvermeidung gibt es ein starkes Bedürfnis nach Verständigung und Austausch. 64 Prozent sprechen im geschützten Rahmen, etwa mit Freunden oder der Familie, über polarisierende Themen.
7. Mehr als die Hälfte der Bundesbürger sehen Bürgerversammlungen als geeignete Verständigungsorte an (58 %).
8. Um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich diskutieren zu können, wünschen sich die meisten



Befragten eine Umgebung mit einer neutralen, unvoreingenommenen Moderation (75 %). Klare Regeln für die Kommunikation sehen 69 Prozent als wichtig an sowie 61 Prozent eine Anreicherung mit Expertenwissen und Fakten. Mehr als die Hälfte erachten darüber hinaus einen geschützten Rahmen als notwendig, um frei ihre Meinung äußern zu können (59 %).

Professionell moderierte Verständigungsorte können helfen, emotionale Spannungen abzubauen und Brücken zwischen unterschiedlichen Gruppen zu schlagen. Ohne geeignete Räume für konstruktiven Dialog droht eine weitere Polarisierung der Gesellschaft.

Die Gesellschaft im „Ja, aber“-Modus: Lebenszufriedenheit und Zukunftsausblick

9. Die größten Ängste der Bevölkerung betreffen zunehmenden Hass (89 %), gesellschaftliche Konflikte (86 %) und den Umgang der Menschen miteinander (86 %). Rechtsextremismus (71 %), Inflation (70 %) und Migration (57 %) sind weitere zentrale Themen, wobei sich die Sorgen entsprechend der Parteipräferenzen stark unterscheiden.
10. Trotz der gesellschaftlichen Spannungen sind 78 % mit ihrem persönlichen Leben zufrieden.
11. Die Zukunftsperspektive der meisten ist jedoch pessimistisch: Mehr als die Hälfte der Bundesbürger blickt mit Sorgen in die persönliche Zukunft (52 %), 85 Prozent sehen die gesellschaftliche Zukunft mit Sorge.
12. Das gesellschaftliche „Zukunftsversprechen“ – dass es der jüngeren Generation in der Zukunft besser gehen wird – glaubt gegenwärtig fast niemand (7 %), während zwei Drittel davon ausgehen, dass es der jüngeren Generation in dreißig Jahren in Deutschland schlechter gehen wird (66 %).

Resilienz und Glauben

13. Persönliche Beziehungen (56 %) und Freizeitaktivitäten (50 %) sind die wichtigsten Quellen mentaler Stärke in Krisenzeiten.
14. Religiosität spielt für ein Drittel der Bundesbürger (32 %) eine Rolle, und mehr als ein Drittel ist der Überzeugung, dass gläubige Menschen eine höhere Resilienz besitzen.



KAPITEL 2

Einleitung.





Die Verständigung der Bürger untereinander ist nicht nur die Voraussetzung, sondern auch der Zweck demokratischer Prozesse. Eine intakte Öffentlichkeit ist der Ort, an dem diese Verständigung möglich wird.¹ Die gegenwärtig zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen und die Wahrnehmung von Spaltungen in Deutschland werfen daher drängende Fragen auf: Wie kann in einer gefühlt polarisierten Gesellschaft Verständigung gelingen? Welche Orte und Strukturen fördern respektvollen Dialog und gegenseitiges Verständnis? Und wie lässt sich Vertrauen in politische Institutionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken?

Aktuelle gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen in Deutschland verdeutlichen die angespannte gesellschaftliche Diskurslage. Themen wie der Umgang mit dem Klimawandel, die Migrationspolitik, die soziale Gerechtigkeit sowie die Zukunft des Bildungssystems stehen ebenso wie Fragen zu Demokratiegefahren und zum Rechtsextremismus im Zentrum der öffentlichen Debatten. Diese Diskurse verdeutlichen die dringende Notwendigkeit, Verständigungsorte und Brücken zwischen divergierenden Gruppen zu schaffen. Die jüngsten politischen Auseinandersetzungen, etwa um die Radikalisierung des öffentlichen Diskurses oder die Kritik an der Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen, werfen zudem die Frage auf, wie Vertrauen in Politik und Gesellschaft wiederhergestellt werden kann.

Die Evangelische Arbeitsstelle midi hat sich vor dem Hintergrund der Initiative #VerständigungsOrte Ende 2024 vorgenommen, diesen Fragen auf den Grund zu gehen und hat deshalb das Meinungsforschungsinstitut Forsa mit einer repräsentativen Befragung der bundesdeutschen Bevölkerung beauftragt. Ziel der Befragung war es, zu untersuchen, wie Menschen in Deutschland polarisierende Themen wahrnehmen, verarbeiten und kommunizieren und wie Verständigungsorte im Habermas'schen Sinn dabei gestaltet sein müssten.

Die vorliegende Studie „Verständigungsorte in polarisierenden Zeiten“ beleuchtet zentrale gesellschaftliche Dynamiken und liefert empirisch fundierte Erkenntnisse zu Polarisierungsphänomenen, Demokratiezufriedenheit und Resilienzstrategien in Deutschland. Die Untersuchung erfasst nicht nur die Wahrnehmung gesellschaftlicher Spaltungen und den Umgang mit polarisierenden Themen, sondern widmet sich auch der Suche nach Orten und Ansätzen, die eine respektvolle Verständigung fördern können.

Zunächst werden in Kapitel 3 die Anlage und Methodik der Studie vorgestellt. Die deskriptive Darstellung der empirischen Ergebnisse der Forsa-Befragung erfolgt in aller Breite und Tiefe in Kapitel 4 unter der Überschrift „Erkundungen“. Hierbei werden die Stimmungslage der Gesellschaft, Kommunikationsdynamiken

¹ Vgl. hierzu ausführlich Jürgen Habermas, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin 2022.

zu kontroversen Themen sowie die Bedeutung von Gemeinschaft, Spiritualität und Resilienz in Krisenzeiten detailliert analysiert. Es werden spezifische soziodemographische, regionale und politische Charakteristika herausgearbeitet, die zentrale Unterschiede in der Wahrnehmung und im Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen aufzeigen.

Kapitel 5 „Einordnungen – Perspektiven“ rahmt diese Befunde theoretisch und eröffnet Diskussionsräume für die gesellschaftspolitische Einordnung der Ergebnisse. Hierbei stehen die Sehnsucht nach Verständigung, die Entkoppelung von individueller Lebenswirklichkeit und gesellschaftlichen Erwartungen sowie die Herausforderungen und Potenziale einer von Unsicherheit geprägten Zukunft im Mittelpunkt.

Die vorliegende Studie wäre ohne die kollegiale Zusammenarbeit mit vielen Beteiligten nicht möglich gewesen.

Zuvorderst gilt der Dank den Kolleginnen und Kollegen im Team der Evangelischen Arbeitsstelle midi, im Besonderen David Bergmann, Walter Lechner, Dr. Tobias Kirchhof, Beatrix Pahl und Dr. Sigurd Rink. Der kollegiale Austausch, die zahlreichen Anmerkungen und Anregungen im Prozessverlauf und in der Auswertung der Ergebnisse haben die Studie an vielen Stellen außerordentlich bereichert.

Darüber hinaus ist den Kolleginnen und Kollegen zu danken, die die Kommunikation und Pressearbeit der Studie verantworten, insbesondere Louisa Gallander von der Evangelischen Arbeitsstelle midi und Verena Götze vom Zentrum Kommunikation der Diakonie Deutschland. In diesem Zusammenhang gilt unser Dank auch der Agentur gobasil, die die Studienergebnisse grafisch aufbereitet und in eine angenehm lesbare Form gebracht hat.

Besonders danken wir schließlich dem Meinungsforschungsinstitut Forsa, namentlich Frau Judith Leicht, für die außerordentlich professionelle und vertrauensvolle Zusammenarbeit beim Design des Fragebogens, dem Hosting der Online-Befragung und der Erstauswertung der Ergebnisse.



Daniel Hörsch,
Berlin im Januar 2025



KAPITEL 3

Zur Anlage und Methodik der Studie.





Die Evangelische Arbeitsstelle midi hat das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Dezember 2024 beauftragt, eine repräsentative Online-Befragung unter insgesamt 2.000 Bürgern ab 18 Jahren in Deutschland durchzuführen.¹

Im Rahmen der quantitativen Studie wurden verschiedene Aspekte der Lebenszufriedenheit, politische Einstellungen und gesellschaftliche Entwicklungen untersucht. Im Mittelpunkt standen dabei sowohl persönliche Wahrnehmungen und Einschätzungen als auch die gesellschaftliche Stimmung zu Themen wie Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und polarisierten Diskussionen. Zudem wurden die Wahrnehmung der eigenen politischen Wirksamkeit und die Demokratiezufriedenheit, einschließlich der Einschätzung der politischen Beteiligungsmöglichkeiten und der Rolle von Politikerinnen und Politikern ermittelt und untersucht, welche gesellschaftlichen Entwicklungen den Bürgerinnen und Bürgern Sorgen bereiten und wie sie das soziale Klima und die soziale Gerechtigkeit in Deutschland wahrnehmen. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Auseinandersetzung mit polarisierenden Themen und der Frage, wie respektvolle und sachliche Diskussionen in der Gesellschaft gefördert werden können. Insbesondere interessierten hier die Frage nach geeigneten Verständigungsorten und auch die Frage nach Resilienz und Glaube in Krisenzeiten.

Die Befragung fand vom 12. bis zum 20. Dezember 2024 im Rahmen von forsa.Omninet statt, dem repräsentativen Online-Panel von Forsa mit mehr als 150.000 aktiven Teilnehmenden, das ausschließlich offline über Telefoninterviews rekrutiert wird. Die aktive Rekrutierung erfolgt im Rahmen von forsa.Omninet, der telefonischen Mehrthemenumfrage von Forsa. Durch diesen aufwendigen Rekrutierungsprozess hat jeder Haushalt in Deutschland die gleiche statistische Chance, am Panel teilzunehmen.²

Die ausschließliche Rekrutierung aller an forsa.Omninet Teilnehmenden über bevölkerungsrepräsentative Telefoninterviews wurde aus methodischen Gründen gewählt. Die Auswahl der Teilnehmenden beruht auf einem wissenschaftlich anerkannten Auswahlverfahren auf Basis einer reinen Zufallsstichprobe. Es gibt keinerlei Möglichkeit, sich für eine Teilnahme am Panel zu bewerben, die Auswahl ist allein durch das Zufallsverfahren gesteuert. Aufgrund des telefonischen Kontaktes bestehen keine Zweifel über die Identität der Teilnehmenden. Die Teilnahme-motivation „Geld verdienen mit Umfragen“ ist ausgeschlossen. Mehrfachanmeldungen, Fake-Profile, automatische Bots etc. werden durch den Stichprobenansatz ebenfalls grundsätzlich verhindert. Auch Internet-Wenignutzer bzw. Teil-Offline

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Studie das generische Maskulinum verwendet. Die in dieser Arbeit verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter.

² Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 2 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland übertragen werden.



(z. B. Personen, die nur E-Mail, aber keine anderen Online-Dienste nutzen) sind im Panel vertreten. Den Panel-Teilnehmenden ist es nicht möglich, selbst eine Befragung ihrer Präferenz auszuwählen.

Alle online-gestützten Interviews werden über automatisierte Prüfprozesse kontrolliert (z. B. Interviewlänge, Messung der Antwortzeiten einzelner Fragen, vereinfachte inhaltliche Plausibilitätsprüfung). So wird z. B. für jedes Interview – teilweise auf Einzelfragenebene – automatisch die Zeit gemessen, die sich die Teilnehmenden für die Beantwortung nehmen. Auf diese Weise können ‚Durchklicker‘ identifiziert werden. Interviews mit unplausibel kurzer bzw. unterdurchschnittlicher Befragungsdauer können aus dem Datensatz entfernt werden.

Die Befragungsdauer betrug zwischen 15 und 20 Minuten.

Neben standardisierten Fragen wurden den Studienteilnehmenden auch offene Fragen gestellt, auf die sie spontan und assoziativ antworten konnten.

Außer den soziodemographischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Einkommen werden die Ergebnisse teilweise auch nach inhaltlichen Kriterien (wie der Zufriedenheit mit dem eigenen Leben) sowie nach der Parteinäigung dargestellt. Die Parteinäigung beschreibt dabei die längerfristige Neigung oder Tendenz einer Person zu einer bestimmten politischen Partei unabhängig von einer etwaigen kurzfristigeren Wahlentscheidung und ist somit ein „härterer“ Indikator zur Beschreibung der politischen Orientierung als die Wahlabsicht anhand der sogenannten „Sonntagsfrage“.

Um die Ergebnisse der Befragung auch in einer Langzeitperspektive betrachten zu können, wurden bei den Fragen nach der Demokratiezufriedenheit, dem Solidarklima und der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland bestehende Fragen aus Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Bertelsmann-Stiftung repliziert.



KAPITEL 4

Erkundungen.





In diesem Kapitel werden die empirischen Ergebnisse im Detail zu folgenden Themen vorgestellt:

4.1 Polarisierende Zeiten

4.2 Stimmungslage der Gesellschaft

- 4.2.1 Lebenszufriedenheit und Zukunftsausblick
- 4.2.2 Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit
- 4.2.3 Sorgenbarometer und „Triggerthemen“

4.3 Kommunikation über polarisierende Themen

- 4.3.1 Politische (Selbst-)Wirksamkeit
- 4.3.2 Öffentliche Kommunikation über polarisierende Themen
- 4.3.3 Austausch über polarisierende Themen im persönlichen Umfeld
- 4.3.4 Respekt und Sachlichkeit beim Austausch über polarisierende Themen
- 4.3.5 Meinungskonvergenz im persönlichen Umfeld
- 4.3.6 Themenvermeidung im persönlichen Umfeld
- 4.3.7 Kontaktabbrüche im persönlichen Umfeld

4.4 Verständigungsorte

- 4.4.1 Austausch über polarisierende Themen außerhalb des persönlichen Umfeldes
- 4.4.2 Geeignete Verständigungsorte
- 4.4.3 Kriterien für Verständigungsorte

4.5 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- 4.5.1 Einschätzung des Solidarklimas
- 4.5.2 Soziale Gerechtigkeit in Deutschland

4.6 Resilienz und Glaube in Zeiten multipler Krisen

- 4.6.1 Mentales „Auftanken“
- 4.6.2 Wichtigste Ansprechperson bei Sorgen
- 4.6.3 Bedeutung von Spiritualität und Religiosität für mentales Wohlergehen
- 4.6.4 Spirituell-religiöse Praktiken
- 4.6.5 Gläubige Menschen kommen besser durch Krisen



Jedem Abschnitt ist der zentrale Befund vorangestellt. Im Rahmen der Studie werden empirische Befunde in den einzelnen Abschnitten als sogenannte Charakteristika herausgearbeitet, die durch besondere Auffälligkeiten gekennzeichnet sind:

- Soziodemographische Charakteristika (Geschlecht, Alter)
- Regionale Charakteristika (Ost/West, Raumschaft)
- Bildungs- und Einkommenscharakteristika (Schulabschluss, Haushalt Nettoeinkommen)
- Konfessionelle Charakteristika (evangelisch, katholisch, andere nichtchristliche Religionsgemeinschaft, konfessionslos)
- Parteineigung (politische Selbsteinschätzung, Anhänger von CDU/CSU, SPD, Grüne, FDP, Linke, AfD, BSW)

Es werden jeweils nur die Charakteristika dargestellt, bei denen entsprechend empirische Auffälligkeiten zu verzeichnen sind.

Die herausgearbeiteten Charakteristika werden in Kapitel 5 systematisch aufgegriffen und diskutiert.



4.1 POLARISIERENDE ZEITEN

Mit der Studie „Triggerpunkte“ des Berliner Soziologen Steffen Mau et. al. rückte seit 2023 die Frage, ob und inwieweit wir in einer gespaltenen Gesellschaft leben, verstärkt in den Fokus öffentlicher Diskurse. Allerdings fällt auf, dass in Umfragen kaum explizit danach gefragt wird, ob die Befragten der Meinung sind, dass die Gesellschaft gespalten ist – und wenn ja, ob sie die Ansicht vertreten, dass es zwei gleich große Lager gibt oder dass die Gesellschaft eher in eine große Mehrheit und eine kleine Minderheit gespalten ist.

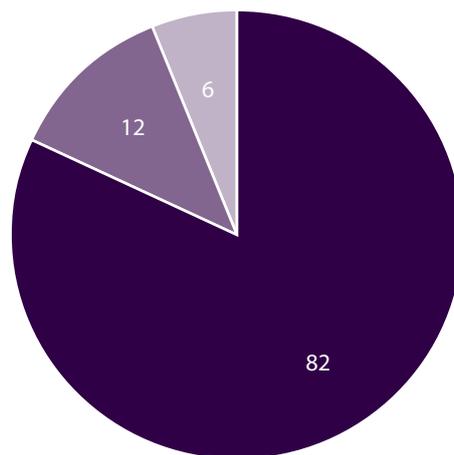
Mehrheit nimmt Spaltung der Gesellschaft wahr

Recht eindeutig ist die Einschätzung der Befragten in der vorliegenden Studie zur Frage, ob die Gesellschaft gegenwärtig gespalten ist oder nicht.



Vier von fünf Bundesbürgern nehmen eine Spaltung der Gesellschaft wahr (82%). Nur eine Minderheit ist der Meinung, die Gesellschaft ist gegenwärtig nicht gespalten (12%).

Unsere Gesellschaft ist aktuell gespalten



■ sehe ich auch so ■ ich bin nicht der Meinung ■ weiß nicht / keine Angabe

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Soziodemographische Charakteristika

Eine gesplattene Gesellschaft nehmen Frauen etwas mehr (84 %) als Männer (80 %) wahr. Mit Blick auf die Altersgruppen wird diese Ansicht insbesondere bei den 45- bis 59-Jährigen häufig geteilt (87 %). Bei den Über-60-Jährigen wird eine gesplattene Gesellschaft eher im Osten stärker wahrgenommen (89 %; Westen: 79 %).



Regionale Charakteristika

Im Osten Deutschlands ist die Wahrnehmung einer gesplattenen Gesellschaft etwas höher (85 %) als im Westen (82 %). Bundesbürger, die eher in Mittelstädten (20.000 bis 100.000 Einwohner) und Großstädten wohnen, empfinden die Spaltung der Gesellschaft etwas stärker (jeweils 84 %) als Menschen in Gemeinden und Kleinstädten (unter 5000 Einwohner).



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Bundesbürger mit Abitur teilen häufiger die Ansicht, die Gesellschaft sei gesplattent (83 %) als Menschen mit geringeren Bildungsabschlüssen, etwa dem Hauptschulabschluss (80 %). Damit geht der Befund einher, dass vornehmlich Bundesbürger mit einem Haushaltsnettoeinkommen zwischen 5000 und 7000 € eine gesplattene Gesellschaft wahrnehmen, allerdings auch Menschen mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 1000 bis 1500 €.



Religionsbezogene Charakteristika

Evangelische nehmen stärker eine Spaltung der Gesellschaft wahr (86 %) als Katholische (80 %) oder Konfessionslose (82 %). Bundesbürger, die einer nicht-christlichen Religionsgemeinschaft angehören, teilen diese Ansicht in geringerem Maße (78 %). Menschen, die angeben, täglich, wöchentlich oder einmal im Monat zu beten, nehmen seltener eine Spaltung der Gesellschaft wahr als Menschen, die dies selten oder nie tun.



Parteieneigung

Anhänger der AfD (94 %) und des BSW (91 %) nehmen häufiger eine Spaltung der Gesellschaft wahr als Parteianhänger der sogenannten „demokratischen Mitte“. Bei CDU/CSU- und FDP-Anhängern ist die Wahrnehmung einer gesplattenen Gesellschaft am geringsten (jeweils 79 %).

**Gespaltene Gesellschaft?**

Es sehen auch so, dass unsere Gesellschaft gegenwärtig gespalten ist

		Ja	Nein
Insgesamt		82	12
Ost		85	11
West		82	12
Männer		80	15
Frauen		84	9
18- bis 29-Jährige		81	8
30- bis 44-Jährige		80	13
45- bis 59-Jährige		87	10
60 Jahre und älter		81	13
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):	unter 2.500	83	9
	2.500 bis unter 4.000	81	15
	4.000 und mehr	85	10
Parteieneigung:	CDU/CSU	79	16
	SPD	84	12
	Grüne	82	12
	FDP	79	20
	AfD	94	3
	BSW	91	3
	Linke	77	22
	keine Partei	83	11

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

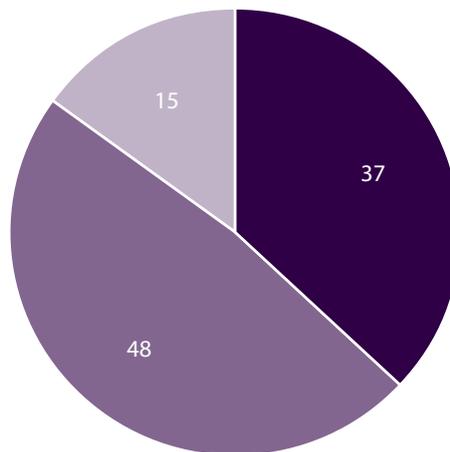


Wahrnehmung der Spaltung: kleine Minderheit und große Mehrheit



37 Prozent sind der Meinung, dass unsere Gesellschaft gegenwärtig in etwa zwei ähnlich große Lager gespalten sei wie zum Beispiel in den USA. Deutlich mehr Befragte (48%) sehen hingegen eher eine gesellschaftliche Spaltung in Deutschland, die zwischen einer kleinen Minderheit und der großen Mehrheit in der Gesellschaft verläuft.

Spaltung der Gesellschaft



- Spaltung in etwa zwei ähnlich große Lager
- Spaltung zwischen einer kleinen Minderheit und einer großen Mehrheit
- weiß nicht / keine Angabe

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Soziodemographische Charakteristika

Eine Spaltung in zwei ähnlich große Lager nehmen die 45- bis 59-Jährigen stärker wahr (41%) als andere Altersgruppen. Zudem teilt jene Altersgruppe vor allem im Osten diese Ansicht (56%). Die Mehrheit der 30- bis 44-Jährigen und der Über-60-Jährigen hingegen nehmen eine Spaltung in eine kleine Minderheit und eine große Mehrheit wahr (jeweils 51%).



Regionale Charakteristika

Im Osten wird die Ansicht, dass die Gesellschaft in zwei große Lager geteilt sei, häufiger geäußert (45%) als im Westen (36%). In Baden-Württemberg ist diesbe-



züglich die Zustimmung mit 30 Prozent am geringsten. In Mittelstädten wird eine Spaltung der Gesellschaft in zwei große Lager stärker wahrgenommen (40 %) als in Gemeinden unter 5000 Einwohnern und kleineren Städten oder Großstädten.



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Mehr als die Hälfte der Bundesbürger, die weniger als 1000 € Haushaltsnettoeinkommen besitzen, teilen die Ansicht, dass die Gesellschaft in zwei große Lager gespalten sei (51%). Auch diejenigen, die zwischen 2500 und 3000 € bzw. zwischen 4500 und 5000 € zur Verfügung haben, stimmen dieser Ansicht stärker zu (jeweils 45%).



Religionsbezogene Charakteristika

Die Hälfte der Evangelischen teilt die Ansicht, dass die Gesellschaft in eine kleine Minderheit und eine große Mehrheit geteilt sei (Katholische: 45%). Bei den Bundesbürgern, die einer nicht-christlichen Religionsgemeinschaft angehören, sind es 64 Prozent, die diese Ansicht teilen.



Parteineigung

Anhänger der AfD (53 %) und der FDP (47 %) vertreten im Vergleich zu Anhängern anderer Parteien deutlich stärker die Ansicht, Deutschland sei in zwei große Lager gespalten. Mehr als die Hälfte der Anhänger von SPD (59 %), CDU/CSU (54 %) und Grünen (50 %) teilen hingegen die Ansicht, dass die Gesellschaft in eine kleine Minderheit und eine große Mehrheit gespalten sei. Beim BSW sind dies 46 Prozent.

Spaltung in ähnlich große Lager?

Unsere Gesellschaft ist in etwa zwei ähnlich große Lager gespalten

	ja	nein, Spaltung zwischen einer kleinen Minderheit und einer großen Mehrheit	weiß nicht
Insgesamt	37	48	15
Ost	45	42	13
West	36	49	15
Männer	37	51	12
Frauen	38	45	17



18- bis 29-Jährige		38	43	19
30- bis 44-Jährige		37	51	12
45- bis 59-Jährige		41	44	15
60 Jahre und älter		35	51	14
Parteineigung:	CDU/CSU	34	54	12
	SPD	30	59	11
	Grüne	34	50	16
	FDP	47	41	12
	AfD	53	41	6
	BSW	37	46	17
	Linke	36	42	23
	keine Partei	36	44	20

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.2 STIMMUNGSLAGE DER GESELLSCHAFT

4.2.1 Lebenszufriedenheit und Zukunftsausblick

In der Studie wurde nach der persönlichen und finanziellen Lebenszufriedenheit, nach dem persönlichen Zukunftsausblick und nach der Zukunft der Gesellschaft bzw. künftiger Generationen gefragt. Die Wahrnehmung einer gespaltenen Gesellschaft steht dabei lediglich in einem kleinen Maße mit dem Vertrauen in die Zukunft der Generationen in Zusammenhang. Die übrigen Variablen beeinflussen die Einschätzung einer gespaltenen Gesellschaft nicht.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass finanzielle Zufriedenheit, persönlicher und gesellschaftlicher Zukunftsausblick und persönliche Lebenszufriedenheit stark miteinander verbunden sind.

Lebenszufriedenheit

Der Sozialbericht für Deutschland 2024 zeigt in seiner Betrachtung der durchschnittlichen Lebenszufriedenheit zwischen 1984 und 2021, dass bis Mitte der 1990er-Jahre die Lebenszufriedenheit zunächst stetig abnahm, seit Mitte der 2000er-Jahre jedoch nahezu ungebrochen anstieg. Stärkere Schwankungen können lediglich für die Zeit von Mitte der 1990er- bis Mitte der 2000er-Jahre festge-

stellt werden.¹ Laut dem Standard Eurobarometer gaben im Frühjahr 2024 rund 89 Prozent der Befragten an, insgesamt gesehen mit dem Leben, das sie führen, sehr zufrieden oder ziemlich zufrieden zu sein.²



In der vorliegenden Forsa-Befragung im Dezember 2024 gaben über drei Viertel aller Bundesbürgerinnen und Bundesbürger (78 %) an, dass sie mit ihrem Leben zurzeit alles in allem zufrieden oder sehr zufrieden sind. Rund jeder Fünfte (21 %) ist hingegen eher bzw. sehr unzufrieden.

Mit ihrer finanziellen Situation ist ebenfalls eine Mehrheit (70 %) der Bundesbürger zufrieden oder sehr zufrieden. Etwa jeder Dritte (30 %) ist mit der derzeitigen finanziellen Situation eher bzw. sehr unzufrieden.

Es besteht eine mittlere bis starke positive Korrelation zwischen der Lebenszufriedenheit und der finanziellen Zufriedenheit.³ Das bedeutet, dass Menschen, die mit ihrer finanziellen Situation zufriedener sind, auch zu einer höheren Lebenszufriedenheit tendieren.



Soziodemographische Charakteristika

18- bis 29-Jährigen sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen etwas unzufriedener mit ihrem Leben (25 %), wohingegen die Über-60-Jährigen etwas zufriedener mit ihrem Leben (82 %) und zugleich mit ihrer finanziellen Situation sind (77 %). Die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen sind etwas unzufriedener mit ihrer finanziellen Situation als alle Befragten (35 %).



Regionale Charakteristika

Es lassen sich keine Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der persönlichen Lebenszufriedenheit und der finanziellen Zufriedenheit ausmachen. In Großstädten ab 100.000 Einwohnern ist man mit dem Leben eher etwas unzufriedener (25 %), wohingegen in Mittelstädten (zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern) die Lebenszufriedenheit etwas höher ausfällt (82 %).

1 Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, hrsg. vom Statistischen Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Berlin 2024, 376

2 Standard Eurobarometer 101, Tabellenanhang, 1

3 Korrelation 0,563, signifikant ($p < 0,001$)



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Etwas unzufriedener mit ihrem Leben als der Durchschnitt aller Befragten sind diejenigen mit Einkommen von unter 2.500 Euro pro Monat (33%), die sich auch deutlich unzufriedener zeigen über ihre finanzielle Situation (45%). Die Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss zeigen eine höhere Lebenszufriedenheit (82%) und sind auch mit ihrer finanziellen Situation zufriedener (77%).



Religionsbezogene Charakteristika

Evangelische (73%) und Katholische (74%) zeigen sich etwas zufriedener mit ihrer finanziellen Situation als Konfessionslose (68%).



Parteineigung

Etwas unzufriedener mit ihrem Leben und ihrer finanziellen Situation als der Durchschnitt aller Befragten sind diejenigen, die der AfD oder dem BSW zuneigen. Die Anhänger der Parteien der demokratischen Mitte sind im Vergleich dazu mit über 80% deutlich zufriedener mit ihrem Leben und ihrer finanziellen Situation.

		Lebenszufriedenheit		finanzielle Zufriedenheit	
		(sehr) zufrieden	(sehr) unzufrieden	(sehr) zufrieden	(sehr) unzufrieden
Insgesamt		78	21	70	30
Männer		76	23	69	30
Frauen		80	19	70	29
18- bis 29-Jährige		74	25	68	31
30- bis 44-Jährige		77	22	66	34
45- bis 59-Jährige		76	23	65	35
60 Jahre und älter		82	17	77	23
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):	unter 2.500	67	33	55	45
	2.500 bis unter 4.000	80	20	72	28
	4.000 und mehr	87	13	83	17



Partei	83	16	81	19
CDU/CSU	83	16	81	19
SPD	86	14	82	18
Grüne	86	14	80	20
FDP	82	18	80	20
AfD	60	38	49	50
BSW	69	31	58	42
Linke	68	27	60	40
keine Partei	77	23	63	37

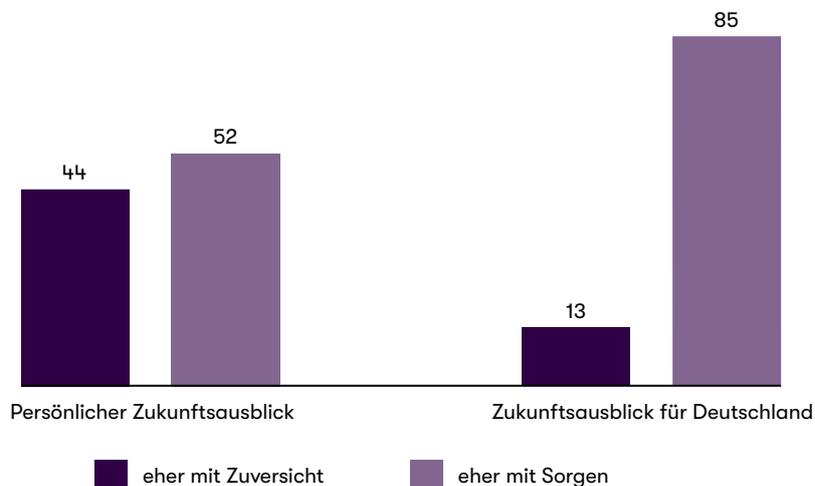
Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Zukunftsausblick



Ein weniger optimistisches Bild zeigt sich hinsichtlich der persönlichen Zukunftsaussichten für das neue Jahr 2025: So blicken persönlich nur 44 Prozent eher mit Zuversicht, 52 Prozent hingegen eher mit Sorgen auf das neue Jahr.

Ein deutlich negativeres Bild zeigt sich bei der Einschätzung der Situation in Deutschland im neuen Jahr. Nur eine Minderheit von 13 Prozent aller Befragten blickt mit Zuversicht auf das neue Jahr 2025, während die große Mehrheit von 85 Prozent dies eher mit Sorgen tut.

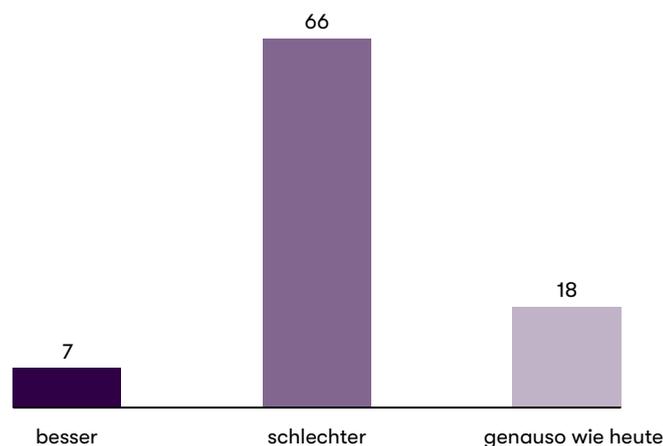


Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Dass es der jüngeren Generation in Deutschland in 30 Jahren im Vergleich zu den meisten Menschen in Deutschland heute besser gehen wird, glaubt nur eine kleine Minderheit der Bundesbürger (7%). Deutlich mehr (66%) befürchten, dass es der jüngeren Generation hierzulande in 30 Jahren schlechter gehen wird als den meisten Menschen heute. Knapp jeder Fünfte (18%) meint, der jüngeren Generation werde es in 30 Jahren genauso gehen wie den meisten Menschen heutzutage.

Zukunft künftiger Generationen



Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Soziodemographische Charakteristika

Persönlich zuversichtlich sind überdurchschnittlich häufig die unter 30-Jährigen (57%), während die über 60-Jährigen eher mit Sorge auf das Jahr 2025 blicken (61%).

Hinsichtlich der Einschätzung der Zukunftsaussichten in Deutschland zeigen sich keine wesentlichen soziodemographischen Unterschiede.

Zuversichtlicher als alle Befragten schauen die 18- bis 29-Jährigen auf die künftigen Generationen: 15% gehen davon aus, dass es der jüngeren Generation besser gehen wird und 59%, dass es ihr schlechter gehen wird. Die 30- bis 59-Jährigen gehen eher davon aus, dass es der jüngeren Generation in Deutschland in 30 Jahren schlechter gehen wird (70%), wohingegen die Über-60-Jährigen stärker davon ausgehen, dass es der jüngeren Generation genauso gehen wird wie den meisten Menschen heute (23%).



Regionale Charakteristika

Im Osten Deutschlands blicken die Befragten etwas sorgenvoller auf ihre persönliche Zukunft (56%), ebenso in der Mitte (57%). Bei der Frage nach der Zukunft der jüngeren Generation in 30 Jahren gehen die Menschen im Osten im Vergleich zu allen Befragten etwas stärker davon aus, dass es ihnen genauso gehen wird wie den Menschen heute (22%). In Gemeinden unter 5000 Einwohnern blickt man deutlich sorgenvoller auf die Situation in Deutschland im Jahr 2025 (92%) als in Kleinstädten oder Mittelstädten. In Großstädten über 500.000 Einwohnern gehen die Befragten eher davon aus, dass es der jüngeren Generation in Deutschland in 30 Jahren besser gehen wird (11%), als in allen anderen Raumschaften.



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Die bildungsspezifischen Unterschiede beim Blick auf die persönliche Zukunft, die Situation in Deutschland und die jüngeren Generationen in 30 Jahren sind graduell. Lediglich Befragte mit Hauptschulabschluss schätzen ihre persönliche Zukunft pessimistischer ein (60%).

Eher mit Sorgen blicken vor allem die Geringverdiener auf ihre persönliche Zukunft (33%). Die Befragten, die mehr als 4500 € Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung haben, blicken deutlich zuversichtlicher auf ihre persönliche Zukunft (61%) und weniger sorgenvoll als alle Befragten auf die Situation in Deutschland im Jahr 2025 (81%).

Beim Zukunftsblick sind keine religionsbezogenen Charakteristika feststellbar.



Parteineigung

Die Anhänger der AfD (76%) und des BSW (75%) blicken deutlich sorgenvoller auf ihre persönliche Zukunft und die Zukunft jüngerer Generationen (jeweils 81%) als Anhänger anderer Parteien. Auch hinsichtlich der Situation in Deutschland im Jahr 2025 blicken die Parteigänger der AfD (95%) und des BSW (94%) deutlich sorgenvoller in die Zukunft als Anhänger anderer Parteien.



		Persönlicher Zukunftsausblick		Zukunftsausblick für Deutschland		Zukunft künftiger Generationen		
		eher mit Zuversicht	eher mit Sorgen	eher mit Zuversicht	eher mit Sorgen	besser	schlechter	genauso wie heute
Insgesamt		44	52	13	85	7	66	18
Ost		43	56	78	80	9	62	22
West		44	52	21	19	7	67	18
Männer		44	52	14	84	9	67	18
Frauen		44	52	12	86	6	65	19
18- bis 29-Jährige		57	41	17	81	15	59	15
30- bis 44-Jährige		47	47	13	84	7	70	17
45- bis 59-Jährige		43	53	11	88	8	71	15
60 Jahre und älter		37	61	12	86	4	63	23
Haushalts- nettoeinkommen (in Euro):	unter 2.500	33	65	13	86	7	67	18
	2.500 bis unter 4.000	43	54	11	87	5	70	19
	4.000 und mehr	61	35	18	81	11	62	21
Zufriedenheit mit Leben:	zufrieden	53	43	13	86	8	64	20
	unzufrieden	13	85	11	87	5	76	12
Konfession:	evangelisch	45	52	14	84	6	67	20
	katholisch	47	50	13	86	7	68	19
	keine	44	52	12	86	9	66	17



Parteieneigung:	CDU/CSU	49	48	14	86	9	62	23
	SPD	52	44	18	79	6	56	31
	Grüne	59	35	22	77	12	61	18
	FDP	55	44	15	85	9	63	18
	AfD	21	76	5	95	3	81	10
	BSW	17	75	5	94	4	81	12
	Linke	47	53	11	89	13	73	13
	keine Partei	43	53	10	88	7	70	14

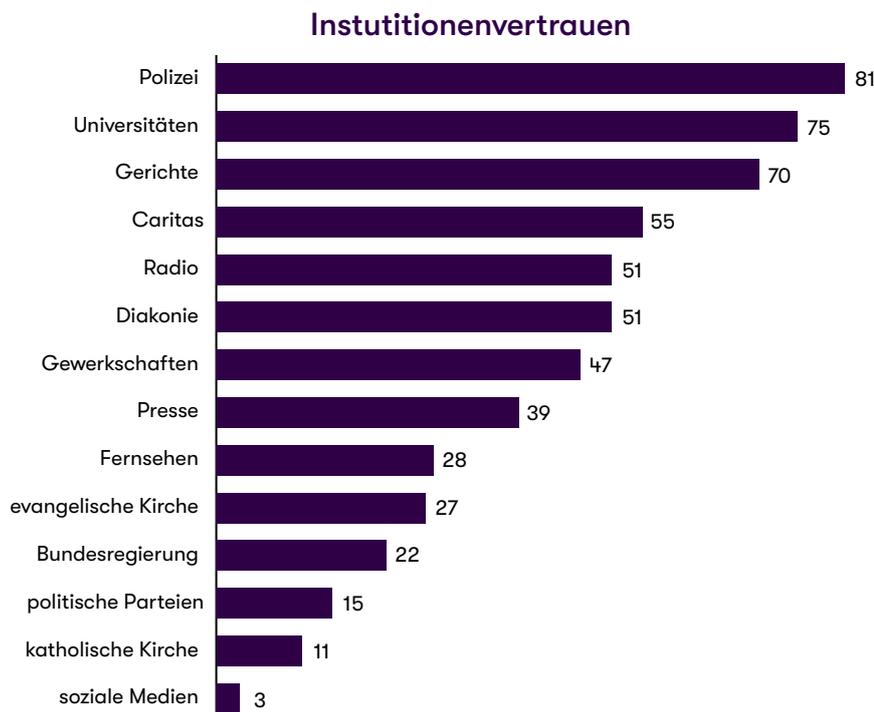
Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.2.2 Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit

Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten sind die Fragen, welche Einstellung Menschen zur Demokratie, zu ihrer Funktionsweise sowie zu ihren Institutionen und Akteuren haben, zentral. In Bezug auf die Einstellungen zur Demokratie wurde deshalb in dieser Studie danach gefragt, inwieweit die Befragten mit der Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland, so wie sie im Grundgesetz niedergeschrieben ist, zufrieden sind. Hierbei geht es also um die Bewertung der konkreten Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland als repräsentativ-parlamentarische Demokratie.

Institutionenvertrauen

Seit fast zwei Jahrzehnten ermittelt Forsa jedes Jahr, wie groß das Vertrauen zu den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Institutionen ist.



Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Das größte Vertrauen haben die Befragten demnach zu der Polizei mit einem Vertrauenswert von 81 Prozent, gefolgt von den Universitäten mit 75 Prozent. Zu Gerichten haben 70 Prozent Vertrauen. Zur Caritas haben 55, zur Diakonie 51 Prozent Vertrauen. Ebenfalls 51 Prozent schenken dem Radio Vertrauen, 47 Prozent den Gewerkschaften. 39 Prozent haben Vertrauen zur Presse, 28 Prozent zum Fernsehen.

Zur evangelischen Kirche haben aktuell 27 Prozent Vertrauen, zur Bundesregierung 22 Prozent und zu politischen Parteien 15 Prozent. 11 Prozent haben zur katholischen Kirche Vertrauen. Den letzten Platz des Vertrauensrankings übernehmen die sozialen Medien, zu denen nur 3 Prozent der Bundesbürger Vertrauen haben.



Soziodemographische Charakteristika

Gewisse Unterschiede zeigen sich zwischen männlichen und weiblichen Befragten. So haben Männer zu 10 der 14 Institutionen ein (etwas) größeres Vertrauen, nur zu einer Institution (Radio) ein (etwas) geringeres Vertrauen.

Zu 13 der 14 Institutionen haben die, unter 30 Jahre alten Bürger ein höheres Vertrauen als die, über 60 Jahre alten Befragten. Lediglich zur Polizei haben die über 60 Jahre alten Befragten ein größeres Vertrauen als die unter 30 Jahre alten Bürger.

Es haben großes Vertrauen zu (zur, zum)

	insgesamt	Männer	Frauen	18–29-Jährige	über 60-Jährige
Polizei	81	81	81	75	86
Universitäten	75	77	73	86	71
Gerichte	70	72	68	85	64
Caritas	55	57	53	64	52
Diakonie	51	52	50	58	50
Radio	51	50	52	62	50
Gewerkschaften	47	49	46	67	37
Presse	39	43	37	57	36
Fernsehen	28	28	28	35	34
evangelische Kirche	27	29	27	31	28
Bundesregierung	22	24	20	34	17
politische Parteien	15	19	11	23	12
katholische Kirche	11	13	9	11	9
soziale Medien	3	3	3	6	2

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Regionale Charakteristika

Beim Grad des Vertrauens zeigen sich mitunter deutliche Unterschiede zwischen den Bewohnern in Ost- und Westdeutschland. Zu fast allen Institutionen haben die Bürger in den neuen Bundesländern ein geringeres Vertrauen als die Bürger in den alten Bundesländern. Dies gilt insbesondere für das Vertrauen zu den Medien (Fernsehen, Presse, Radio) und zur Polizei.

Es haben großes Vertrauen zu (zur, zum):

	insgesamt	Ost	West
Polizei	81	73	83
Universitäten	75	69	75
Gerichte	70	63	71
Caritas	55	51	56
Diakonie	51	50	51
Radio	51	43	53
Gewerkschaften	47	43	48
Presse	39	27	42
Fernsehen	28	21	30
evangelische Kirche	27	21	29
Bundesregierung	22	17	23
politische Parteien	15	11	16
katholische Kirche	11	11	11
soziale Medien	3	5	3

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Demokratiezufriedenheit

Die Stabilität und das Funktionieren eines demokratischen Regierungssystems hängen davon ab, dass die Bürgerinnen und Bürger der Demokratie positiv gegenüberstehen.



Mit der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also dem ganzen politischen System, so wie es in der Verfassung festgelegt ist, sind derzeit 61 Prozent der Bundesbürger zufrieden oder sehr zufrieden. Eine recht große Minderheit von über einem Drittel (36 %) ist damit zurzeit eher bzw. sehr unzufrieden.



Mehrheitlich unzufrieden mit dem politischen System sind diejenigen, die mit ihrem eigenen Leben derzeit unzufrieden sind.

Soziodemographische Charakteristika

Etwas zufriedener mit der Demokratie als politisches System als alle Befragten zeigen sich die 18- bis 29-Jährigen (64%). Darüber hinaus sind keine soziodemographischen Unterschiede feststellbar.

Regionale Charakteristika

Nur etwas mehr als die Hälfte der Menschen im Osten sind mit der Demokratie als politischem System zufrieden (52%). Im Osten sind die Bundesbürger deutlich unzufriedener mit der Demokratie (46%). Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in der Mitte Deutschlands, wo die Demokratiezufriedenheit 59 Prozent beträgt und sich 40 Prozent unzufrieden mit der Demokratie als politischem System zeigen. Hingegen ist in NRW die Demokratiezufriedenheit mit 66 Prozent deutlich stärker ausgeprägt.

Nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten, die in Gemeinden unter 5000 Einwohnern wohnen, sind mit der Demokratie zufrieden (55%), wohingegen Bundesbürger in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern etwas zufriedener mit der Demokratie als politischem System sind (66%) als alle anderen Befragten.

Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Die Demokratiezufriedenheit ist bei Befragten mit einem Hauptschulabschluss (44%) oder mittlerem Abschluss (43%) geringer ausgeprägt. Fast drei Viertel der Bundesbürger mit Abitur oder Hochschulabschluss sind hingegen mit der Demokratie zufriedener (72%).

Mit steigendem Haushaltneetoinkommen nimmt die Demokratiezufriedenheit zu: Bundesbürger, die weniger als 1000€ zur Verfügung haben, sind lediglich zu 48% mit der Demokratie als politischem System zufrieden. Ab einem Haushaltneetoinkommen von 2000€ und mehr steigt die Demokratiezufriedenheit. Besonders zufrieden sind diejenigen, die ein Haushaltneetoinkommen von 4500€ und mehr zur Verfügung haben (>70%).

Religionsbezogene Charakteristika

Deutlich unzufriedener mit der Demokratie als politischem System sind Bundesbürger, die konfessionslos sind (41%) oder einer anderen nichtchristlichen Religionsgemeinschaft angehören (47%). Im Vergleich dazu sind mit der Demokratie die Evangelischen und Katholischen (jeweils 66%) etwas zufriedener.



Parteineigung

Mehrheitlich mit dem politischen System unzufrieden sind die Anhänger des BSW (74 %) und der AfD (83 %), wohingegen bei den Parteien der demokratischen Mitte drei Viertel und mehr mit der Demokratie zufrieden sind. Besonders hohe Zustimmung erfährt die Demokratie als politisches System bei denjenigen, die sich selbst politisch als links einschätzen. Hingegen ist mehr als die Hälfte derjenigen, die sich politisch als rechts einstufen, unzufrieden mit der Demokratie.

Zufriedenheit mit dem demokratischen System

Mit dem politischen System in Deutschland,
so wie es in der Verfassung festgelegt ist, sind

		(sehr) zufrieden	(sehr) unzufrieden
Insgesamt		61	36
Ost		52	46
West		63	35
Männer		62	37
Frauen		60	36
18- bis 29-Jährige		64	33
30- bis 44-Jährige		61	37
45- bis 59-Jährige		60	38
60 Jahre und älter		60	37
Hauptschule		53	44
mittlerer Abschluss		56	43
Abitur, Studium		72	27
Zufriedenheit mit Leben:	zufrieden	67	31
	unzufrieden	40	57



Parteieneigung:	CDU/CSU	71	28
	SPD	82	16
	Grüne	85	14
	FDP	78	22
	AfD	14	83
	BSW	26	74
	keine Partei	51	47
politische Selbsteinschätzung:	Links	80	19
	Mitte	61	38
	Rechts	42	57

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt 2023 zu dem Ergebnis, dass 48 % mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind, etwas mehr als die Hälfte verneinen dies (51 %).



Aktuell sind mit dem Funktionieren des demokratischen Systems nur 38 Prozent der Bundesbürger zufrieden, eine Mehrheit von 60 Prozent aber nicht.

Auch in dieser Frage ergeben sich in den einzelnen Bevölkerungsgruppen ähnliche Unterschiede wie bei der Zufriedenheit mit dem politischen System generell. Unzufrieden mit dem tatsächlichen Funktionieren des politischen Systems sind insbesondere diejenigen, die mit ihrem Leben selbst nicht zufrieden sind.



Soziodemographische Charakteristika

Etwas weniger unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie ist die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen (53 %).



Regionale Charakteristika

Bundesbürger im Osten sind mit dem Funktionieren der Demokratie deutlich unzufriedener (66 %). Im Norden sind Menschen etwas weniger unzufrieden als in anderen Regionen Deutschlands (56 %).



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Zwei Drittel der Befragten mit mittlerem oder niedrigerem Bildungsabschluss (jeweils 65%) sind mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden und auch etwas mehr als die Hälfte derjenigen, die einen höheren Bildungsabschluss haben (53%).

Deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind Bürger, die weniger als 2000€ Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung haben (69%). Lediglich diejenigen, die zwischen 5000 und 6000€ Haushaltsnettoeinkommen haben, sind mehrheitlich mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden (51%).



Religionsbezogene Charakteristika

Deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind Bundesbürger, die konfessionslos sind (64%) oder einer anderen nichtchristlichen Religionsgemeinschaft angehören (68%). Im Vergleich dazu sind mit dem Funktionieren der Demokratie die Evangelischen (56%) weniger unzufrieden.



Parteieneigung

Unzufrieden mit dem tatsächlichen Funktionieren des politischen Systems sind insbesondere diejenigen, die sich im rechten politischen Spektrum verorten, sowie die Anhänger des BSW und der AfD (jeweils 94%). Allerdings zeigen sich auch die Anhänger von CDU/CSU mehrheitlich unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie (56%). Bei den FDP-Anhängern sind dies fast drei Viertel (72%).

Mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden sind mehrheitlich die Anhänger von SPD (60%) und Grüne (64%).

Zufriedenheit mit der praktizierten Demokratie

Mit dem politischen System in Deutschland,
so wie es tatsächlich funktioniert, sind

	(sehr) zufrieden	(sehr) unzufrieden
Insgesamt	38	60
Ost	32	66
West	39	59
Männer	39	59
Frauen	36	61



18- bis 29-Jährige		42	53
30- bis 44-Jährige		35	62
45- bis 59-Jährige		35	65
60 Jahre und älter		39	60
Hauptschule		34	65
mittlerer Abschluss		33	65
Abitur, Studium		46	53
Zufriedenheit mit Leben:	zufrieden	44	55
	unzufrieden	16	82
Parteieneigung:	CDU/CSU	43	56
	SPD	60	38
	Grüne	64	34
	FDP	27	72
	AfD	5	94
	BSW	6	94
	Linke	40	59
	keine Partei	29	69
politische Selbsteinschätzung:	Links	54	45
	Mitte	37	63
	Rechts	21	79

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

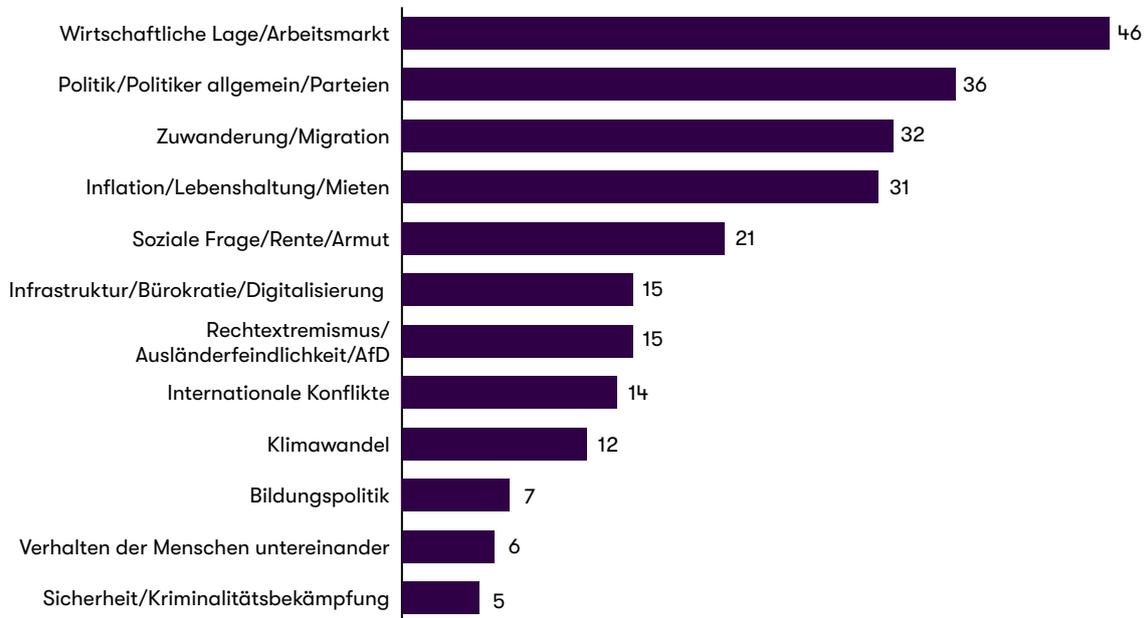
4.2.3 Sorgenbarometer und „Triggerthemen“

Größte gesellschaftliche Probleme



Zum Jahresende 2024 werden vor allem die wirtschaftliche Lage / der Arbeitsmarkt (46%) und die Politik bzw. Politiker (36%) als größte Probleme angesehen, gefolgt von der Zuwanderung bzw. Migration (32%). Als große Probleme werden zudem die Inflation / Lebenshaltung und Mieten (31%) sowie die soziale Frage / Rente und Armut (21%) eingestuft.

Die größten Probleme in Deutschland



Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Soziodemographische Charakteristika

Die Einschätzung der größten Probleme unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Altersgruppen. So wird die Wirtschaftslage vor allem von den Über-45-Jährigen, die Zuwanderung bzw. Migration eher von den Über-30-Jährigen als größtes Problem angesehen.

Die Unter-45-Jährigen hingegen sehen eher als die Über-45-Jährigen im Klimawandel und im Rechtsextremismus/-ruck Probleme.

Männer schätzen die wirtschaftliche Lage häufiger als Frauen als Problem ein.

Regionale Charakteristika

Die Problemeinschätzung unterscheidet sich zwischen dem Osten und dem Westen des Landes nur wenig. So äußern die Befragten im Osten noch etwas häufiger als die im Westen Unmut über Politik bzw. Politiker und stufen internationale Konflikte eher als Probleme ein.

Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Der Klimawandel wird vor allem von Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen als größeres Problem wahrgenommen (19%). Ebenso stufen Bundesbürger

mit höherem Bildungsabschluss und höherem Haushaltneutoeinkommen die wirtschaftliche Lage als problematisch ein. Hingegen sehen Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss die Inflation als großes Problem an.



Parteineigung

Deutliche Unterschiede in der Einschätzung der Problemlagen in Deutschland zeigen sich auch in Abhängigkeit davon, welcher Partei man zuneigt. So sehen insbesondere die Anhänger der CSU/CSU, der SPD und der FDP die wirtschaftliche Lage als großes Problem. Unmut über Politik bzw. Politiker äußern die Anhänger der AfD und des BSW sowie die keiner Partei Zugehörigen häufiger als die Anhänger der anderen Parteien.

Zuwanderung bzw. Migration ist mehrheitlich nur für die Anhänger der AfD ein großes Problem und spielt gleichzeitig für die Anhänger der SPD, der Grünen und der keiner Partei Zugehörigen nur eine untergeordnete Rolle.

Für die Anhänger der Grünen ist der Klimawandel das größte Problem in Deutschland. Auch Rechtsextremismus wird insbesondere von den Grünen Zugehörigen als großes Problem eingestuft.

Mitunter große Unterschiede in der Problemwahrnehmung ergeben sich entsprechend auch in Abhängigkeit von der Selbstverortung im politischen Spektrum. So sind für die Befragten, die sich selbst der politischen Mitte oder dem rechten politischen Spektrum zuordnen, die wirtschaftliche Lage und der Unmut über die Politik bzw. Politiker häufiger als für die politisch linksorientierten Befragten große Probleme. Zuwanderung bzw. Migration ist insbesondere für die politisch rechtsorientierten Befragten ein Problem.

Für die Befragten im linken politischen Spektrum sind der Klimawandel, Rechtsextremismus und auch das soziale Gefälle bzw. soziale Ungerechtigkeit häufiger Probleme als für andere Befragte.

Sorgenbarometer bezüglich gesellschaftlicher Entwicklungen

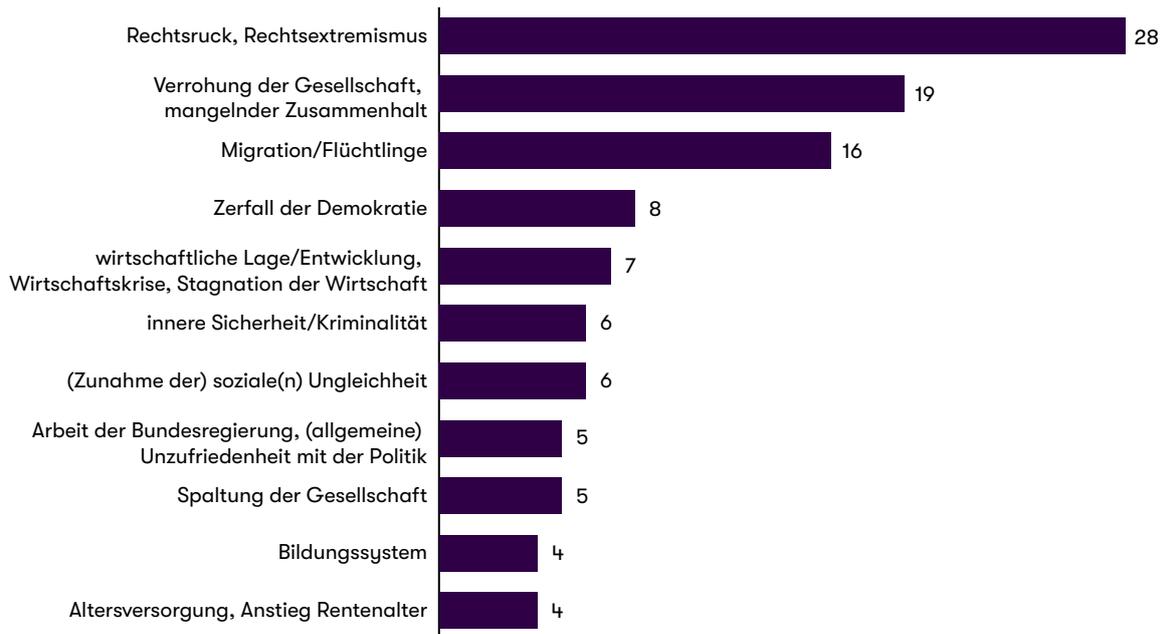


Auf die offen und ohne Vorgaben gestellte Frage, welche gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland zurzeit am meisten Sorgen bereiten, werden vergleichsweise am häufigsten der Rechtsruck bzw. Rechtsextremismus und der Zerfall der Demokratie genannt.

An zweiter Stelle folgen die Sorgen vor einem mangelnden gesellschaftlichen Zusammenhalt und einer Verrohung bzw. Spaltung der Gesellschaft.

Weitere gesellschaftliche Entwicklungen, die den Bundesbürgern Sorgen bereiten, sind die Zuwanderung, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, die innere Sicherheit bzw. Kriminalitätsentwicklung, das Agieren der Bundesregierung und das Bildungssystem.

Sorgenbarometer bezüglich gesellschaftlicher Entwicklungen



Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Soziodemographische Charakteristika

Der Rechtsruck der Gesellschaft bereitet in besonderem Maße 18- bis 29-Jährigen Sorgen (41%).

Regionale Charakteristika

Befragte in Gemeinden unter 5000 Einwohnern sind mit Blick auf das Thema Migration besorgter (21%), Menschen in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern sorgen sich stärker um das Thema innere Sicherheit (10%).

Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Diejenigen mit höheren Bildungsabschlüssen und hohem Haushaltneutomeinkommen blicken sorgenvoller auf die wirtschaftliche Lage. Bei den Befragten mit niedrigerem Bildungsabschluss ist es das Thema Migration, das eher Sorge bereitet.



Parteineigung

Der Rechtsextremismus bzw. Rechtsruck der Gesellschaft macht besonders häufig denjenigen Sorgen, die der SPD oder den Grünen zuneigen. Von denjenigen, die sich selbst im linken politischen Spektrum verorten, ist über die Hälfte hinsichtlich des Rechtsrucks der Gesellschaft besorgt.

Das Thema Migration bzw. Flüchtlinge ist das Thema, das von den Anhängern der AfD spontan am häufigsten genannt wird. Die Sorgen derjenigen im eher rechten politischen Spektrum gelten am ehesten dem Thema Migration bzw. Flüchtlinge.

Die größten Sorgen bezüglich gesellschaftlicher Entwicklungen

	Pol. Selbsteinschätzung			
	insgesamt	Links	Mitte	Rechts
Rechtsruck, Rechtsextremismus	28	52	23	9
Zerfall der Demokratie	8	8	7	9
Verrohung der Gesellschaft, mangelnder Zusammenhalt	19	21	20	17
Spaltung der Gesellschaft	5	4	6	7
Migration/Flüchtlinge	16	5	17	35
wirtschaftliche Lage/ Entwicklung, Wirtschaftskrise, Stagnation der Wirtschaft	7	4	9	9
(Zunahme der) soziale(n) Ungleichheit	6	8	6	5
Altersversorgung, Anstieg Rentenalter	4	4	4	5
innere Sicherheit/Kriminalität	6	2	8	8
Arbeit der Bundesregierung, (allgemeine) Unzufriedenheit mit der Politik	5	5	5	3
Bildungssystem	4	5	3	4
weiß nicht	16	9	15	13

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



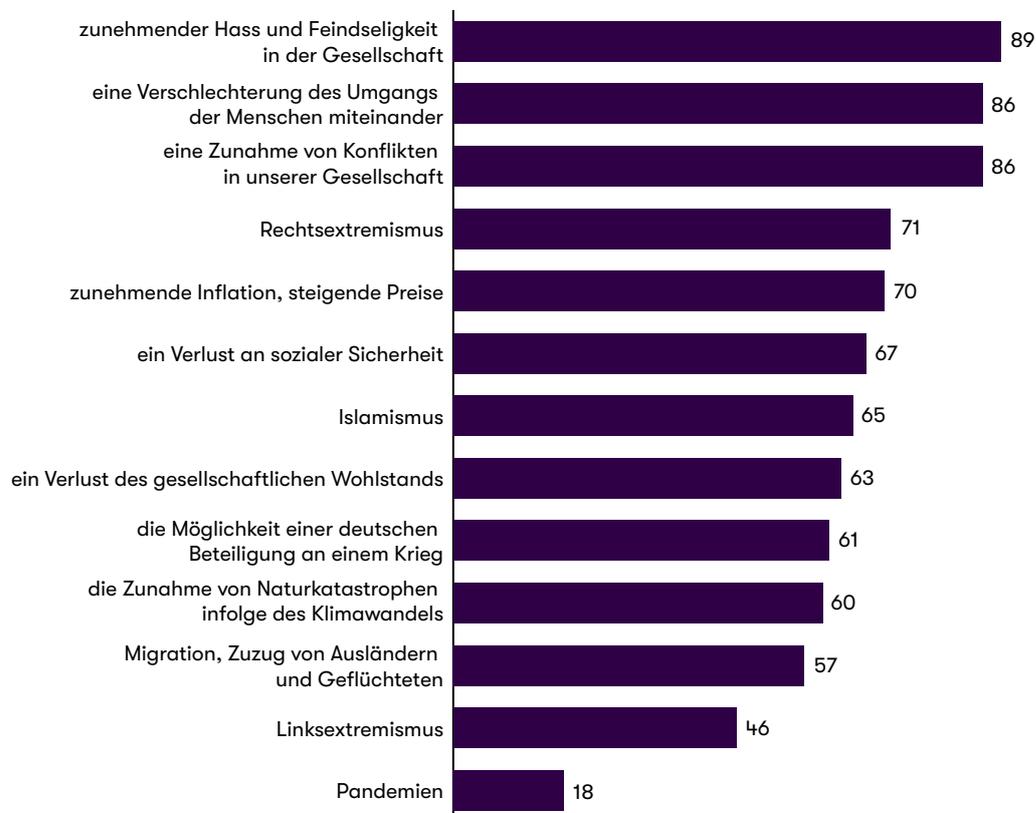
Gesellschaftliches Sorgenbarometer

Neben der offen und ohne Vorgaben gestellten Frage nach den Entwicklungen, die am meisten Sorgen bereiten, wurden die Befragten auch anhand verschiedener vorgegebener Themen um eine Einschätzung gebeten, wie sehr sie diese Entwicklungen im Einzelnen beunruhigen.



Die allergrößten Sorgen bereiten den Bundesbürgern bei dieser Frage derzeit vor allem gesellschaftliche Spannungen bzw. Veränderungen: Zunehmender Hass und Feindseligkeit in der Gesellschaft (89%), eine Zunahme von Konflikten in unserer Gesellschaft (86%) und eine Verschlechterung des Umgangs der Menschen miteinander (86%) bereiten den Bundesbürgern jeweils große oder sehr große Sorgen.

Gesellschaftliches Sorgenbarometer



Angaben in Prozent; dargestellt sind jeweils die Nennungen für „sehr große bzw. große Sorgen“



Mit Sorge blicken die Befragten aber auch auf politische Extremismen wie den Rechtsextremismus (71%) und den Islamismus (65%). Geringer ausgeprägt ist dagegen die Sorge vor dem Linksextremismus im Land (46%).

Eine große Mehrheit der Bundesbürger/-innen ist daneben auch besorgt aufgrund wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen. So machen sich 70 Prozent wegen zunehmender Inflation bzw. steigender Preise, 67 Prozent wegen eines möglichen Verlusts an sozialer Sicherheit und 63 Prozent wegen eines Verlusts des gesellschaftlichen Wohlstands (sehr) große Sorgen.

Die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an einem Krieg bereitet 61 Prozent Sorgen, die Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels 60 Prozent. Der Zuzug von Ausländern und Geflüchteten gehört mit 57 Prozent nicht annähernd zu den größten Sorgen der Bundesbürger. Sehr gering ist mit 18 Prozent die Sorge vor möglichen Pandemien.

Die folgenden Entwicklungen bereiten

	sehr große Sorgen	große Sorgen	weniger große Sorgen	keine Sorgen
zunehmender Hass und Feindseligkeit in der Gesellschaft	44	45	8	2
eine Zunahme von Konflikten in unserer Gesellschaft	31	55	11	1
eine Verschlechterung des Umgangs der Menschen miteinander	39	47	12	1
Rechtsextremismus	45	26	19	8
zunehmende Inflation, steigende Preise	30	40	27	2
ein Verlust an sozialer Sicherheit	24	43	28	4
Islamismus	36	29	25	6
ein Verlust des gesellschaftlichen Wohlstands	20	43	32	3
die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an einem Krieg	32	29	30	7
die Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels	23	37	30	9
Migration, Zuzug von Ausländern und Geflüchteten	33	24	30	11
Linksextremismus	21	25	38	13
Pandemien	3	15	58	23

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Soziodemographische Charakteristika

Große Unterschiede in Bezug auf die Besorgnis über verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen zeigen sich auch zwischen Männern und Frauen. Das gilt insbesondere für gesellschaftliche Spannungen, politischen Extremismus, wirtschaftliche Unsicherheiten und Umweltfragen.

So sind Frauen besorgter als Männer bezüglich zunehmenden Hasses und Feindseligkeit in der Gesellschaft, zunehmender Konflikte in der Gesellschaft und auch einer Verschlechterung des Umgangs der Menschen miteinander.

Stärker besorgt sind Frauen auch hinsichtlich des Rechtsextremismus, zeigen eine größere Besorgnis um die Inflation bzw. steigende Preise und einen möglichen Verlust an sozialer Sicherheit.

Die größten Differenzen zwischen den Geschlechtern zeigen sich bei der Sorge hinsichtlich einer potenziellen deutschen Beteiligung an einem Krieg und der Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels.

Rechtsextremismus und die Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels bereiten vor allem den Unter-30- und den Über-60-Jährigen Sorgen.

Islamismus, ein Verlust des gesellschaftlichen Wohlstands, die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an einem Krieg, Migration bzw. Zuzug von Ausländern und Geflüchteten sowie Linksextremismus lösen bei den Über-45-Jährigen am häufigsten Sorgen aus.



Regionale Charakteristika

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Spannungen zeigen sich zwischen den Befragten in Ost und West keine wesentlichen Unterschiede.

Deutlich ausgeprägter als im Osten ist im Westen die Sorge hinsichtlich des zunehmenden Rechtsextremismus und auch vor einer Zunahme von Naturkatastrophen. Im Osten stärker ausgeprägt ist hingegen die Sorge vor einer zunehmenden Inflation bzw. steigenden Preisen und die Sorge vor einer möglichen deutschen Kriegsbeteiligung.



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Die Befragten mit formal weiterführenden Bildungsabschlüssen (Abitur, Studium) zeigen sich deutlich stärker besorgt als die Befragten mit niedrigen oder mittleren Bildungsabschlüssen hinsichtlich der Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland und der Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels.

Befragten mit formal niedriger oder mittlerer Bildung bereiten dagegen die wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheiten, eine mögliche deutsche Kriegsbe-



teilung und auch der Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen größere Sorgen als den formal Höhergebildeten.

Die Sorgen vor zunehmender Inflation bzw. steigenden Preisen sowie die Sorge vor einem Verlust an sozialer Sicherheit sind zudem bei den Befragten mit geringeren Einkommen stärker ausgeprägt als bei den Besserverdienenden mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 4.500 Euro.

Die folgenden Entwicklungen bereiten (sehr) große Sorgen:	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter	Hauptschule	mittlerer Abschluss	Abitur/ Studium
zunehmender Hass und Feindseligkeit in der Gesellschaft	89	86	89	85	93	90	83	92	91	88	88	92
eine Zunahme von Konflikten in unserer Gesellschaft	86	86	86	82	90	83	84	91	86	84	86	89
eine Verschlechterung des Umgangs der Menschen miteinander	86	84	86	83	88	82	83	89	86	85	85	88
Rechts-extremismus	71	60	73	66	77	80	64	63	78	63	69	80
zunehmende Inflation, steigende Preise	70	76	69	66	74	66	73	73	68	79	75	61
ein Verlust an sozialer Sicherheit	67	66	67	62	71	65	64	73	65	73	70	61
Islamismus	65	68	65	66	65	45	59	73	74	72	72	57
ein Verlust des gesellschaftlichen Wohlstands	63	61	64	65	62	61	64	71	59	69	67	57
die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an einem Krieg	61	69	60	48	73	51	53	63	69	67	65	54
die Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels	60	49	62	52	68	72	52	55	64	57	57	66
Migration, Zuzug von Ausländern und Geflüchteten	57	58	57	59	56	42	55	62	62	67	64	45
Linksextremismus	46	46	46	48	44	35	41	52	49	53	49	39
Pandemien	18	16	18	14	21	18	16	13	22	20	17	17

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Parteineigung

Die Anhänger der verschiedenen Parteien schätzen die verschiedenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen teilweise sehr unterschiedlich ein.

Während zunehmender Hass und Feindseligkeit in der Gesellschaft, die Zunahme von Konflikten oder eine Verschlechterung des Umgangs der Menschen miteinander noch weitgehend von allen Anhängern in ähnlichem Maße mit Sorgen betrachtet werden, zeigen sich vor allem hinsichtlich der politischen Extremismen in unserer Gesellschaft, der wirtschaftlichen Probleme und der Sorgen vor einer Zunahme von Naturkatastrophen deutliche Unterschiede.

Parteineigung:

Die folgenden Entwicklungen bereiten (sehr) große Sorgen:	insgesamt	CDU/ CSU	SPD	Grüne	FDP	AfD	BSW	keine Partei
zunehmender Hass und Feindseligkeit in der Gesellschaft	89	91	93	97	87	79	87	88
eine Zunahme von Konflikten in unserer Gesellschaft	86	86	87	92	85	89	94	83
eine Verschlechterung des Umgangs der Menschen miteinander	86	84	89	88	77	86	91	85
Rechtsextremismus	71	78	93	97	66	10	55	68
zunehmende Inflation, steigende Preise	70	69	63	45	63	89	95	79
ein Verlust an sozialer Sicherheit	67	60	62	56	60	81	85	73
Islamismus	65	75	65	35	70	96	79	65
ein Verlust des gesellschaftlichen Wohlstands	63	65	51	40	67	88	79	72
die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an einem Krieg	61	56	58	43	50	81	95	67
die Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels	60	59	74	95	44	16	49	55
Migration, Zuzug von Ausländern und Geflüchteten	57	71	41	17	62	98	76	64
Linksextremismus	46	57	32	17	55	81	33	49
Pandemien	18	19	18	22	11	8	24	16

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



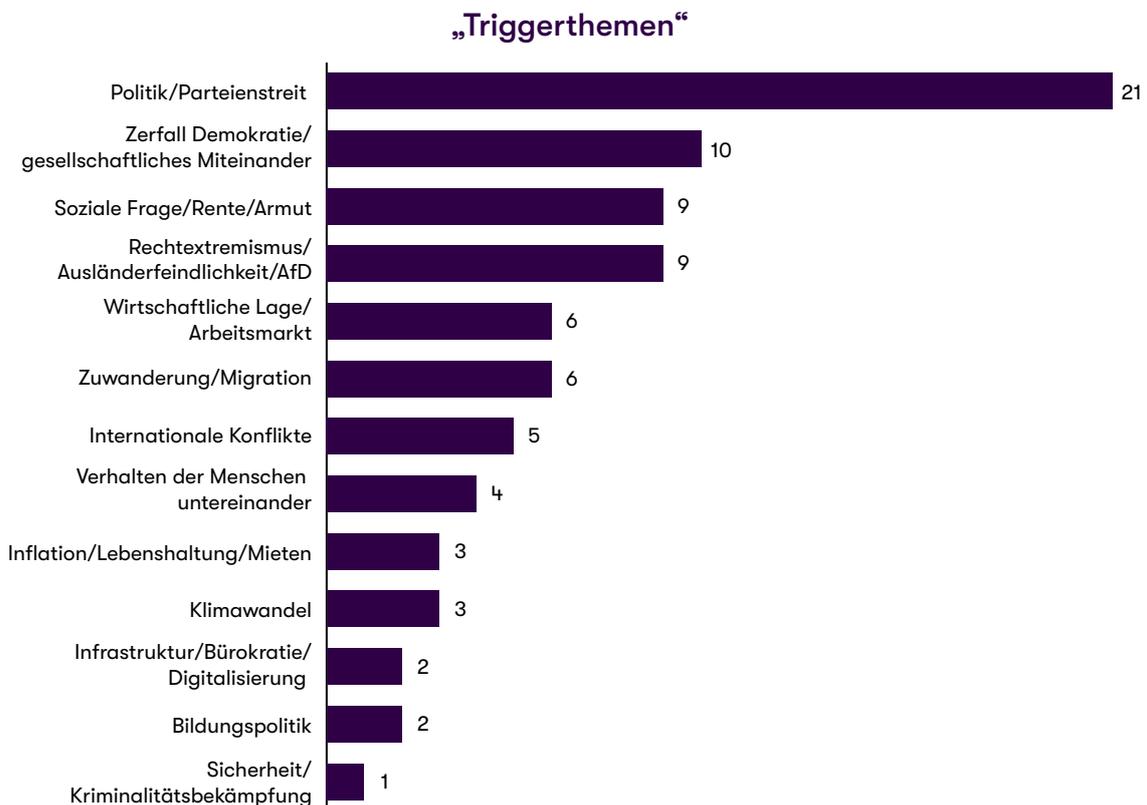
„Triggerthemen“

Um herauszufinden, welche „Triggerpunkte“ die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich haben, wurde den Befragten mit einer offenen Frage die Möglichkeit eröffnet, anzugeben, ob es Entwicklungen oder Ereignisse in unserer heutigen Gesellschaft gibt, die sie persönlich ärgern oder sogar wütend machen, und, falls ja, welche das sind.



Insgesamt 66 Prozent aller Befragten nennen spontan eines oder mehrere Themen, die sie persönlich in unserer Gesellschaft ärgern oder sogar wütend machen.

Am häufigsten nennen die Befragten die Arbeit der Bundesregierung bzw. äußern generell Unzufriedenheit mit der Politik (11%). Für 6 Prozent sind die Migration bzw. Flüchtlinge ein „Triggerthema“, für jeweils 5 Prozent Streit bzw. Uneinigkeit der Parteien bzw. der Rechtsruck und Rechtsextremismus. Zieht man inhaltsähnliche Nennungen zusammen, werden mit 21 Prozent am häufigsten „Politik“ bzw. „Parteienstreit“ genannt. Jeder Zehnte wird bei Themen rund um die Themen Demokratie und gesellschaftliches Miteinander getriggert. An dritter Stelle rangieren Themen, die die soziale Frage, Rente oder Armut bzw. den Themenkreis Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit oder AfD betreffen.



Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Soziodemographische Charakteristika

In allen Altersgruppen hat jeweils eine Mehrheit mindestens ein „Triggerthema“, wobei dies für die Über-45-Jährigen noch etwas häufiger gilt als für die jüngeren Befragten.



Parteineigung

Die Anhänger fast aller Parteien mit Ausnahme der Unions-Anhänger geben überdurchschnittlich häufig mindestens eine Entwicklung oder ein Ereignis in unserer heutigen Gesellschaft an, das sie richtig ärgert oder sogar wütend macht. Diese variieren – nicht zuletzt aufgrund der großen Bandbreite der genannten Themen – in unterschiedlichem Maße zwischen den verschiedenen Gruppen. Als „Triggerthema“ hervorzuheben ist dabei am ehesten das Thema Migration/Flüchtlinge und der „Zerfall der Demokratie“ bei den AfD-Anhängern sowie der Rechtsruck bzw. Rechtsextremismus bei den Grünen-Anhängern. Die Anhänger des BSW „triggert“ überdurchschnittlich häufig das Thema Krieg bzw. speziell der Ukraine-Krieg.

4.3 KOMMUNIKATION ÜBER POLARISIERENDE THEMEN

4.3.1 Politische (Selbst-)Wirksamkeit

Politische demokratische Systeme sind in besonderem Maße auf das Vertrauen und die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen (Responsivität). Deshalb wurde in der vorliegenden Studie danach gefragt, inwieweit die Menschen das Empfinden haben, die politischen Themen zu durchdringen sowie politische Entscheidungen Parteien oder politischen Akteuren zuordnen zu können. Ferner wurde danach gefragt, ob man den Eindruck teilt, man könne seine Meinung nicht mehr frei äußern, ohne Ärger zu riskieren. Schließlich interessierte auch das gefühlte mangelnde Interesse der Politiker an den Lebenswirklichkeiten der Befragten.

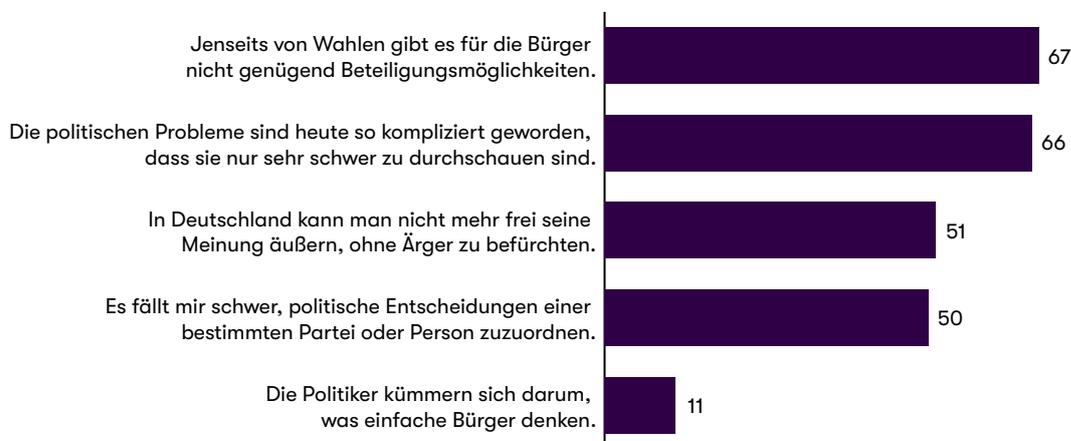


Rund zwei Drittel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger meinen, dass es jenseits von Wahlen für die Bürger nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten gebe (67%) und dass die politischen Probleme heute so kompliziert geworden seien, dass sie nur sehr schwer zu durchschauen sind (66%).

Jeweils etwa die Hälfte der Befragten meint, man könne in Deutschland nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu befürchten, (51%) bzw. gibt an, dass es ihnen schwerfalle, politische Entscheidungen einer bestimmten Partei oder Person zuzuordnen (50%).

Dass sich die Politiker darum kümmern, was einfache Bürger denken, meint nur eine Minderheit der Befragten (11%). Die große Mehrheit (86%) sieht das anders.

Politische (Selbst-)Wirksamkeit



Angaben in Prozent



Soziodemographische Charakteristika

Dass die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind, dass sie nur sehr schwer zu durchschauen sind, meinen Frauen häufiger als Männer, wohingegen Männer eher als Frauen die Ansicht vertreten, die Politiker kümmern sich zu wenig um die einfachen Bürger.

Die 18- bis 29-Jährigen und die 45- bis 59-Jährigen stehen einander bei der politischen Wirksamkeit paradigmatisch gegenüber. So halten die Unter-30-Jährigen die Beteiligungsmöglichkeiten jenseits von Wahlen eher für unzureichend



(57%) als diejenigen, die zwischen 45 und 59 Jahre alt sind, die diesbezüglich deutlich unzufriedener sind (75%).

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Aussage, man könne in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern, ohne Ärger zu befürchten. Lediglich ein Drittel der Unter-30-Jährigen vertritt diese Ansicht, wohingegen fast zwei Drittel der 45- bis 59-Jährigen dies bejahen.



Regionale Charakteristika

Drei Viertel der Befragten in Gemeinden mit unter 5000 Einwohnern sind der Ansicht, dass es nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger jenseits von Wahlen gibt. Zudem sind zwei Drittel der Bürger in diesen Gemeinden der Meinung, man könne in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern, ohne Ärger zu befürchten.



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Je niedriger der Bildungsabschluss, desto eher stimmten die Befragten den Aussagen zu, dass es nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger jenseits von Wahlen gibt, und dass man in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern könne, ohne Ärger zu befürchten. Zudem sind diese Befragten deutlich häufiger der Meinung, die politischen Probleme seien heute so kompliziert geworden, dass sie nur sehr schwer zu durchschauen sind.



Parteieneigung

Unterschiede bei diesen Einschätzungen zeigen sich insbesondere in Abhängigkeit von der Parteieneigung und der politischen Selbsteinschätzung.

So halten insbesondere die Anhänger der AfD und des BSW sowie diejenigen, die keiner Partei besonders zuneigen, die Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger jenseits von Wahlen für unzureichend.

Dass die politischen Probleme heute so kompliziert geworden sind, dass sie nur sehr schwer zu durchschauen seien, meinen die Anhänger der Grünen und der AfD seltener als der Durchschnitt aller Befragten.

Die Anhänger der AfD und auch des BSW sind nahezu geschlossen der Ansicht, man könne in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern, ohne Ärger zu befürchten.

Dass es nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger jenseits von Wahlen gibt, meinen diejenigen, die sich dem linken politischen Spektrum oder der politischen Mitte zuordnen, häufiger als diejenigen, die sich eher rechts einordnen.



Dass man in Deutschland nicht mehr frei seine Meinung äußern könne, ohne Ärger befürchten zu müssen, meinen am häufigsten, die Anhänger des BSW sowie fast alle Anhänger der AfD.

Einflussfaktor Lebenszufriedenheit, Zukunftsausblick, Demokratiezufriedenheit

Befragte, die mit ihrem Leben weniger zufriedener sind, pessimistischer in die Zukunft schauen und weniger mit der Demokratie zufrieden sind, sind auch deutlich stärker der Ansicht, dass es nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger jenseits von Wahlen gibt und man in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei äußern könne, ohne Ärger zu befürchten.

Politische Selbstwirksamkeit

Es stimmen den Einschätzungen zu politischen Fragen voll und ganz bzw. eher zu:

		Jenseits von Wahlen gibt es für die Bürger nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten.	Die politischen Probleme sind heute so kompliziert geworden, dass sie nur sehr schwer zu durchschauen sind.	In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu befürchten.	Es fällt mir schwer, politische Entscheidungen einer bestimmten Partei oder Person zuzuordnen.	Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Bürger denken.
Insgesamt		67	66	51	50	11
Männer		67	61	51	46	9
Frauen		68	70	50	54	13
18- bis 29-Jährige		57	64	32	41	19
30- bis 44-Jährige		65	61	49	49	12
45- bis 59-Jährige		75	67	62	52	6
60 Jahre und älter		68	69	52	53	10
Hauptschule		74	75	64	56	7
mittlerer Abschluss		71	69	55	56	9
Abitur, Studium		60	58	39	40	15
Zufriedenheit mit Leben:	(sehr) zufrieden	65	65	47	48	12
	unzufrieden	77	69	65	58	5



Partei- neigung:	CDU/CSU	65	70	54	52	9
	SPD	60	71	31	43	15
	Grüne	47	55	15	32	25
	FDP	63	67	60	42	13
	AfD	89	54	91	50	2
	BSW	79	68	84	63	4
	Linke	80	54	27	34	6
	keine Partei	75	70	58	61	8
Politische Selbstein- schätzung:	Links	55	61	24	38	18
	Mitte	72	72	55	57	8
	Rechts	76	57	78	48	4

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.3.2 Öffentliche Kommunikation über polarisierende Themen



Eine große Mehrheit von 70 Prozent der Bundesbürger ist davon überzeugt, dass Diskussion wichtiger Themen in der Öffentlichkeit (z. B. im Fernsehen oder in anderen Medien) heute weniger sachlich und respektvoll geführt werden als früher.

Nur eine kleine Minderheit (5 %) hat den Eindruck, dass solche Diskussionen heute sachlicher und respektvoller geführt werden. 17 Prozent finden, diesbezüglich habe sich wenig verändert.

Kommunikation über polarisierende Themen

Diskussionen in der Öffentlichkeit werden heute sachlicher und respektvoller geführt als früher

	Ja	nein, weniger sachlich und respektvoll	da hat sich wenig verändert
Insgesamt	5	70	17
Männer	5	72	18
Frauen	5	67	17
18- bis 29-Jährige	3	63	15
30- bis 44-Jährige	7	65	18
45- bis 59-Jährige	4	75	16
60 Jahre und älter	5	71	19



Parteieneigung:	CDU/CSU	9	69	19
	SPD	5	73	19
	Grüne	3	71	16
	FDP	1	77	15
	AfD	3	80	12
	BSW	3	71	20
	Linke	9	69	17
	keine Partei	4	68	17

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

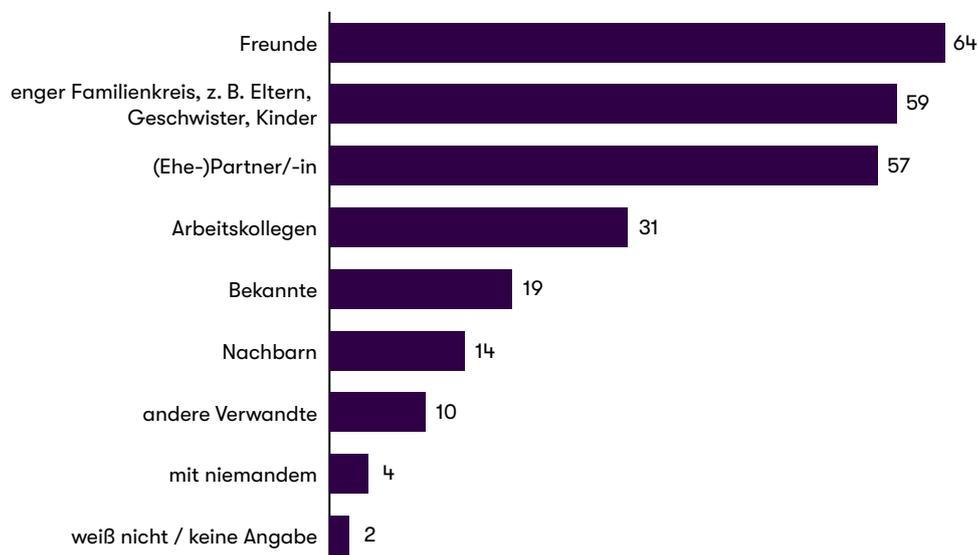
4.3.3 Austausch über polarisierende Themen im persönlichen Umfeld



Über polarisierende Themen, also Themen, die in der öffentlichen Diskussion kontrovers diskutiert werden und zu denen es starke Abweichungen von Meinungen zwischen verschiedenen Personengruppen gibt, tauschen sich die meisten Bundesbürger am ehesten mit Freunden (64%), im engen Familienkreis (59%) oder mit dem Partner bzw. der Partnerin (57%) aus.

Jeweils nur eine Minderheit tut das mit Arbeitskollegen (31%), mit Bekannten (19%) oder mit Nachbarn (14%).

Austausch über polarisierende Themen



Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Soziodemographische Charakteristika

Unter Arbeitskollegen und Bekannten sind solche polarisierenden Themen eher bei Männern ein Gesprächsgegenstand als bei Frauen, die diese Themen eher im Familienkreis besprechen.

Für Befragte mit einem Partner bzw. einer Partnerin ist diese/r dann auch mit Abstand die Person, mit der man sich hauptsächlich über kontroverse Themen austauscht.

18- bis 29-Jährige besprechen polarisierende Themen deutlich häufiger im Familienkreis (72 %) als Über-60-Jährige (54 %). Im Bekanntenkreis sieht es genau umgekehrt aus, nämlich dass die Jüngeren dort weniger über polarisierende Themen sprechen (10 %) als die Über-60-Jährigen (30 %).



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss besprechen polarisierende Themen eher seltener im Familienkreis (48 %) als Bundesbürger mit Abitur oder Hochschulabschluss (66 %). Dafür werden polarisierende Themen bei Befragten mit niedrigem Bildungsabschluss im Bekanntenkreis häufiger diskutiert (26 %).



Parteineigung

Bundesbürger, die sich dem linken politischen Spektrum zuordnen, besprechen polarisierende Themen deutlich häufiger im Freundeskreis (79 %), wohingegen Befragte, die sich dem rechten politischen Spektrum zuordnen, deutlich häufiger mit Arbeitskollegen (40 %), Bekannten (24 %) und Nachbarn (19 %) darüber diskutieren. Entsprechend zeigt sich, dass sich Grünen-Anhänger deutlich häufiger im Freundeskreis über polarisierende Themen austauschen. CDU/CSU- und FDP-Anhänger tauschen sich eher mit dem/der (Ehe-)Partner/-in aus.

Befragte, die der AfD und dem BSW zuneigen, besprechen polarisierende Themen deutlich häufiger mit Arbeitskollegen, Bekannten und Nachbarn. Dies trifft im Besonderen auf Befragte im Osten zu.



	insgesamt	CDU/ CSU	SPD	Grüne	FDP	AfD	BSW	Linke	keine Partei
Freunde	64	67	63	77	62	63	71	73	52
enger Familienkreis, z. B. Eltern, Geschwister, Kinder	59	61	63	66	61	58	62	64	51
(Ehe-)Partner/-in	57	65	60	56	63	57	67	43	51
Arbeitskollegen	31	34	25	30	29	43	28	34	30
Bekannte	19	20	19	14	12	29	27	17	19
Nachbarn	14	14	17	10	7	24	22	10	11
andere Verwandte	10	12	10	7	12	19	13	7	8

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.3.4 Respekt und Sachlichkeit beim Austausch über polarisierende Themen



Wenn sich die Befragten mit anderen Personen über strittige Themen austauschen, ist es bei mehr als jedem Dritten (36%) schon vorgekommen, dass solche Diskussionen nicht ganz so respektvoll oder sachlich geführt wurden.

Bei den meisten Befragten (56%) ist dies noch nicht vorgekommen.



Soziodemographische Charakteristika

Die Unter-30-Jährigen berichten etwas häufiger als die Über-30-Jährigen von persönlichen Erfahrungen mit unsachlichen Diskussionen.



Regionale Charakteristika

Auf den ersten Blick unterscheiden sich die Befragten bei der Einschätzung, ob der Austausch über polarisierende Themen respektvoll und sachlich geführt wurden, regional nicht. Blickt man allerdings auf die Einschätzung der Befragten nach Region und Parteineigung, zeigen sich deutliche Unterschiede.

Die Ansicht, dass Diskussionen über polarisierende Themen nicht so respektvoll und unsachlich geführt wurden, teilen im Osten deutlich mehr Anhänger der CDU (48%), der Grünen (46%) und des BSW (47%) als Befragte, die einer der anderen Parteien zuneigen.

Im Westen teilen diese Ansicht häufiger Befragte, die der Linken (61%), der AfD (47%) und den Grünen (45%) zuneigen.

**Parteineigung**

Die Anhänger der Grünen sowie der AfD berichten häufiger als Befragte, die einer der anderen Parteien oder keiner Partei zuneigen, dass Diskussionen über polarisierende Themen nicht ganz so respektvoll und unsachlich geführt wurden.

Respektvolle oder unsachliche Diskussionen?

Wenn Sie sich mit anderen Personen über strittige Themen austauschen, ist es schon vorgekommen, dass solche Diskussionen nicht ganz so respektvoll oder unsachlich geführt wurden?

		ja	nein
insgesamt		36	56
Männer		37	56
Frauen		35	57
18- bis 29-Jährige		45	47
30- bis 44-Jährige		34	57
45- bis 59-Jährige		36	57
60 Jahre und älter		33	59
Hauptschule		33	56
mittlerer Abschluss		33	59
Abitur, Studium		41	55
Parteineigung:	CDU/CSU	37	60
	SPD	33	60
	Grüne	44	52
	FDP	34	61
	AfD	42	52
	BSW	34	63
	Linke	58	42
	keine Partei	29	58

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



4.3.5 Meinungskonvergenz im persönlichen Umfeld



Mit den meisten Menschen in ihrem persönlichen Umfeld, mit denen die Befragten in ihrem Alltag zu tun haben, stimmt ein Großteil (80%) auch in zumindest den meisten wichtigen strittigen Themen überein.

Nur 14 Prozent sehen mit den meisten Menschen in ihrem persönlichen Umfeld wenig Überschneidung in den Überzeugungen.



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Deutlich häufiger als alle anderen Befragten geben Bundesbürger, die einen höheren Bildungsabschluss (88%) und ein höheres Einkommen (87%) haben, an, in ihrem persönlichen Umfeld eine Meinungskonvergenz zu erleben.



Regionale Charakteristika

Auf den ersten Blick unterscheiden sich die Befragten bei der Einschätzung der Meinungskonvergenz im persönlichen Umfeld nicht. Blickt man allerdings auf die Einschätzung der Befragten nach Region und Parteineigung, zeigen sich deutliche Unterschiede.

Eine Meinungskonvergenz geben im Westen deutlich häufiger als Anhänger anderer Parteien die CDU-Anhänger (88%) und SPD-Anhänger (87%) an, im Osten Anhänger der AfD (87%).



Parteineigung

Deutlich seltener als Anhänger anderer Parteien geben Anhänger von AfD (76%) und BSW (75%) an, dass sie mit den meisten Menschen in ihrem persönlichen Umfeld bei strittigen Themen übereinstimmen. CDU-Anhänger (89%) und SPD-Anhänger (87%) hingegen sehen mit den meisten Personen in ihrem persönlichen Umfeld Überschneidungen in den Überzeugungen.

**Übereinstimmung mit dem persönlichen Umfeld?**

Es stimmen mit den meisten Menschen in ihrem persönlichen Umfeld, mit denen sie in ihrem Alltag zu tun haben, in wichtigen Fragen des Lebens und der Politik überein

		in (fast) allen Fragen	in den meis- ten Fragen	nur in weni- gen Fragen	in (fast) kei- nen Fragen
Insgesamt		8	72	13	1
Männer		6	72	15	1
Frauen		11	72	10	2
18- bis 29-Jährige		9	70	12	1
30- bis 44-Jährige		8	72	13	1
45- bis 59-Jährige		12	68	15	1
60 Jahre und älter		6	77	11	2
Hauptschule		11	63	18	2
mittlerer Abschluss		8	71	15	1
Abitur, Studium		7	81	8	1
Parteineigung:	CDU/CSU	9	80	9	1
	SPD	5	82	10	1
	Grüne	7	76	14	1
	FDP	5	77	13	2
	AfD	17	59	18	1
	BSW	11	64	16	0
	Linke	6	73	17	1
	keine Partei	8	67	15	4

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.3.6 Themenvermeidung im persönlichen Umfeld



Obwohl die große Mehrheit der Bundesbürger in den meisten Fragen des Lebens und der Politik mit den Menschen in ihrem persönlichen Umfeld weitgehend übereinstimmt, gibt es doch bei fast sechs von zehn Befragten (59%) Themen, die sie im Umgang mit Menschen in ihrem persönlichen Umfeld bewusst nicht ansprechen, um mögliche Konflikte aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu diesen Themen zu vermeiden.



Soziodemographische Charakteristika

Etwas häufiger vermeiden 18- bis 29-Jährige konfliktträchtige Themen im persönlichen Umfeld (64%).



Regionale Charakteristika

Ebenso geben häufiger Befragte in Großstädten mit mehr als 500.000 Einwohnern an, dass sie Themen im Umgang mit Menschen in ihrem persönlichen Umfeld bewusst nicht ansprechen, um mögliche Konflikte aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu diesen Themen zu vermeiden (66%).



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Bundesbürger mit höherem Bildungsabschluss und höherem Haushaltsnettoeinkommen (jeweils 63%) vermeiden häufiger konfliktträchtige Themen als diejenigen, die niedrigere Bildungsabschlüsse (51%) oder ein geringeres Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung haben.



Parteieneigung

Befragte aus dem linken politischen Meinungsspektrum geben häufiger an, strittige Themen in ihrem persönlichen Umfeld zu vermeiden. Vor allem sind es Anhänger der Grünen (64%). Die Mehrheit der AfD-Anhänger im Osten gibt hingegen an, dass sie in ihrem persönlichen Umfeld strittige Themen durchaus ansprechen. (58%).

**Themenvermeidung im persönlichen Umfeld?**

Es gibt Themen, die sie im Umgang mit Menschen in ihrem persönlichen Umfeld bewusst nicht ansprechen, um mögliche Konflikte aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu diesen Themen zu vermeiden

		%
Insgesamt		59
Ost		57
West		59
Männer		57
Frauen		60
18- bis 29-Jährige		64
30- bis 44-Jährige		62
45- bis 59-Jährige		55
60 Jahre und älter		57
Parteineigung:	CDU/CSU	60
	SPD	58
	Grüne	64
	FDP	58
	AfD	60
	BSW	62
	Linke	76
	keine Partei	54

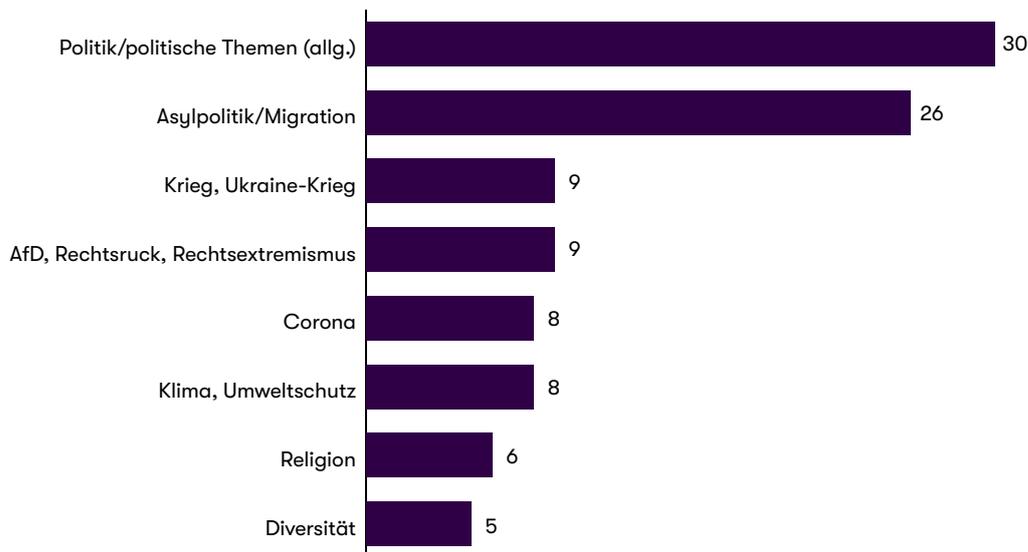
Angaben in Prozent; dargestellt sind nur die „ja“-Werte

Vermiedene Themen im persönlichen Umfeld

Fragt man die Bundesbürger, welche Themen vorzugsweise vermieden werden, dann handelt es sich dabei am ehesten um Politik bzw. politische Themen allgemein (30 %) oder die Asylpolitik bzw. das Thema Migration (26 %).

Darüber hinaus vermieden werden mitunter Gespräche zur AfD, zum Rechtsruck bzw. Rechtsextremismus (9%), zu Kriegen bzw. dem Ukraine-Krieg (9%), zum Klima- und Umweltschutz (8%) oder zu Corona (8%).

Vermiedene Themen im persönlichen Umfeld



Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; diejenigen Befragten, die bewusst bestimmte Themen nicht ansprechen

Soziodemographische Charakteristika

Unter-30-Jährige vermeiden seltener die Themen AfD/Rechtsruck/Rechtsextremismus als alle anderen Befragten (5%), allerdings am häufigsten das Thema Diversität (11%).

Das Thema Corona wird bei den 45- bis 59-Jährigen häufiger ausgespart.

Regionale Charakteristika

Im Osten wird deutlich seltener das Thema Asylpolitik/Migration ausgespart (19%), dafür deutlich häufiger das Thema Krieg/Ukraine-Krieg (16%).

Bundesbürger in Gemeinden unter 5000 Einwohnern vermeiden häufiger das Thema Klima/Umweltschutz (13%), wohingegen in Großstädten mit über 500.000 Einwohnern das Thema Politik/politische Themen allgemein vermieden wird (35%).

Parteieneigung

Die Themen Politik/politische Themen (45%), Asylpolitik/Migration (40%) sowie Religion (12%) vermeiden FDP-Anhänger häufiger. Bei den Grünen-Anhängern ist es vor allem das Thema Klima/Umweltschutz, das deutlich häufiger vermieden wird (21%), bei den BSW-Anhängern das Thema Krieg/Ukraine-Krieg (16%) und bei den SPD-Anhängern das Thema AfD/Rechtspopulismus/Rechtsextremismus (15%).

**Vermiedene Themen im persönlichen Umfeld**

Folgende Themen sprechen sie bewusst nicht an:	insgesamt	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
Politik/politische Themen (allg.)	30	27	28	30	32
Asylpolitik/Migration	26	29	29	24	24
AfD, Rechtsruck, Rechtsextremismus	9	5	9	10	11
Krieg, Ukraine-Krieg	9	10	7	10	9
Klima, Umweltschutz	8	7	9	9	7
Corona	8	4	9	13	5
Religion	6	4	6	7	6
Diversität	5	11	5	4	4
Sozialpolitik	3	2	4	3	4
Finanzen	3	1	2	3	5
Krieg in Israel, Naher Osten	3	5	3	1	2
weiß nicht / keine Angabe	20	24	21	20	18

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe
 Basis: diejenigen, die bewusst bestimmte Themen nicht ansprechen;
 offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

4.3.7 Kontaktabbrüche im persönlichen Umfeld

32 Prozent der befragten Bundesbürger geben zudem an, dass es schon einmal vorgekommen ist, dass sie zu Personen in ihrem persönlichen Umfeld aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu wichtigen gesellschaftlichen Themen auf Distanz gegangen sind oder gar den Kontakt abgebrochen haben.

**Bildungs- und Einkommenscharakteristika**

Fast drei Viertel der Bundesbürger mit niedrigerem Bildungsabschluss geben an, dass es in ihrem persönlichen Umfeld zu keinen Kontaktabbrüchen oder Kontaktreduzierungen infolge strittiger Themen gekommen sei.



Regionale Charakteristika

Im Osten sagen deutlich mehr SPD-Anhänger (45%) und Anhänger der Grünen (42%), dass sie zu Personen in ihrem persönlichen Umfeld aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu wichtigen gesellschaftlichen Themen auf Distanz gegangen sind oder gar den Kontakt abgebrochen haben. Im Westen geben dies sogar 45% der Grünen-Anhänger an.



Konfessionelle Charakteristika

Katholische geben deutlich seltener (26%) an, dass es zu Kontaktabbrüchen bei strittigen Themen im persönlichen Umfeld gekommen sei, als Evangelische oder Konfessionslose.



Parteineigung

Deutlich häufiger als alle anderen Befragten geben Anhänger der Grünen an, dass sie Personen in ihrem persönlichen Umfeld aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu wichtigen gesellschaftlichen Themen auf Distanz gegangen sind oder gar den Kontakt abgebrochen haben (43%). Bei den CDU-Anhängern (25%) und FDP-Anhängern (22%) hingegen ist dies deutlich seltener der Fall.

Kontaktabbruch wegen polarisierender Themen?

Es ist schon einmal vorgekommen, dass sie zu Personen in ihrem persönlichen Umfeld aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu wichtigen gesellschaftlichen Themen auf Distanz gegangen sind oder sogar den Kontakt abgebrochen haben

	%
Insgesamt	32
Ost	32
West	32
Männer	30
Frauen	34
18- bis 29-Jährige	31
30- bis 44-Jährige	34
45- bis 59-Jährige	35
60 Jahre und älter	28



Hauptschule		25
mittlerer Abschluss		32
Abitur, Studium		36
Parteineigung:		
	CDU/CSU	25
	SPD	34
	Grüne	43
	FDP	22
	AfD	38
	BSW	35
	Linke	52
	keine Partei	26

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.4 VERSTÄNDIGUNGSORTE

4.4.1 Austausch über kontroverse Themen außerhalb des familialen Nahumfelds



Danach gefragt, in welchen Umgebungen sie sich selbst schon einmal mit anderen über strittige Themen ausgetauscht haben, gibt jeweils rund ein Viertel der Befragten an, dass dies bei Veranstaltungen oder Zusammenkünften eines Vereins (27%), durch eigene Kommentare und Beiträge in den sozialen Medien (26%) bzw. bei Veranstaltungen oder Zusammenkünften der Stadt oder Gemeinde (23%), z. B. bei einer Bürgerversammlung, der Fall war.

Etwa jeder Fünfte (20%) hat sich schon einmal bei Veranstaltungen oder Zusammenkünften einer politischen Partei oder einer Initiative mit anderen über strittige Themen ausgetauscht. In anderen Umgebungen haben dies jeweils nur wenige getan: 11 Prozent haben sich mit anderen im Rahmen einer Veranstaltung oder Zusammenkunft einer religiösen Gemeinde ausgetauscht, 8 Prozent bei einer Veranstaltung oder Zusammenkunft eines nichtkirchlichen Wohlfahrts- oder Sozialverbands, 6 Prozent im Rahmen von Veranstaltungen bzw. Zusammenkünften einer

kirchlich-diakonischen Wohlfahrtseinrichtung.

Austausch über kontroverse Themen außerhalb des familialen Nahumfelds



Angaben in Prozent; dargestellt sind nur die „ja“-Werte



Soziodemographische Charakteristika

Die Unter-30-Jährigen haben sich deutlich seltener bei Veranstaltungen eines Vereins (20 %) oder bei Zusammenkünften der Stadt oder Gemeinde (14 %) über strittige Themen ausgetauscht als alle anderen Befragten. Dafür tauschen sie sich überproportional häufig in sozialen Medien über kontroverse Themen aus (34 %).

Veranstaltungen oder Zusammenkünfte eines Vereins oder der Stadt oder Gemeinde wurden eher von den Über-30- bzw. Über-45-Jährigen genutzt.



Regionale Charakteristika

Im Osten geben etwas mehr Bundesbürger an, sich bei Veranstaltungen von Vereinen zu strittigen Themen schon einmal ausgetauscht zu haben (30 %). In Gemeinden unter 5000 Einwohnern haben sich Befragte schon häufiger bei Versammlungen der Gemeinde über strittige Themen ausgetauscht als in städtischeren Kontexten (30 %). Hingegen tauschen sich Bundesbürger in Großstädten über 500.000 Einwohnern deutlich häufiger in sozialen Medien über kontroverse Themen aus (36 %).

**Austausch über kontroverse Themen außerhalb des familialen Nahumfeldes**

Es haben sich selbst schon einmal in folgendem Rahmen mit anderen über strittige Themen ausgetauscht:

	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte eines Vereins	27	31	23	20	26	28	30
eigene Kommentare und Beiträge in sozialen Medien, z. B. Facebook, Instagram, Telegram	26	29	23	34	31	26	19
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte der Stadt oder Gemeinde, z. B. Bürgerversammlung	23	26	20	14	20	25	28
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer politischen Partei oder Initiative	20	22	17	20	19	16	23
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer religiösen Gemeinde	11	12	10	9	14	9	12
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte nicht-kirchlicher Wohlfahrts- oder Sozialverbände	8	9	8	8	7	7	10
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer kirchlich-diakonischen Wohlfahrtseinrichtung	6	5	7	4	5	5	7

Angaben in Prozent; dargestellt sind nur die „ja“-Werte

**Parteineigung**

Besonders häufig haben Bürger mit AfD-Neigung schon von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich durch eigene Kommentare und Beiträge in sozialen Medien zu strittigen Themen zu äußern. Vor allem geben dies im Osten Anhänger des BSW (48%), der AfD (42%) und der SPD (jeweils 41%) an.

Versammlungen der Stadt oder Gemeinde besuchen im Osten häufig Anhänger der FDP (45%), der AfD (44%) und der SPD (41%), um sich über kontroverse Themen auszutauschen. Bei den Grünen-Anhängern ist dies deutlich seltener der Fall (20%).

Austausch über kontroverse Themen außerhalb des familialen Nahumfeldes

Es haben sich selbst schon einmal in folgendem Rahmen mit anderen über strittige Themen ausgetauscht:	Parteieneigung:								
	insgesamt	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	AfD	BSW	Linke	keine Partei
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte eines Vereins	27	32	31	27	32	28	21	19	24
eigene Kommentare und Beiträge in sozialen Medien, z. B. Facebook, Instagram, Telegram	26	18	23	34	24	45	27	40	22
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte der Stadt oder Gemeinde, z. B. Bürgerversammlung	23	28	28	22	28	26	13	22	13
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer politischen Partei oder Initiative	20	23	23	17	31	28	19	26	8
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer religiösen Gemeinde	11	17	11	8	7	12	9	9	8
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte nichtkirchlicher Wohlfahrts- oder Sozialverbände	8	6	11	8	13	11	10	10	6
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer kirchlich-diakonischen Wohlfahrtseinrichtung	6	8	7	6	5	5	3	4	4

Angaben in Prozent; dargestellt sind nur die „ja“-Werte

4.4.2 Geeignete Verständigungsorte

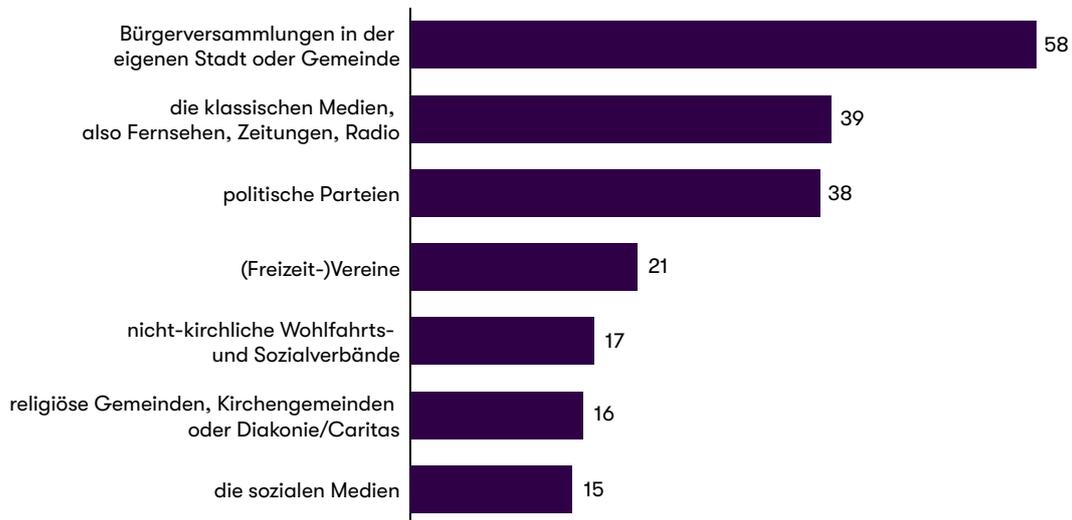
i Geeignete Umgebungen, um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich zu diskutieren, wären aus Sicht der Befragten vor allem Bürgerversammlungen in der eigenen Stadt oder Gemeinde (58%).

Deutlich seltener werden andere Umgebungen als geeignet für einen kontroversen Austausch angesehen. So halten 39 Prozent noch die klassischen Medien (Fernsehen, Zeitungen, Radio) und 38 Prozent politische Parteien für geeignete Umgebungen.

(Freizeit-)Vereine halten 21 Prozent, nichtkirchliche Wohlfahrts- und Sozialverbände 17 Prozent, religiöse Gemeinden, Kirchengemeinden oder Diakonie und Caritas 16 Prozent für geeignete Umgebungen.

Soziale Medien halten die wenigsten (15 %) für eine geeignete Umgebung, um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich zu diskutieren.

Geeignete Umgebungen für Austausch über polarisierende Themen



Angaben in Prozent



Soziodemographische Charakteristika

Insgesamt gibt es kaum nennenswerte Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Lediglich bei politischen Parteien geben etwas mehr Männer (43 %) als Frauen (33 %) an, dass sie diese als geeignete Umgebungen ansehen, um sich über kontroverse Themen auszutauschen.

Die Unter-30-Jährigen unterscheiden sich am stärksten von allen anderen Befragten. So sehen sie deutlich häufiger Bürgerversammlungen (62 %) als geeignete Umgebungen für einen Austausch über strittige Themen an, ebenso die klassischen Medien (45 %) und die nichtkirchlichen Wohlfahrts- und Sozialverbände (23 %).

Politische Parteien werden von den Befragten mittleren Alters (45 bis 59 Jahre) seltener als von den anderen Altersgruppen als geeignete Umgebungen angesehen.



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Bürgerversammlungen werden häufiger von Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen (66 %) als mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (51 %) als geeignete Umgebungen für einen respektvollen und sachlichen Austausch angesehen. Ein ähnliches Bild zeigt sich diesbezüglich auch mit Blick auf klassische Medien und nichtkirchliche Wohlfahrtsverbände sowie Vereine.



Geeignete Umgebungen, um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich zu diskutieren, wären:	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
Bürgerversammlungen in der eigenen Stadt oder Gemeinde	58	59	57	62	56	60	59
die klassischen Medien, also Fernsehen, Zeitungen, Radio	39	41	37	45	40	37	41
politische Parteien	38	43	33	49	41	33	43
(Freizeit-)Vereine	21	23	19	22	24	22	23
nicht-kirchliche Wohlfahrts- und Sozialverbände	17	18	16	23	17	16	18
religiöse Gemeinden, Kirchengemeinden oder Diakonie/Caritas	16	16	16	19	14	16	16
die sozialen Medien	15	16	13	15	15	14	16

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Parteineigung

Bürgerversammlungen werden von den Anhängern der Grünen überdurchschnittlich häufig, von den Anhängern des BSW eher selten als geeignete Umgebung für den Austausch zu kontroversen Gesellschaftsthemen betrachtet.

Von den klassischen Medien meinen nur die Anhänger der SPD und der Grünen mehrheitlich, dass diese geeignet seien, von den politischen Parteien meinen dies nur die Anhänger der Grünen und der FDP mehrheitlich.

Nichtkirchliche Wohlfahrts- und Sozialverbände halten am ehesten die Grünen-Anhänger für geeignete Umgebungen.

Soziale Medien präferieren überdurchschnittlich viele Anhänger der AfD als geeignete Umgebung (31%). Die AfD- und BSW-Anhänger teilen anders als alle anderen Befragten deutlich seltener die Ansicht, dass die übrigen Umgebungen geeignet wären für einen sachlichen und respektvollen Austausch über kontroverse Themen.



Geeignete Umgebungen, um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich zu diskutieren, wären:	Parteineigung								keine Partei
	insgesamt	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	AfD	BSW	Linke	
Bürgerversammlungen in der eigenen Stadt oder Gemeinde	58	60	63	76	56	52	44	66	51
die klassischen Medien, also Fernsehen, Zeitungen, Radio	39	37	50	63	38	27	30	50	27
politische Parteien	38	38	44	60	51	32	31	56	23
(Freizeit-)Vereine	21	20	21	29	29	20	17	27	16
nicht-kirchliche Wohlfahrts- und Sozialverbände	17	13	17	33	13	15	21	16	13
religiöse Gemeinden, Kirchengemeinden oder Diakonie/Caritas	16	20	14	23	12	10	9	6	14
die sozialen Medien	15	11	15	19	10	31	15	16	11

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.4.3 Kriterien für Verständigungsorte



Um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich diskutieren zu können, müsste eine geeignete Umgebung aus Sicht der meisten Befragten eine neutrale, unvoreingenommene Moderation bieten (75%).

Für 69 Prozent wären (auch) klare Regeln für die Kommunikation, für 61 Prozent eine Anreicherung mit Expertenwissen und Fakten, für 59 Prozent ein geschützter Rahmen, um frei seine Meinung äußern zu können, wichtig.

Für 48 Prozent müsste eine solche geeignete Umgebung einen Erfahrungsaustausch ermöglichen, für 41 Prozent müsste es eine Begrenzung der Redezeit für einzelne Personen geben, und 33 Prozent würden kleine Personengruppen zum Austausch bevorzugen.

Kriterien für Verständigungsorte



Angaben in Prozent

Soziodemographische Charakteristika

Die jüngeren Befragten unter 30 Jahre präferieren deutlich häufiger als alle anderen Befragten klare Regeln (78%), eine Anreicherung mit Expertenwissen (70%), einen geschützten Rahmen (61%) und die Ermöglichung eines Erfahrungsaustausches (55%). Eine Redezeitbegrenzung wird hingegen deutlich seltener genannt als bei allen anderen Befragten (35%).

Ein geschützter Rahmen ist darüber hinaus den 45- bis 59-Jährigen wichtig (64%).



Regionale Charakteristika

Im Osten wird etwas seltener von den Befragten als Kriterium genannt, dass ein geschützter Rahmen notwendig sei, um seine Meinung frei äußern zu können.



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Ähnlich wie bei der Altersgruppe der jüngeren Befragten verhält es sich bei den Bundesbürgern mit höherem Bildungsabschluss: Sie sehen überproportional häufig eine neutrale Moderation als notwendig an (85%), um kontroverse Debatten sachlich und respektvoll in geeigneten Umgebungen diskutieren zu können. Ebenso werden von diesen Befragten klare Regeln (83%), die Anreicherung durch Expertenwissen (77%), einen geschützten Rahmen (65%) und die Ermöglichung eines Erfahrungsaustausches (55%) als Kriterien für einen Austausch in geeigneten Umgebungen genannt.



Kriterien für geeignete Umgebungen für den Austausch zu polarisierenden Themen

Um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich diskutieren zu können, müsste eine solche Umgebung folgende Kriterien erfüllen:

	insgesamt	Männer	Frauen	18- bis 29-Jährige	30- bis 44-Jährige	45- bis 59-Jährige	60 Jahre und älter
neutrale, unvoreingenommene Moderation	75	76	74	71	73	78	76
klare Regeln für die Kommunikation	69	70	69	78	72	70	63
Anreicherung mit Expertenwissen und Fakten	61	61	62	70	63	60	58
geschützter Rahmen, um frei seine Meinung äußern zu können	59	61	57	66	60	64	52
Ermöglichung eines Erfahrungsaustauschs	48	48	48	55	44	50	46
Begrenzung der Redezeit für einzelne Personen	41	38	44	35	41	44	43
kleine Personengruppen zum Austausch	33	29	36	39	28	34	32

Angaben in Prozent



Parteineigung

Für diejenigen, die sich selbst im politischen Spektrum eher links verorten, wären klare Regeln für die Kommunikation, eine Anreicherung mit Expertenwissen und Fakten sowie eine Begrenzung der Redezeit für einzelne Personen noch häufiger als für die Bundesbürger insgesamt relevante Kriterien für eine geeignete Umgebung für den Austausch zu kontroversen gesellschaftlichen Themen.

Die Grünen-Anhänger und AfD-Anhänger stehen sich in ihrer Beurteilung der Kriterien für einen respektvollen und sachlichen Austausch in geeigneten Umgebungen diametral gegenüber. Grünen-Anhänger benennen überproportional häufig als Kriterien klare Regeln (87%) und die Anreicherung durch Expertenwissen (84%). Hingegen weisen die Anhänger der AfD diesbezüglich die geringsten Zustimmungswerte im Vergleich aller Befragten auf.

Kriterien für geeignete Umgebungen für den Austausch zu polarisierenden Themen

Um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich diskutieren zu können, müsste eine solche Umgebung folgende Kriterien erfüllen:

	insgesamt	Politische Selbsteinschätzung:		
		Links	Mitte	Rechts
neutrale, unvoreingenommene Moderation	75	80	79	77
klare Regeln für die Kommunikation	69	83	69	64
Anreicherung mit Expertenwissen und Fakten	61	78	60	55
geschützter Rahmen, um frei seine Meinung äußern zu können	59	64	59	63
Ermöglichung eines Erfahrungsaustauschs	48	53	50	43
Begrenzung der Redezeit für einzelne Personen	41	50	41	39
kleine Personengruppen zum Austausch	33	38	33	28

Angaben in Prozent

4.5 GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Für den individuell wahrgenommenen gesellschaftlichen Zusammenhalt ist – wie eine Studie der Bertelsmann-Stiftung herausgearbeitet hat – wesentlich, wie die Bundesbürger das soziale Klima der Gesellschaft wahrnehmen, welche Erfahrungen sie mit Solidarität in ihrem Alltag machen und welche Gerechtigkeitslücken sie wahrnehmen.

Entsprechend wurde in der vorliegenden Studie analog zur Bertelsmann-Studie nach dem Solidarklima und der Gerechtigkeitseinschätzung gefragt.

4.5.1 Einschätzung des Solidarklimas



Die Einschätzungen zu Solidarität und Vertrauen in unserer Gesellschaft zeigen ein eher gespaltenes Bild.

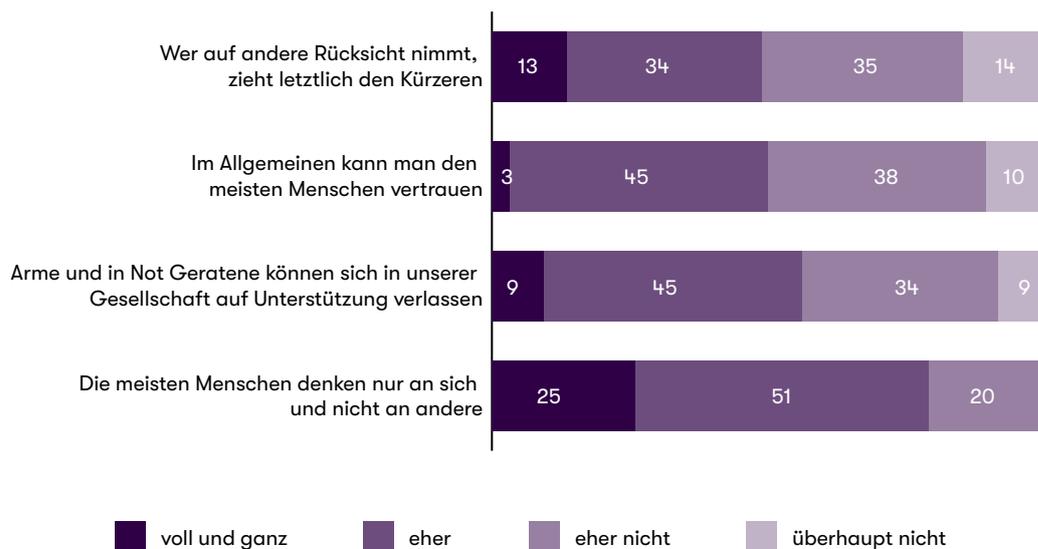


Eine Mehrheit der Befragten (76 %) stimmt der Aussage zu, dass die meisten Menschen nur an sich selbst denken und nicht an andere. Nur etwa jeder Fünfte (21 %) teilt diese Auffassung nicht. Auch glaubt mehr als die Hälfte (54 %) zwar, dass Arme und in Not Geratene sich in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen können, allerdings sieht eine recht große Minderheit von 43 Prozent das nicht so.

Ebenfalls eher kritisch gesehen wird das allgemeine Vertrauen, das man anderen Menschen entgegenbringen kann. So meint weniger als die Hälfte der Befragten (48%), dass man den meisten Menschen im Allgemeinen vertrauen kann. Ebenso viele (48 %) sehen das nicht so.

Rücksichtnahme auf andere führt nach Ansicht von fast der Hälfte der Befragten (47%) dazu, dass man letztlich „den Kürzeren“ zieht. Ähnlich viele (49 %) teilen diese Auffassung nicht.

Einschätzung des Solidarklimas



Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

Solidarklima und Lebenszufriedenheit bzw. Zukunftsblick

Die Auffassung, dass die meisten Menschen nur an sich und nicht an andere denken, wird in allen Bevölkerungsgruppen jeweils von einer Mehrheit geteilt. Diejenigen, die mit ihrem Leben derzeit nicht zufrieden sind, teilen diese Auffassung am häufigsten.

Diejenigen, die mit ihrem Leben eher unzufrieden sind und die auch eher mit Sorge in ihre Zukunft schauen, zeigen sich auch bei den Einschätzungen zum Solidarklima weniger zuversichtlich. So glauben sie seltener als die Zufriedenen bzw.

Zuversichtlichen, dass Arme und in Not Geratene sich in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen können und man im Allgemeinen den meisten Menschen vertrauen kann. Häufiger hingegen glaubt diese Gruppe, dass Rücksichtnahme auf andere letztlich dazu führt, dass man „den Kürzeren zieht“.



Soziodemographische Charakteristika

Die Unter-30-Jährigen stimmen überproportional der Aussage zu, dass die meisten Menschen nur an sich denken (81%). Hingegen teilen besonders häufig die 60-Jährigen und Älteren die Ansicht, dass man im Allgemeinen den meisten Menschen vertrauen kann (57%).



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Dass Arme und in Not Geratene sich in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen können und dass man im Allgemeinen den meisten Menschen vertrauen kann, glauben die finanziell besser Gestellten (mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mindestens 4.500 Euro) noch etwas häufiger als diejenigen mit geringeren Einkommen.



Parteieneigung

Die Anhänger der Grünen einerseits und AfD- bzw. BSW-Anhänger andererseits stehen einander bei der Einschätzung des Solidarklimas diametral gegenüber. Grünen-Anhänger (68%) sagen deutlich häufiger, dass Arme und in Not Geratene sich in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen können. Am wenigsten Zustimmung erfährt dies bei den Anhängern des BSW (32%) und der AfD (42%).

Ähnlich verhält es sich bei der Einschätzung, dass man im Allgemeinen den meisten Menschen vertrauen kann. Dies bejahen deutlich mehr Grünen-Anhänger (67%) und SPD-Anhänger (61%) als Anhänger des BSW (38%) oder der AfD (28%).

Hingegen teilen überproportional häufig Anhänger der AfD (72%) und des BSW (62%) die Ansicht, dass man letztlich den Kürzeren zieht, wenn auf andere Rücksicht genommen wird, was bei den Grünen-Anhängern am seltensten geteilt wird (19%).

**Einschätzung des Solidarklimas in Deutschland**

Es stimmen den Aussagen zu unserer Gesellschaft voll und ganz bzw. eher zu:

		Die meisten Menschen denken nur an sich und nicht an andere.	Arme und in Not Geratene können sich in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen.	Im Allgemeinen kann man den meisten Menschen vertrauen.	Wer auf andere Rücksicht nimmt, zieht letztlich den Kürzeren.
Insgesamt		76	54	48	47
Ost		72	51	46	51
West		77	54	49	46
Männer		77	56	51	51
Frauen		76	52	45	43
18- bis 29-Jährige		81	53	43	47
30- bis 44-Jährige		77	53	45	51
45- bis 59-Jährige		79	53	43	50
60 Jahre und älter		72	55	57	42
Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):	bis unter 2.500	80	47	43	51
	2.500 bis unter 4.500	75	52	49	49
	4.500 und mehr	73	62	55	41
Zufriedenheit mit Leben:	zufrieden	73	58	53	42
	unzufrieden	88	39	30	66
persönliche Zukunftsaussichten:	mit Zuversicht	72	62	61	36
	mit Sorge	81	48	39	57
Parteieneigung:	CDU/CSU	78	68	54	48
	SPD	71	59	61	36
	Grüne	69	59	67	19
	FDP	74	69	50	56
	AfD	82	42	28	72
	BSW	75	32	38	62
	Linke	79	32	52	46
	keine Partei	80	45	35	56

4.5.2 Soziale Gerechtigkeit in Deutschland

Eine Mehrheit der Bundesbürger (57%) sieht es als Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern. 39 Prozent sehen dies (eher) nicht so.

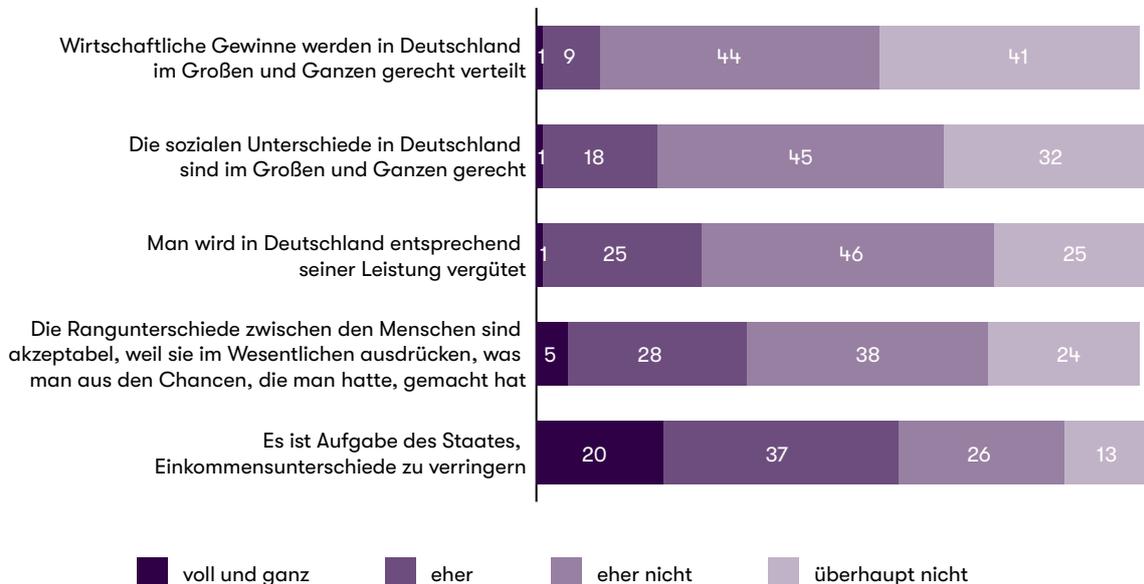
Im Hinblick auf Rangunterschiede zeigt sich eine eher kritische Einschätzung. Nur eine Minderheit von 33 Prozent hält solche Unterschiede für akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat. Eine Mehrheit von 62 Prozent lehnt diese Auffassung dagegen ab.

Auch glaubt nur eine Minderheit der Bundesbürger (26%), dass man in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet wird. Eine deutliche Mehrheit (71%) glaubt das nicht.

Die sozialen Unterschiede in Deutschland empfinden nur 19 Prozent der Bundesbürger als im Großen und Ganzen gerecht. Die große Mehrheit (77%) sieht die sozialen Unterschiede nicht als gerecht an.

Die Verteilung wirtschaftlicher Gewinne in Deutschland wird nur von sehr wenigen Bundesbürgern (10%) als gerecht angesehen. Die große Mehrheit (85%) teilt die Auffassung, dass wirtschaftliche Gewinne gerecht verteilt werden, nicht.

Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland



Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Soziodemographische Charakteristika

Männer halten die sozialen Unterschiede in Deutschland etwas häufiger als Frauen im Großen und Ganzen für gerecht und teilen häufiger als Frauen die Ansicht, dass man in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet wird.



Regionale Charakteristika

Die Leistungsvergütung wird in Westdeutschland etwas häufiger als gerecht empfunden als in Ostdeutschland.

Soziale Gerechtigkeit in Deutschland

Es stimmen den Aussagen zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland voll und ganz bzw. eher zu:

	insgesamt	Ost	West	Männer	Frauen
Es ist Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern.	57	59	56	55	58
Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.	33	31	33	35	30
Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.	26	16	27	31	21
Die sozialen Unterschiede in Deutschland sind im Großen und Ganzen gerecht.	19	14	20	22	15
Wirtschaftliche Gewinne werden in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.	10	9	10	12	8

Angaben in Prozent; dargestellt sind die Top 2-Werte



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Die Einschätzungen zur sozialen Gerechtigkeit unterscheidet sich stark zwischen den einzelnen Einkommensgruppen. So sehen es vor allem die unteren Einkommenschichten als Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern.

Gleichzeitig meinen diese Befragten seltener als die Besserverdiener, dass die Rangunterschiede zwischen den Menschen akzeptabel sind, dass man in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet wird und dass die sozialen Unterschiede im Großen und Ganzen gerecht sind.



Soziale Gerechtigkeit in Deutschland

Es stimmen den Aussagen zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland voll und ganz bzw. eher zu:

	insgesamt	Haupt- schule	mittlerer Abschluss	Abitur, Studium	Haushaltsnettoeinkommen (in Euro):		
					bis unter 2.500	2.500 bis unter 4.500	4.500 und mehr
Es ist Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern.	57	59	56	57	68	57	49
Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.	33	34	35	29	26	33	40
Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.	26	30	24	26	19	24	35
Die sozialen Unterschiede in Deutschland sind im Großen und Ganzen gerecht.	19	18	18	20	12	17	28
Wirtschaftliche Gewinne werden in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.	10	9	9	12	6	8	15

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Parteineigung

Je nachdem, welcher Partei eine Person zuneigt, zeigen sich unterschiedliche Auffassungen zur sozialen Gerechtigkeit.

So sehen es die Anhänger der SPD, der Grünen und des BSW häufiger als die Anhänger der anderen Parteien als Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern. Seltener meinen sie, die Rangunterschiede zwischen den Menschen seien akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat, und dass man entsprechend seiner Leistung vergütet werde.

Auch halten die Anhänger der SPD, der Grünen, der AfD und des BSW die sozialen Unterschiede in Deutschland seltener als die Anhänger der Unionsparteien und der FDP für gerecht.

**Soziale Gerechtigkeit in Deutschland**

Es stimmen den Aussagen zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland voll und ganz bzw. eher zu:

Parteineigung:

	insgesamt	CDU/ CSU	SPD	Grüne	FDP	AfD	BSW	Linke	keine Partei
Es ist Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern.	57	40	69	77	31	48	68	83	57
Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.	33	52	24	12	58	40	31	6	28
Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.	26	42	26	20	40	20	12	10	22
Die sozialen Unterschiede in Deutschland sind im Großen und Ganzen gerecht.	19	33	13	9	44	18	10	4	15
Wirtschaftliche Gewinne werden in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.	10	18	6	6	29	10	8	3	6

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.6 RESILIENZ UND GLAUBE IN MULTIPLER KRISENZEITEN

4.6.1 Mentales „Auftanken“

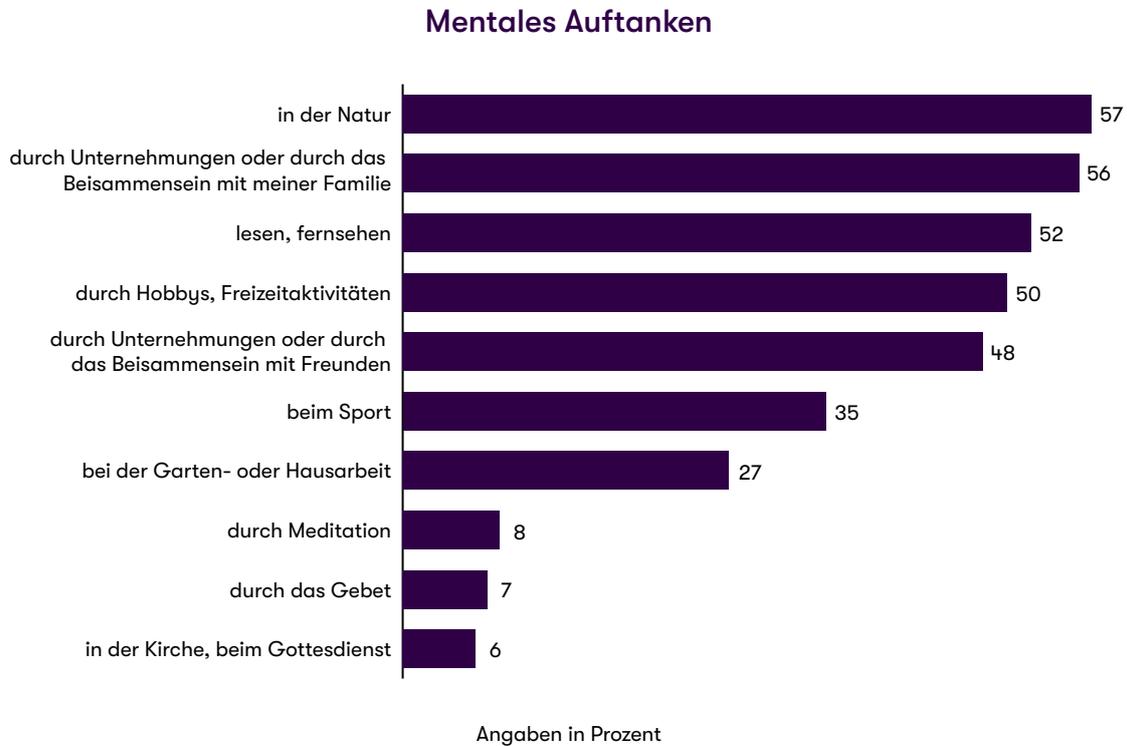


Im Alltag tanken die meisten Bundesbürger mental am besten in der Natur (57%), durch Unternehmungen oder das Beisammensein mit ihrer Familie (56%), durch Lesen oder Fernsehen (52%) oder durch Hobbys und Freizeitaktivitäten (50%) auf.

48 Prozent sammeln am besten mental Kraft durch Unternehmungen oder das Beisammensein mit Freunden, 35 Prozent tun dies beim Sport, 27 Prozent bei der Garten- oder Hausarbeit.



Nur wenige Befragte (zwischen 6 und 8%) tanken mental im Alltag am besten durch Meditation, durch das Gebet oder in der Kirche bzw. beim Gottesdienst auf.



Soziodemographische Charakteristika

Frauen tanken häufiger als Männer am besten beim Lesen oder Fernsehen oder durch Unternehmungen bzw. das Beisammensein mit Freunden auf. Männer tun dies etwas häufiger als Frauen durch Hobbys und Freizeitaktivitäten.

In der Natur oder bei der Garten- bzw. Hausarbeit tanken die Über-45-Jährigen häufiger auf als die jüngeren Befragten. Die Unter-45-Jährigen stärken sich mental dagegen häufiger als die Älteren durch Hobbys und Freizeitaktivitäten, die Unter-30-Jährigen überdurchschnittlich häufig durch Unternehmungen oder durch das Beisammensein mit Freunden oder beim Sport.



Regionale Charakteristika

Befragte im Osten tanken mental seltener durch Lesen oder Fernsehen auf als im Westen, wohingegen die Gartenarbeit im Osten häufiger zum mentalen Auftanken genutzt wird als im Westen.



Im Alltag tanken mental am besten auf:

	insgesamt	Männer	Frauen	Westen	Osten
in der Natur	57	54	61	57	60
durch Unternehmungen oder durch das Beisammensein mit meiner Familie	56	55	57	57	53
lesen, fernsehen	52	46	59	54	45
durch Hobbys, Freizeitaktivitäten	50	55	45	51	45
durch Unternehmungen oder durch das Beisammensein mit Freunden	48	44	52	49	41
beim Sport	35	38	33	36	32
bei der Garten- oder Hausarbeit	27	25	28	25	35
durch Meditation	8	6	10	8	6
durch das Gebet	7	5	8	7	6
in der Kirche, beim Gottesdienst	6	5	6	6	5

Angaben in Prozent



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Bundesbürger mit höheren Bildungsabschlüssen geben deutlich häufiger als Befragte mit niedrigerem Bildungsabschluss an, durch Unternehmungen oder das Beisammensein in der Familie (63%), durch Hobbys (61%) und durch Unternehmungen und das Beisammensein mit Freunden (56%) mental aufzutanken.

Hingegen geben deutlich mehr Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss an, durch das Gebet mental aufzutanken (11%).

Bedeutung der Spiritualität/Religiosität

Menschen, die angeben, dass ihnen Spiritualität bzw. Religiosität für das mentale Wohlbefinden wichtig ist, tanken überproportional häufig bei spirituell-religiösen Praktiken auf, so beim Gebet (21%), dem Gottesdienstbesuch (17%) oder der Meditation (14%).



Im Alltag tanken mental am besten auf:	insgesamt	Bedeutung der Spiritualität für mentales Wohlbefinden
in der Natur	57	63
durch Unternehmungen oder durch das Beisammensein mit meiner Familie	56	60
lesen, fernsehen	52	52
durch Hobbys, Freizeitaktivitäten	50	50
durch Unternehmungen oder durch das Beisammensein mit Freunden	48	54
beim Sport	35	36
bei der Garten- oder Hausarbeit	27	31
durch Meditation	8	14
durch das Gebet	7	21
in der Kirche, beim Gottesdienst	6	17

Angaben in Prozent

4.6.2 Wichtigste Ansprechpersonen bei Sorgen

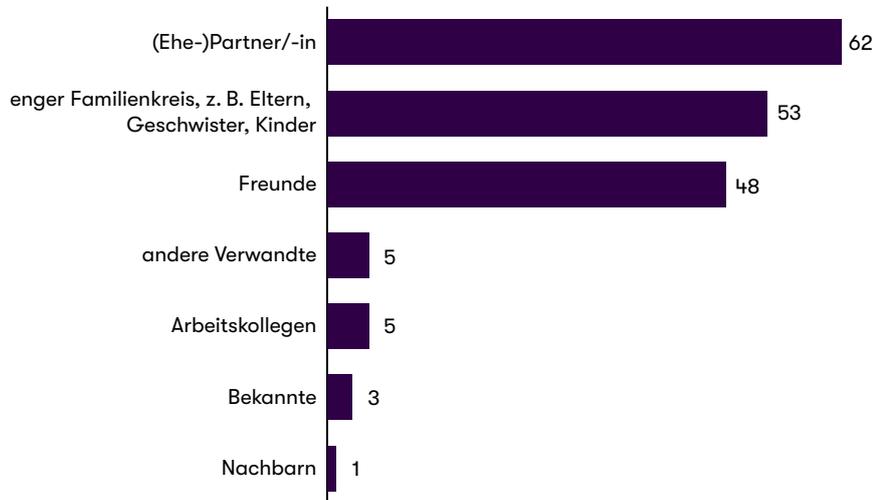


Bei persönlichen Sorgen ist für die meisten Befragten in einer Partnerschaft (62%) der Partner bzw. die Partnerin die wichtigste Ansprechperson. Für 53 Prozent gehört die wichtigste Ansprechperson zum engen Familienkreis, also z.B. Eltern, Geschwister oder Kinder, bei 48 Prozent sind Freunde die wichtigsten Ansprechpersonen.

Andere Personengruppen wie Arbeitskollegen, weitere Verwandte, Bekannte oder Nachbarn sind nur für wenige Befragte (zwischen 1 und 5%) die wichtigsten Ansprechpersonen.



Wichtigste Ansprechperson bei persönlichen Sorgen



Angaben in Prozent

Vor allem für diejenigen, die mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammenleben, ist dieser bzw. diese in der Regel die wichtigste Ansprechperson. Bei Alleinstehenden, aber auch den Unter-30-Jährigen sind dies dann eher enge Familienmitglieder bzw. Freunde.

Wichtigste Ansprechpersonen bei Sorgen

Bei persönlichen Sorgen ist die wichtigste Ansprechperson:

insgesamt

Zusammenleben mit Partner:

ja

nein

	insgesamt	ja	nein
(Ehe-)Partner/-in	62	89	18
enger Familienkreis, z. B. Eltern, Geschwister, Kinder	53	47	64
Freunde	48	43	58
Arbeitskollegen	5	5	5
andere Verwandte	5	4	6
Bekannte	3	2	4
Nachbarn	1	1	1

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe

4.6.3 Bedeutung von Spiritualität und Religiosität für mentales Wohlergehen



32 Prozent der befragten Bundesbürger geben an, dass Spiritualität bzw. Religiosität für ihr mentales Wohlbefinden wichtig oder sehr wichtig sei. Für 65 Prozent ist dies weniger wichtig bzw. unwichtig.

Die Mehrheit aller Befragten (58 %) stuft sich auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 „gar nicht religiös“ und 10 „sehr religiös“ bedeutet, eher bei den unteren Skalenwerten zwischen 1 und 3 ein.

Als (sehr) religiös (Skalenpunkte 8 bis 10) stufen sich hingegen nur wenige (10 %) ein.

Auch von denen, die der evangelischen oder katholischen Religionsgemeinschaft angehören, stuft sich nur eine Minderheit als (sehr) religiös ein (14 bzw. 15 %).



Soziodemographische Charakteristika

Spiritualität bzw. Religiosität hat für die Über-45-Jährigen eine (etwas) höhere Bedeutung als für die Unter-45-Jährigen. Lediglich für ein Viertel der Unter-30-Jährigen spielen Spiritualität und Religiosität für das mentale Wohlbefinden eine Rolle.



Konfessionelle Charakteristika

Spiritualität bzw. Religiosität hat für Evangelische (40 %) und Katholische (43 %) eine (etwas) höhere Bedeutung als für Konfessionslose (21 %). Dennoch muss man festhalten, dass für mehr als die Hälfte der Evangelischen und Katholischen Spiritualität und Religiosität für das mentale Wohlbefinden keine Rolle spielen, bei den Konfessionslosen sind dies drei Viertel.

Spiritualität bzw. Religiosität ist für ihr mentales Wohlbefinden

	(sehr) wichtig	weniger wichtig / unwichtig
Evangelische	40	58
Katholische	43	55
Konfessionslose	21	76

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



4.6.4 Spirituell-religiöse Praktiken



Etwas mehr als ein Fünftel der Bundesbürger betet regelmäßig, d. h. täglich, wöchentlich oder monatlich (22 %).

Jeder zehnte Bundesbürger (10 %) gibt an, täglich zu beten. 7 Prozent beten mehrmals bzw. einmal pro Woche, 5 Prozent ein- oder mehrmals pro Monat, 7 Prozent mehrmals im Jahr. 20 Prozent beten seltener als mehrmals pro Jahr, 47 Prozent nie.



37 Prozent haben aus spirituell-religiösen Gründen in den letzten 12 Monaten ein- oder mehrmals eine Kerze angezündet. 14 Prozent haben aus spirituell-religiösen Gründen ein- oder mehrmals meditiert.

Befragte, denen Spiritualität bzw. Religiosität (sehr) wichtig ist, haben die verschiedenen Riten in den letzten 12 Monaten häufiger praktiziert als die Gesamtheit der Befragten. Gleiches gilt für die Konfessionsgebundenen.

Es haben in den letzten 12 Monaten aus spirituell-religiösen Gründen folgende Praktiken ausgeübt

	einmal	mehrmals	gar nicht
Anzünden einer Kerze	8	29	59
Meditation	2	12	81
Fasten	5	3	88
Pilgern	1	1	93

	täglich	wöchentlich	monatlich	mehrmals im Jahr	seltener	nie
Gebet	10	1	5	7	20	47

Angaben in Prozent; an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. keine Angabe



Soziodemographische Charakteristika

Bei Frauen sind das regelmäßige Gebet und andere spirituell-religiöse Praktiken etwas häufiger als bei Männern und bei Über-60-Jährigen häufiger als bei den jüngeren Befragten verbreitet. Ebenso beten Befragte mit niedrigerem Bildungsabschluss regelmäßiger als diejenigen mit einem höheren Bildungsabschluss.



Regionale Charakteristika

Das regelmäßige Gebet und auch andere spirituell-religiöse Praktiken sind insgesamt im Westen des Landes verbreiteter als im Osten.

4.6.5 Gläubige Menschen kommen besser durch Krisen



Der Aussage „Gläubige Menschen kommen besser durch herausfordernde Zeiten als nicht gläubige Menschen“ stimmt etwa jeder dritte Bundesbürger (36 %) zu.

Knapp die Hälfte (49 %) sieht das nicht so. 15 Prozent trauen sich dazu keine Einschätzung zu.

Dass gläubige Menschen besser durch herausfordernde Zeiten kommen, meinen überdurchschnittlich häufig Angehörige der evangelischen oder katholischen Kirche sowie insbesondere diejenigen, für die Spiritualität bzw. Religiosität (sehr) wichtig ist.



Soziodemographische Charakteristika

Ältere Befragte sind etwas häufiger der Meinung als jüngere, dass gläubige Menschen besser durch herausfordernde Zeiten kommen.



Bildungs- und Einkommenscharakteristika

Diejenigen, die einen niedrigeren Bildungsabschluss haben, teilen etwas seltener die Ansicht, dass gläubige Menschen besser durch herausfordernde Zeiten kommen.



KAPITEL 5

Einordnungen – Perspektiven.



Im Folgenden werden die Befunde in gegenwärtige sozial- und politikwissenschaftliche sowie gesellschaftspolitische Diskurse eingeordnet. Insbesondere werden die Studienergebnisse vor dem Hintergrund der Theorieansätze von Steffen Mau et al. („Triggerpunkte“) und Andreas Reckwitz („Verlust“) reflektiert.¹

Es wird zudem auf aktuelle Studien rekurriert, wie beispielsweise den Sozialbericht 2024 sowie Studien der Bertelsmann-Stiftung zur Solidarität und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Vertrauen in die Demokratie.² Dies kontextualisiert die Befunde und zugleich können Wege in eine resilientere Zukunft skizziert werden, wozu Verständigungsorte nicht unerheblich beitragen können.

5.1 GESELLSCHAFTSPOLITISCHES MEINUNGSKLIMA: „JA, ABER...“



Die Studie macht deutlich, dass eine gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung von der Mehrheit der Bevölkerung wahrgenommen wird und Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit, das Institutionenvertrauen und den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt hat. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie können mit Blick auf das gesellschaftspolitische Meinungsklima als „Ja, aber“-Haltung gelesen werden.

Steffen Mau et al. beschreiben in ihrer instruktiven Studie „Triggerpunkte“ eine Ambivalenz in der Haltung der Menschen gegenüber gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen: Einerseits wird die Grundordnung anerkannt („Ja“), andererseits gibt es Vorbehalte und Kritik gegenüber deren Umsetzung oder spezifischen Aspekten („aber“).³

1 Steffen Mau/Thomas Lux/Linus Westheuser, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023; Andreas Reckwitz, Verlust, Ein Grundproblem der Moderne, Berlin 2024.

2 Volker Best / Frank Decker/Sandra Fischer/Anne Küppers, Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2023; Bertelsmann-Stiftung (Hg.), Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023. Perspektiven auf das Miteinander in herausfordernden Zeiten, Gütersloh 2024; Bertelsmann-Stiftung (Hg.), Ressourcen für Solidarität. Religion macht einen Unterschied, Gütersloh 2024; Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt (Destatis) / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Bonn 2024.

3 Mau et al., Triggerpunkte, 380 ff, hier 382.

Spaltung der Gesellschaft

Die Studie zeigt eine ausgeprägte Wahrnehmung von gesellschaftlicher Spaltung. Die Mehrheit der Befragten nimmt eine gesellschaftliche Spaltung wahr („Ja“) – allerdings nur eine Minderheit eine Spaltung in zwei gleich große Lager („aber“). Ausgenommen davon sind diejenigen, die sich im rechten politischen Spektrum verorten, die mehrheitlich eine Spaltung in zwei gleich große Lager wahrnehmen.

Dies korrespondiert mit sozialwissenschaftlichen Debatten um eine affektive Polarisierung und die Fragmentierung moderner Gesellschaften. In polarisierten Gesellschaften ist die Wahrnehmung von Spaltung oft emotional aufgeladen. Häufig verstärken Triggerpunkte wie Migration, soziale Ungleichheit und Wertefragen die Wahrnehmung von Polarisierung.

Die Ergebnisse zeigen zunächst allgemein, dass sich Bürger in einem Spannungsfeld zwischen Zusammengehörigkeit und Entfremdung befinden. Die „Ja, aber“-Haltung wird in der Wahrnehmung deutlich, dass die Gesellschaft zwar grundsätzlich ein Ganzes, aber durch spezifische Konfliktlinien gefährdet ist, wie in den folgenden Kapiteln noch deutlich wird.

Im Osten ist die Wahrnehmung einer Spaltung in „zwei ähnlich große Lager“ größer als im Westen und sogar Mehrheitsmeinung. Dies deutet auf einen sozialen Monokulturalismus in größeren Teilen der dortigen Bevölkerung hin. Im Osten werden offenbar Konflikte und Gegensätze direkter wahrgenommen.

Die Befunde der vorliegenden Studie können auch mit dem Konzept des „klassenbasierten Verlusts“ von Andreas Reckwitz erklärt werden.⁴ Demnach können kulturelle Spannungen zwischen Gewinnern des Wandels – urban, westlich, globalisiert – und den „Verlustträgern“ – kleinere Städte, ostdeutsche ländliche Regionen – beschrieben werden. Die Menschen in den östlichen, ländlich bis kleinstädtisch geprägten und abseits der wenigen großstädtischen Zentren eher strukturschwachen Bundesländern erleben den Fortschritt entsprechend häufiger als Verlust von Stabilität, sozialer Sicherheit und kultureller Identität. Vor diesem Hintergrund lassen sich auch die Befunde zur Spaltung der Gesellschaft in Ostdeutschland dahingehend deuten, dass sich Menschen im Osten von den Transformationen nach der Wiedervereinigung weniger einbezogen fühlen und diese „Verlustwahrnehmung“ ein stärkeres Gefühl von gesellschaftlicher Spaltung befördert.

Im Westen überwiegt eher die Wahrnehmung einer Mehrheit-Minderheit-Spaltung. Hier wird die Dominanz der Mehrheit als stabilisierend, aber auch potenziell ausgrenzend empfunden. Es herrschen sogenannte hegemoniale Strukturen vor.

⁴ Reckwitz, Verlust, 334 ff.

Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen

Menschen halten zwar am demokratischen System mehrheitlich fest („Ja“), äußern aber deutliche Kritik an der Art und Weise, wie demokratische Prozesse gestaltet werden („aber“).

Demokratiethoretisch kann ein Mangel an demokratischer Responsivität, also an der Fähigkeit des Systems, auf Bürgerbedürfnisse einzugehen, zu Entfremdung vom politischen System führen. Darüber hinaus sind Polarisierungstendenzen dann feststellbar, wenn Bürger sich in einem System nicht repräsentiert fühlen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die etwas stärkere „aber“-Haltung im Osten in Bezug auf die Demokratiezufriedenheit zu lesen. Der Osten sieht sich in vielen Dimensionen als „Verlustträger“ – wirtschaftlich, kulturell und politisch –, was die Skepsis gegenüber Institutionen und dem gesellschaftlichen Wandel erklärt.

Der in der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung beschriebene Zusammenhang zwischen „Input-Legitimität“ (Repräsentation der Bürgerinteressen) und „Output-Legitimität“ (Effizienz der Demokratie)⁵ zeigt sich im Osten in besonderer Weise. So korrespondiert die geringere Demokratiezufriedenheit im Osten mit der Kritik an mangelnder Partizipation. Menschen fühlen sich vom System übergangen, was sich durch die geringere institutionelle Verankerung der Demokratie in ostdeutschen Biografien zu verstärken scheint. Dies entspricht auch der These von Mau et al., dass sich Demokratiekritik oft an Triggerpunkten wie politischer Repräsentation entzündet.⁶

Nach Andreas Reckwitz ist die Demokratie von einer Spannung zwischen der alten Vorstellung von sozialem Fortschritt und einem neuen Individualismus geprägt.⁷ Diese Spannung, so die vorliegende Studie, empfinden Menschen im Osten offenbar stärker, da dort der Fortschritt eher als Verlust an sozialer Stabilität interpretiert wird.

Governance-Theorien betonen, dass Institutionenvertrauen für die Stabilität moderner Gesellschaften zentral ist. Mau et al. beschreiben, dass Menschen Institutionen grundsätzlich als unverzichtbar anerkennen („Ja“), aber gleichzeitig deren Legitimität und Fairness infrage stellen („aber“). Dies ist Ausdruck einer Vertrauensambivalenz: Bürger erwarten, dass Institutionen ihre Interessen vertreten – und kritisieren sie deutlich, wenn dies nicht geschieht. Die Ergebnisse der Studie bestätigen diese Ambivalenz. Vertrauen in Institutionen wie Polizei und Gerichte zeigt das Bedürfnis nach Stabilität und Ordnung („Ja“), während das geringe Vertrauen in politische Parteien und Politiker die Enttäuschung über politische Reprä-

⁵ Best et al., *Demokratievertrauen*, 7ff, 18 ff.

⁶ Mau et al., *Triggerpunkte*, 407 ff.

⁷ Reckwitz, *Verlust*, 417.

sensation und Effektivität offenbart („aber“).

Allerdings ist auch hinsichtlich des Institutionenvertrauens ein größeres Misstrauen im Osten feststellbar, vor allem in Bezug auf Medien, Gerichte und die Polizei. Dies deutet auf eine Diktaturbedingte „historische Vertrauenslücke“, eine „Marginalisierungserfahrung“ und gefühlte oder tatsächliche Ungleichheiten im vereinigten Deutschland hin und kann als Ausdruck einer stärkeren Demokratiedistanz interpretiert werden.

Der Westen profitiert von stabileren Normen und Institutionen, die sich über Jahrzehnte etabliert haben.

Der Soziologe Peter L. Berger hat darauf hingewiesen, dass der Zweifel dazu neigt, die „Gewissheit traditioneller Institutionen zu unterhöhlen“. Damit geht die Gefahr einher, dass das, was institutionelle Gewissheiten gewährleisten, nämlich „den vorreflexiven, selbstverständlichen und in Traditionen begründeten ‚Hintergrund‘ einer Gesellschaft“ zunehmend infrage gestellt wird.⁸

Sozialer und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Die Studie der Bertelsmann-Stiftung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt zeigt, dass die soziale Kohäsion in Deutschland zwar relativ stabil bleibt („Ja“), aber die gefühlte Spaltung durch Medien und politische Debatten verstärkt wird („aber“).

Die vorliegende Studie legt den Schluss nahe, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt als angespannt bezeichnet werden kann. Themen wie soziale Gerechtigkeit und zunehmende Ungleichheit werden als größte Probleme genannt bzw. tauchen im Sorgenbarometer auf.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewerten Ostdeutsche schlechter als Westdeutsche, insbesondere in den Dimensionen soziale Gerechtigkeit und Vertrauen in Institutionen. Wie die vorliegende Studie deutlich macht, empfinden Ostdeutsche soziale Ungleichheit stärker als belastend, insbesondere bei niedrigem Einkommen. Zudem wird im Osten das Solidarklima als weniger ausgeprägt wahrgenommen.

Stille Mehrheitsgesellschaft („Ja“) – „laute“ (rechts-)populistische Minderheit („aber“)

Jüngst hat Philipp Rhein eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus vorgelegt.⁹ Rhein argumentiert, dass rechtspopulistische Bewe-

⁸ Peter L. Berger/Anton Zijderveld, Lob des Zweifels. Was ein überzeugender Glaube braucht, Freiburg i. Breisgau, 135.

⁹ Vgl. im Folgenden Philipp Rhein, Rechte Zeitverhältnisse. Eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus, Frankfurt am Main 2023.

gungen und Ideologien stark auf ein „Vergangenheits-Ideal“ rekurren. Dieses „rechte Zeitverhältnis“ basiert auf der Vorstellung eines verlorenen, idealisierten Zustands in der Vergangenheit, der durch die moderne Gesellschaft zerstört worden sei. Spaltung wird hierbei nicht nur als gegenwärtiges Phänomen, sondern als eine Zerrüttung historischer Ordnung verstanden.

Rheins Konzept des „Vergangenheits-Ideals“ lässt sich mit den Befunden der vorliegenden Studie kombinieren: Rechtspopulistische Zeitverhältnisse überhöhen historische Homogenität und simplifizieren komplexe gesellschaftliche Veränderungen. Dies verstärkt die Wahrnehmung einer Spaltung entlang historischer Bruchlinien. So lässt sich auch die Wahrnehmung der Spaltung im Osten („zwei ähnlich große Lager“) durch Rheins Konzept zumindest in Teilen erklären. Die damit verbundenen Verlustgefühle – soziale Sicherheit, kulturelle Identität – verstärken das Bedürfnis nach einer Orientierung an früheren „besseren Zeiten“. Triggerpunkte wie Migration oder kulturelle Vielfalt werden durch rechtspopulistische Diskurse als Gefahr für die nationale Identität und für eine „verlorene Ordnung“ dargestellt. Die vorliegende Studie zeigt, dass Migration ein zentraler Konfliktpunkt bleibt, insbesondere im Osten, wo die Wahrnehmung der Spaltung höher ist.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie verbindet Rhein mit einem „zeitlichen Pessimismus“, der in rechtspopulistischen Diskursen geschürt wird. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass dieser Pessimismus besonders im Osten stark verankert ist, was die Anfälligkeit für populistische Erzählungen erhöht. Darüber hinaus wird deutlich, dass das Vertrauen in Institutionen wie Gerichte, Medien oder Polizei im Osten deutlich geringer ist als im Westen. Dies könnte durch die populistische Delegitimierung von Institutionen erklärt werden, die Rhein als zentrales Merkmal „rechter Zeitverhältnisse“ beschreibt. Die niedrige Zufriedenheit mit der Demokratie (52% im Osten) passt zu Rheins These, dass Institutionen als „Teil der Krise“ dargestellt werden. Das Ergebnis ist ein Gefühl von Entfremdung und fehlender Repräsentation.

5.2 ENTKOPPELUNG VON PERSÖNLICHER LEBENSWELT UND ERWARTUNGSHORIZONT BEZÜGLICH DER GESELLSCHAFT



Während die Mehrheit der Befragten ihre persönliche Lebenszufriedenheit, insbesondere im Hinblick auf die Gegenwart, positiv bewertet („Ja“), zeigt sich eine ausgeprägte Skepsis gegenüber der Zukunft der Gesellschaft und künftiger Generationen („aber“).

Die Ergebnisse spiegeln diese Zukunftsambivalenz wider: Bürger akzeptieren die Idee von Fortschritt und Veränderung („Ja“), sind jedoch skeptisch, ob diese Veränderungen zu ihrem Vorteil ausfallen („aber“).

Diese Ambivalenz kann im Licht der vorliegenden Studie als Entkoppelung von positiv konnotierter persönlicher Lebenswirklichkeit und Erwartungshorizont bezüglich der Gesellschaft gedeutet werden. Andreas Reckwitz beschreibt den „positiven Erfahrungsraum“ als ein Konzept, in dem Individuen sich in einem Zustand der positiven Erwartung und Hoffnung befinden. Dies ist ein Raum, in dem Menschen ihre Erfahrungen als sinnvoll und erfüllend erleben. Dieser Raum ist stark mit den gegenwärtigen Erlebnissen und der inneren Gewissheit verbunden, dass das Leben voller Potenziale und Möglichkeiten steckt.

Der „negative Erwartungshorizont“ ist das Gegenstück zum positiven Erfahrungsraum. In diesem Horizont leben Menschen in einer ständigen Erwartung von Verlust, Enttäuschung und Scheitern. Ihre Zukunft erscheint unsicher und von Ängsten geprägt. Die Ängste vor dem Verlust von sozialem Status, finanzieller Sicherheit oder zwischenmenschlichen Beziehungen dominieren das Denken und Handeln. Der negative Erwartungshorizont ist somit von einer Art pessimistischer Haltung gegenüber der Zukunft gekennzeichnet.¹⁰

Bereits in der Lebensgefühl-Studie der Evangelischen Arbeitsstelle midi im Kontext der Pandemie konnte im Jahr 2021 festgestellt werden, dass „für viele Menschen die Pandemie mit ihren langanhaltenden Lockdowns nicht nur eine Unterbrechung vom gewohnten Alltag bedeutet hat. Sie fühlte sich an wie eine Zeit

¹⁰ Vgl. hierzu Reckwitz, Verlust, 317 ff.

außerhalb der regulären Zeit, in der viele sonst gewohnten Rituale, Regeln und Verhaltensweisen infrage gestellt waren. Ein langanhaltender Schwellenzustand des ‚Dazwischen‘, in dem die Menschen bemüht waren, in ihrem sozialen Kosmos wieder so etwas wie Kontrolle zu erfahren. [...] Ein Empfinden, das als ‚uneindeutiger Verlust‘ bezeichnet werden kann, war wahrnehmbar. Ein Alltag, der sich auszeichnete durch eine Ambivalenz, die dafür sorgte, dass Dinge noch nicht wirklich abgeschlossen werden können, und die es zugleich erschwerten, Wege zu finden, mit einer neuen Situation zurechtzukommen. Zweifel, Kritik und erodierende Akzeptanz bis hin zu Verschwörungstheorien sind Ausdruck hierfür. Soziale und wirtschaftliche Folgen der Pandemie wurden spürbar, deren tatsächliche Tragweite allerdings – auch im persönlichen Bereich – nur bedingt überschaubar waren.“¹¹

Das Rheingold-Institut hat diesbezüglich in einer Studie anschaulich herausgearbeitet,¹² dass sich Menschen in Krisenzeiten in einer Art Wohlfühloase im Persönlichen eingerichtet haben, in der Zuversicht herrscht, das Leben modelliert und Lebenswirklichkeiten sowie Weltansichten kuratiert werden, wie dies Andreas Reckwitz für eine Gesellschaft der Singularitäten als kennzeichnend beschrieben hat. Zugleich werden „Bollwerke“ errichtet gegenüber dem, was im Außen dystopisch, diffus und schwer zu durchschauen anmutet.

Die vorliegende Studie legt den Schluss nahe, dass sich der langanhaltende Schwellenzustand und die uneindeutigen Verlusterfahrungen im Zusammenhang der Pandemie zwischenzeitlich nicht nur verfestigt haben, sondern das Komma beim „Ja, aber“ markieren. Waren für frühere Jahrzehnte des zurückliegenden Jahrtausends unter den Vorzeichen der Moderne noch ein „Aber ja“ und eine Fortschrittsgläubigkeit kennzeichnend, so hat sich dies bei der Mehrheit der Menschen unter den Vorzeichen der Spätmoderne hin zu einem „Ja, aber“ und einer Fortschrittsskepsis entwickelt.

Hohe persönliche Lebenszufriedenheit bei gleichzeitiger Unsicherheit

Über drei Viertel der Befragten sind mit ihrem Leben zufrieden oder sehr zufrieden und auch die finanzielle Zufriedenheit liegt mit 70 % auf einem hohen Niveau. Diese Ergebnisse verdeutlichen, dass die persönliche Lebenswelt vieler Menschen aktuell von Stabilität und einem positiven Status quo geprägt ist. Besonders ältere Befragte und Menschen mit höherem Einkommen oder Bildungsgrad berichten von hoher Zufriedenheit.

¹¹ Ulrich Lilie/Daniel Hörsch (Hrsg.), *Lebensgefühl Corona. Erkundungen in einer Gesellschaft im Wandel. Eine qualitative Langzeitstudie*, Berlin 2021, 137.

¹² https://identity-foundation.de/wp-content/uploads/2023/07/Identity_Foundation_Zuversicht_Gesamtbericht_Juli_2023.pdf



Sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands äußern die Menschen eine hohe persönliche Lebenszufriedenheit. Auch die finanzielle Zufriedenheit zeigt ähnliche Werte, was darauf hindeutet, dass viele Menschen ihre unmittelbare Lebenssituation unabhängig von regionalen Kontexten als stabil wahrnehmen. Allerdings könnte diese Ähnlichkeit in der persönlichen Lebenszufriedenheit trügerisch sein, da die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Osten oft als fragiler wahrgenommen werden. Die stärkere Skepsis gegenüber Institutionen und politischen Akteuren deutet darauf hin, dass diese Zufriedenheit weniger von Vertrauen in gesellschaftliche Rahmenbedingungen, sondern stärker von individuellen Strategien und Netzwerken abhängt.

Gleichzeitig zeigt sich jedoch eine klare Diskrepanz bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Zukunft: Lediglich 13 % blicken mit Zuversicht auf das kommende Jahr in Deutschland, und nur 7 % glauben, dass es der jüngeren Generation in 30 Jahren besser gehen wird als der heutigen. Dieser ausgeprägte Pessimismus deutet darauf hin, dass viele Befragte die gesellschaftliche Ebene als instabil, unsicher oder belastet empfinden, auch wenn ihre persönliche Lebenssituation nicht unmittelbar davon betroffen ist.

Unterschiedliche Themenschwerpunkte: Persönliche vs. gesellschaftliche Sorgen

Ein weiteres Zeichen dieser Entkoppelung zeigt sich in den Themen, die als belastend wahrgenommen werden. Auf persönlicher Ebene dominieren vor allem wirtschaftliche Sorgen wie die Inflation (70 %) und der Verlust sozialer Sicherheit (67 %). Diese Themen betreffen den Alltag direkt und spiegeln die Angst wider, den aktuellen Lebensstandard nicht halten zu können. Auch Themen wie die Möglichkeit einer deutschen Kriegsbeteiligung (61 %) oder die Zunahme von Naturkatastrophen (60 %) zeigen individuelle Ängste, die sich jedoch auf breitere gesellschaftliche oder globale Entwicklungen stützen.

Bei den gesellschaftlichen Themen stehen zunehmender Hass und Feindseligkeit (89 %), gesellschaftliche Konflikte (86 %) und eine Verschlechterung des Umgangs miteinander (86 %) weit oben im Sorgenbarometer. Diese Punkte verdeutlichen, dass die Befragten die gesellschaftliche Ebene als von Polarisierung, Spannungen und sozialen Bruchlinien geprägt erleben. Solche Phänomene wirken oft abstrakt und weniger direkt auf das persönliche Leben, entfalten jedoch langfristig einen prägenden Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ein größerer Pessimismus zeigt sich im Osten bei der Wahrnehmung gesellschaftlicher Konflikte. So ist die Angst vor einer Spaltung der Gesellschaft im Osten ausgeprägter als im Westen (85 % vs. 82 %).



Themen wie Migration und Zuwanderung werden im Osten häufiger als problematisch wahrgenommen. Diese Konfliktthemen verstärken das Gefühl, dass gesellschaftliche Herausforderungen unlösbar sind, und führen zu einer stärkeren emotionalen Distanz zur Gesamtgesellschaft.

Polarisierte Problemwahrnehmung und „Triggerthemen“

Eine weitere Dimension der Entkoppelung zeigt sich in den Themen, die Ärger oder Wut auslösen („Triggerthemen“). Während die persönliche Lebenswelt häufig von pragmatischen Alltagsproblemen geprägt ist, sorgen vor allem gesellschaftliche oder politische Themen wie die Arbeit der Bundesregierung, Migration oder der Rechtsruck für emotionale Reaktionen. Diese Themen scheinen weniger mit der individuellen Lebensrealität verknüpft zu sein und stehen vielmehr im Kontext breiter öffentlicher Debatten, die das Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen belasten.

Ein zentrales Element der Entkoppelung ist das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen, das im Osten deutlich geringer ist. Dieses mangelnde Vertrauen verstärkt die Wahrnehmung, dass gesellschaftliche Entwicklungen außerhalb individueller Kontrolle liegen und die Lebensrealität der Menschen kaum berücksichtigt wird. Die geringere Zufriedenheit mit der Demokratie im Osten (52%) im Vergleich zum Westen (63%) spiegelt diese Distanz wider. Die geringere Institutionenbindung könnte erklären, warum die Entkoppelung zwischen persönlicher Lebenswelt und gesellschaftlichem Erwartungshorizont im Osten stärker ausgeprägt ist: Die Menschen sehen sich weniger als Teil eines funktionierenden gesellschaftlichen Systems, sondern erleben ihre Lebenswelt als zunehmend unabhängig von den Entwicklungen der Gesamtgesellschaft.

Der negative Erwartungshorizont

Besonders auffällig ist die tief verankerte Skepsis gegenüber der gesellschaftlichen Zukunft. Während viele Befragte in ihrer eigenen Lebenswelt noch eine gewisse Kontrolle und Stabilität erleben, erscheint die gesellschaftliche Entwicklung als unkontrollierbar, unsicher und von negativen Trends dominiert. Diese Wahrnehmung spiegelt sich in der Einschätzung wider, dass es den künftigen Generationen schlechter gehen wird (66%), sowie in den als größte gesellschaftliche Probleme genannten Themen wie der Wirtschaftslage, der Zuwanderung oder der politischen Führung.

Mögliche Ursachen der Entkoppelung

Die Entkoppelung zwischen der individuellen Lebenssituation und der gesellschaftlichen Perspektive lässt sich durch mehrere Faktoren erklären:



- **Medialisierung und Polarisierung:** Die öffentliche Diskussion ist zunehmend von Konflikten und negativen Narrativen geprägt, die den gesellschaftlichen Erwartungshorizont belasten, ohne die persönliche Lebenswelt direkt zu berühren.
- **Wirtschaftliche Unsicherheiten:** Die Angst vor Inflation und sozialem Abstieg wird stark individualisiert wahrgenommen, spiegelt jedoch auch eine allgemeine Unsicherheit über die gesellschaftliche Stabilität wider.
- **Fehlendes Vertrauen in Institutionen:** Die geringe Demokratiezufriedenheit und das Misstrauen gegenüber politischen Akteuren (nur 22% Vertrauen in die Bundesregierung) verstärken das Gefühl, dass gesellschaftliche Entwicklungen außer Kontrolle geraten sind.

Auswirkungen der Entkopplung

Die Diskrepanz zwischen persönlicher Lebenszufriedenheit und gesellschaftlichem Pessimismus kann langfristig zu einer Fragmentierung der Gesellschaft führen. Im Westen scheint die persönliche Lebenszufriedenheit stärker mit einem zumindest moderaten Vertrauen in die gesellschaftliche Entwicklung verknüpft zu sein, während im Osten die Entkopplung stärker ausgeprägt ist. Der negative gesellschaftliche Erwartungshorizont im Osten resultiert aus einem Zusammenspiel von geringerem Vertrauen, stärkerer Skepsis gegenüber Institutionen und einem Gefühl der gesellschaftlichen Marginalisierung.

Wenn sich Menschen nun in ihrer Lebenswelt zwar sicher fühlen, gleichzeitig aber das Vertrauen in die gesellschaftliche Entwicklung verlieren, drohen Rückzugstendenzen aus dem öffentlichen Diskurs und eine verstärkte Individualisierung. Zudem könnten sich gesellschaftliche Konflikte weiter verschärfen, da Themen wie Migration oder politische Führung zunehmend emotionalisiert und weniger sachlich – oder eben auch gar nicht – diskutiert werden.

5.3 SEHNSUCHT NACH VERSTÄNDIGUNG



Die Ergebnisse der Studie bestätigen, dass Bürger zwischen dem Bedürfnis nach Diskussion („Ja“) und der Frustration über deren Qualität schwanken („aber“).

Die Sehnsucht nach Verständigung in einer polarisierten Gesellschaft ist ein zentrales Thema, das nicht nur die persönlichen Beziehungen, sondern auch die gesellschaftliche Kohäsion betrifft. Die Befunde zu „Kommunikation über polarisierende Themen“ und „Verständigungsorte“ machen die Ambivalenz zwischen dem Wunsch nach Dialog und den Hindernissen, die einer echten Verständigung im Wege stehen, sichtbar.

Kommunikationskultur: Zwischen Diskurs und Vermeidung

Die Befunde zeigen, dass eine Mehrheit der Befragten (70 %) öffentliche Diskussionen als weniger sachlich und respektvoll wahrnimmt als früher. Dies deutet darauf hin, dass die gesellschaftliche Kommunikationskultur in einer Krise steckt. Gleichzeitig gibt es eine hohe Bereitschaft, polarisierende Themen im privaten Umfeld zu diskutieren: 64 % tauschen sich mit Freunden, 59 % mit der Familie und 57 % mit dem Partner oder der Partnerin über solche Themen aus.

Vermeidung konfliktträchtiger Themen

Obwohl der Austausch stattfindet, zeigt sich eine hohe Tendenz, bestimmte Themen bewusst zu vermeiden, um Konflikte zu umgehen. Besonders Migration/Asylpolitik (26 %) und politische Themen allgemein (30 %) werden gemieden. Diese Vermeidung zeigt, dass der Wunsch nach Harmonie oft stärker ist als die Bereitschaft, kontroverse Ansichten auszutauschen. Diese Dynamik offenbart eine paradoxe Haltung: Menschen streben nach Verständigung, aber die Angst vor Eskalation führt zu einer selbst auferlegten Begrenzung des Dialogs. Sie verdeutlicht, was Mau et al. als „Triggerpunkte“ beschreiben. Themen wie Migration oder politische Ungerechtigkeit wirken wie emotionale Auslöser, die das Potenzial für Polarisierung bergen. Der Rückzug ins persönliche Umfeld ist für viele eine Strategie, um diesen Triggerpunkten auszuweichen. Die Wahrnehmung, dass Diskussionen zunehmend unsachlich und respektlos sind, verstärkt diese Tendenz.

Der Wunsch nach Verständigung trotz Unsachlichkeit

Die Diskrepanz zwischen dem Wunsch nach Verständigung und der Wahrnehmung unsachlicher öffentlicher Diskussionen wirft die Frage auf, wie ein konstruktiver Diskurs gefördert werden kann. Gefühlte Unsachlichkeit und Respektlosigkeit wirken wie Barrieren, die den Dialog erschweren. Gleichzeitig zeigt die hohe Beteiligung an Diskussionen im privaten Umfeld, dass es ein starkes Bedürfnis gibt, über polarisierende Themen zu sprechen – allerdings eher in einem geschützten Raum.

Reckwitz beschreibt diesen Verlust von gemeinsamen Diskursräumen als ein zentrales Merkmal moderner Gesellschaften. Das private Umfeld fungiert hier als Rückzugsraum, in dem emotionale Themen aufgegriffen werden können, ohne die Komplexität oder Konflikanfälligkeit öffentlicher Diskurse zu erleben. Die Sehnsucht nach Verständigung ist somit Ausdruck einer Reaktion auf den Verlust gemeinsamer öffentlicher Verständigungsorte.

Verständigungsorte: Wo Dialog gelingt

Neben den Befunden zur Kommunikationskultur wirft die Studie die Frage auf, welche Räume und Orte sich besonders für eine gelingende Verständigung eignen. Die Ergebnisse zeigen, dass Verständigung in informellen und vertrauensvollen Kontexten am besten gelingt. Hier können Menschen kontroverse Themen offen ansprechen, ohne die Konfrontation zu scheuen.

Verständigungsorte im persönlichen Umfeld

Familie, Freundeskreis und Partnerschaften sind die wichtigsten Verständigungsorte. Diese Räume zeichnen sich durch gegenseitiges Vertrauen aus und bieten die Möglichkeit, auch schwierige Themen in einem geschützten Rahmen zu diskutieren. Gleichzeitig wird deutlich, dass diese Orte keine umfassende öffentliche Verständigung ersetzen können, da sie oft homogener in den Meinungen sind und Konflikte eher entschärfen als sie umfassend zu lösen.

Verständigungsorte im persönlichen Umfeld sind weniger stark von Triggerpunkten geprägt, da hier Vertrauen und persönliche Bindung eine stabilisierende Funktion haben. Der Rückzug in diese Räume verstärkt allerdings den Verlust einer gemeinsamen gesellschaftlichen Erzählung. Private Verständigungsorte ermöglichen zwar einen Austausch über polarisierende Themen, verhindern jedoch oft den Brückenschlag zwischen divergierenden Gruppen und Ansichten.

Potenziale zivilgesellschaftlicher Verständigungsorte

Die Studie zeigt, dass zivilgesellschaftliche Verständigungsorte wie Bürgerdialoge, Vereine, Wohlfahrtsverbände oder Kirchen eine zentrale Rolle spielen könnten, um gesellschaftliche Polarisierung zu reduzieren. Allerdings wird deren Potenzial

durch die Wahrnehmung von Unsachlichkeit und mangelndem Respekt in öffentlichen Diskussionen geschwächt. Hier liegt ein großes ungenutztes Potenzial: Wenn es gelingt, diese Orte zu stärken und Regeln für respektvollen Austausch zu etablieren, können sie wichtige Funktionen im gesellschaftlichen Diskurs übernehmen.

Öffentliche Verständigungsorte können gezielt Triggerpunkte adressieren und moderieren. Darin liegt die Chance, den emotionalen Charakter von Triggerpunkten in konstruktive Bahnen zu lenken. Gleichzeitig bedarf es einer professionell agierenden Moderation dieser Räume, um Eskalationen zu vermeiden. Zivilgesellschaftliche Räume haben somit das Potenzial, den Verlust von Gemeinsamkeit zu kompensieren. Bürgerdialoge und moderierte Plattformen können als Orte wirken, an denen unterschiedliche gesellschaftliche Narrative wieder aufeinandertreffen und ausgehandelt werden.

Differenzierte Perspektiven: Parteinähe und Ost-West-Unterschiede

Die Befunde zur Kommunikationskultur und zu Verständigungsorten zeigen deutliche Unterschiede in Bezug auf Parteinähe und regionale Herkunft. Diese Differenzen sind entscheidend, um die Dynamiken hinter Verständigungsprozessen besser zu verstehen.

Parteinähe und Verständigung

Die Studie zeigt, dass Anhänger verschiedener Parteien unterschiedliche Einstellungen zur Kommunikation über polarisierende Themen haben. Besonders auffällig ist, dass

- Anhänger populistischer Parteien wie der AfD Diskussionen häufig als unsachlich und respektlos empfinden, was ihre Skepsis gegenüber zivilgesellschaftlichen Verständigungsorten verstärken könnte.
- Anhänger der Grünen und der SPD tendenziell stärker an Bürgerdialogen und öffentlichen Diskursen interessiert sind, während sie gleichzeitig ebenfalls Unsachlichkeit kritisieren.

Kommunikationspräferenzen der Parteien im Vergleich

AfD-Anhänger präferieren überdurchschnittlich die Kommunikation über polarisierende Themen sowohl im persönlichen Umfeld als auch in sozialen Medien. Migration, nationale Identität und Kritik am politischen System sind zentrale Themen, die häufig emotional diskutiert werden. Im persönlichen Umfeld wird intensiv argumentiert, während soziale Medien, verstanden als Polarisierungsunternehmer, für eine Art Gegenöffentlichkeit genutzt werden.

CDU/CSU-Anhänger bevorzugen Diskussionen im persönlichen Umfeld, insbesondere in Familie und Freundeskreis. Öffentliche Diskussionen oder soziale Medien spielen eine geringere Rolle, da diese Anhänger oft eine harmonischere Diskussionskultur bevorzugen.

SPD-Anhänger zeigen eine ausgewogene Diskussionskultur. Politische Themen wie soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit werden sowohl in privaten als auch öffentlichen Räumen angesprochen. Bürgerdialoge und moderierte Diskussionen sind hier besonders beliebt.

Grünen-Anhänger neigen dazu, polarisierende Themen wie Klimaschutz stärker in öffentlichen Räumen zu diskutieren. Sie bevorzugen zivilgesellschaftliche Plattformen und moderierte Foren, während soziale Medien gezielt für argumentativen Austausch genutzt werden.

Bei FDP-Anhängern verlaufen Diskussionen sachorientiert und finden gleichermaßen in privaten und in öffentlichen Räumen statt. Soziale Medien werden weniger intensiv genutzt, da rationale Argumentation bevorzugt wird.

Ost-West-Differenzen

Die regionalen Unterschiede in der Wahrnehmung und Nutzung von Verständigungsorten sind ebenso signifikant. Im Osten Deutschlands wird die gesellschaftliche Spaltung stärker wahrgenommen, was sich auch in der Kommunikationskultur widerspiegelt:

- Im Osten sind Diskussionen oft von einem stärkeren Bedürfnis nach Homogenität geprägt, was dazu führt, dass kontroverse Themen häufiger vermieden werden.
- Im Westen ist die Bereitschaft, kontroverse Themen offen zu diskutieren, höher, obwohl auch hier gefühlte Unsachlichkeit ein großes Hindernis darstellt.

Die Unterschiede in der Diskursbereitschaft könnten auch durch die politische Landschaft beeinflusst werden. Im Osten, wo die AfD bislang stärkere Wahlergebnisse erzielte, könnte das oben beschriebene Muster, nämlich intensiver Diskurs vorzugsweise im persönlichen Umfeld, ebenfalls eine Rolle spielen. Gleichzeitig könnten hier zivilgesellschaftliche Räume stärker von Meinungen dominiert werden, die von polarisierten Sichtweisen der AfD-Anhänger geprägt sind, was die Diskussionskultur zusätzlich erschwert.

Strategien zur Förderung von Verständigung

Um der Sehnsucht nach Verständigung gerecht zu werden, müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden, um die Kommunikationskultur zu verbessern und Verständigungsorte zu fördern.

Stärkung der Diskursfähigkeit

Zivilgesellschaftliche Akteure wie Diakonie, Caritas, Kirchen, Bildungseinrichtungen und Medien sollten eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Diskurskompetenzen spielen. Dies umfasst die Förderung von Argumentationsfähigkeit, Empathie und respektvollem Umgang mit anderen Meinungen. Ziel muss es sein, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Raum Unsachlichkeit zu reduzieren und den Dialog zu verbessern.

Ausbau moderierter Verständigungsplattformen

Bürgerdialoge, Foren und digitale Plattformen bieten die Möglichkeit, unterschiedliche Meinungen zusammenzubringen und Konflikte konstruktiv zu verhandeln. Dabei ist eine professionelle Moderation entscheidend, um Unsachlichkeit und Eskalationen zu vermeiden.

Schutz informeller Verständigungsorte

Räume im persönlichen Umfeld wie Familie und Freundeskreise sollten weiterhin als geschützte Orte des Dialogs gefördert werden. Dies kann durch Programme zur Stärkung der Familienkommunikation geschehen.

Die Sehnsucht als Chance begreifen

Die Ergebnisse zeigen, dass die Sehnsucht nach Verständigung eine zentrale Triebkraft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in polarisierten Zeiten ist. Sie birgt die Chance, die Kommunikationskultur nachhaltig zu verbessern und neue Verständigungsorte zu schaffen. Um dies zu erreichen, braucht es sowohl strukturelle Veränderungen als auch individuelle Bemühungen, die Dialogbereitschaft und Respekt in den Vordergrund stellen. Die Sehnsucht nach Verständigung könnte als Chance begriffen und weniger als Defizit verstanden werden.

An ehesten werden Verständigungsorte eine breite Mehrheit in der Bevölkerung finden, wenn die unterschiedlichen Akteure in Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft vor Ort gemeinsam eine moderierte Plattform für polarisierende Themen anbieten. Hierbei können Kirche, Diakonie und Caritas als „moralisch plausible Institutionen“ sowohl Initiatorinnen und Impulsgeberinnen als auch, wo sinnvoll, Anbieterinnen von Veranstaltungsräumen sein. In Anbetracht der Studienergebnisse empfiehlt es sich, die Hemmschwelle für Interessierte so niedrig wie möglich

zu gestalten, weshalb sich vor allem an den Bedürfnissen und Themen des Sozialraums orientierte Formate auf kommunaler Ebene anbieten.

5.4 DISKURS-KONFLIKTARENEN

Die Studie zeigt, dass polarisierende Themen in unterschiedlichen Kontexten und durch verschiedene soziale Gruppen auf jeweils charakteristische Weise verhandelt werden. Dies schafft spezifische Diskurs-Konfliktarenen, die sich durch generationelle Unterschiede, paradoxe Einstellungen, biografische Prägungen und regionale Besonderheiten auszeichnen.

Themen mit generationellen Konflikten

Ein zentraler Befund der Studie ist, dass polarisierende Themen von den Generationen unterschiedlich bewertet werden. Jüngere Befragte legen oft mehr Wert auf progressive Themen wie Klimaschutz, soziale Diversität und Digitalisierung. Ältere Generationen hingegen betonen häufiger die Bedeutung von traditionellen Werten, sozialer Sicherheit und kultureller Identität.

- **Konfliktlinie Klimawandel:** Jüngere Menschen sehen den Klimaschutz oft als existenzielles Anliegen, während ältere Generationen diesen häufig mit Skepsis betrachten, insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche Konsequenzen.
- **Soziale Gerechtigkeit:** Generationelle Unterschiede zeigen sich auch in der Wahrnehmung von Chancengleichheit und sozialer Mobilität. Jüngere sehen die Gesellschaft häufiger als weniger gerecht und fordern umfassendere Reformen.

Diese Unterschiede schaffen Diskurs-Konfliktarenen, in denen Generationen nicht nur unterschiedliche Prioritäten, sondern auch unterschiedliche kommunikative Strategien anwenden. Jüngere bevorzugen öffentliche Plattformen und soziale Medien, während Ältere häufiger in privaten Kontexten über diese Themen sprechen.

Diese generationellen Unterschiede sind einerseits Ausdruck von Triggerpunkten. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit wirken als emotionale Reizthemen, die generationelle Bruchlinien vertiefen. Andererseits können die generationellen Unterschiede auch als Ausdruck einer Verlusterfahrung gedeutet werden: bei den Älteren des Verlusts traditioneller Lebenswelten, bei den Jüngeren des Verlusts von Zukunftsperspektiven. In der Auseinandersetzung mit progressiven Themen wie Klimaschutz zeigt sich eine Auseinandersetzung um kulturelle Deutungsmacht, die von biografischen Erfahrungen beeinflusst wird.

Das Populismus-Paradox

Ein weiteres zentrales Ergebnis ist das, was man als Populismus-Paradox bezeichnen könnte: Anhänger der AfD sind überdurchschnittlich stark besorgt über den Zerfall demokratischer Institutionen und Strukturen, lehnen die Demokratie jedoch gleichzeitig in ihrer aktuellen Form mehrheitlich ab. Die Angst vor dem Verlust demokratischer Ordnung spiegelt ein Bedürfnis nach Stabilität und Kontrolle wider, das in populistischen Narrativen oft bedient wird. Gleichzeitig zeigt sich eine massive Kritik an den bestehenden demokratischen Institutionen, die als elitär, abgehoben oder ineffizient wahrgenommen werden.

Diese Ambivalenz schafft eine Diskurs-Konfliktarena, in der Demokratie grundsätzlich abgelehnt wird und in der die konkrete Umsetzung der Demokratie Gegenstand intensiver Kritik ist. Die Diskussion beinhaltet dabei sowohl die Frage nach der Legitimität des Systems als auch die Frage der Repräsentation und Responsivität.

Die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie und die gleichzeitige Ablehnung ihrer Praxis zeigen, wie stark bestimmte Themen wie Migration oder soziale Gerechtigkeit die Wahrnehmung demokratischer Strukturen emotionalisieren. AfD-Anhänger sehen sich als kulturell und politisch marginalisierte Gruppe, die ihre Interessen nicht ausreichend vertreten sieht. Diese Marginalisierung verstärkt die Ambivalenz gegenüber demokratischen Institutionen.

Der biografische Vorraum bei polarisierenden Themen

Die Auseinandersetzung mit polarisierenden Themen wird stark durch den sogenannten biografischen Vorraum geprägt. Alter, Familienstand, Parteineigung und weitere Faktoren beeinflussen, wie Menschen mit kontroversen Themen umgehen und in welchen Kontexten sie darüber sprechen.

- Alter: Jüngere Menschen sind häufiger bereit, polarisierende Themen in sozialen Medien oder öffentlichen Diskursen anzusprechen, während ältere Menschen solche Themen eher im privaten Umfeld verhandeln.
- Familienstand: Menschen in stabilen sozialen Netzwerken (z. B. in Partnerschaften oder in Familien) neigen dazu, kontroverse Themen verstärkt innerhalb dieser geschützten Kontexte zu diskutieren.
- Parteineigung: Wie bereits analysiert, zeigen AfD-Anhänger eine hohe Diskursbereitschaft in allen Räumen, während Anhänger etablierter Parteien oft zwischen privaten und öffentlichen Diskursen differenzieren.



Der biografische Vorraum kann als wichtige Determinante für die Anfälligkeit gegenüber Triggerpunkten angesehen werden. Biografische Erfahrungen formen die Sensibilität für bestimmte Themen und die Bereitschaft, über diese zu kommunizieren.

Neben der Wahrnehmung von Verlust spiegelt sich im biographischen Vorraum auch die Wahrnehmung von Zugehörigkeit. Menschen mit stabileren sozialen Netzwerken empfinden Polarisierung häufig weniger stark, während sich isoliertere Menschen stärker als Teil einer marginalisierten Gruppe fühlen.

Ost-West-Differenzen als Konfliktarena

Ein weiterer zentraler Faktor ist die unterschiedliche Wahrnehmung und Verarbeitung polarisierender Themen in Ost- und Westdeutschland.

- Wahrnehmung von Spaltung: Im Osten wird die Gesellschaft häufig als stärker gespalten wahrgenommen, was mit spezifischen historischen und wirtschaftlichen Erfahrungen zusammenhängt. Migration, soziale Gerechtigkeit und Demokratiekritik sind hier besonders prominente Diskursthemen.
- Diskursbereitschaft: Im Osten dominieren Diskussionen in privateren Räumen, während im Westen die öffentliche Diskussion als wichtiger empfunden wird.

Die Transformationserfahrungen nach 1990 haben spezifische Reizthemen geschaffen, welche die Diskurse im Osten bestimmen. Viele Ostdeutsche erleben die gesellschaftliche Entwicklung als Verlust von Sicherheit, Identität und sozialer Verankerung. Dies verstärkt die Polarisierung und führt zu spezifischen Konfliktarenen.

Konfliktarenen verstehen und gestalten

Die Ergebnisse zeigen, dass polarisierende Themen in unterschiedlichen Kontexten und durch verschiedene Gruppen spezifisch verhandelt werden. Generationelle Unterschiede, das Populismus-Paradox, biografische Vorräume und Ost-West-Differenzen schaffen Diskurs-Konfliktarenen, die differenziert verstanden und adressiert werden müssen.

Eine zukunftsfähige Gestaltung dieser Arenen erfordert

- die Förderung intergenerationeller Dialoge und zivilgesellschaftlicher Verständigungsorte
- die Bearbeitung der Ambivalenz zwischen Demokratiekritik und Demokratieerhalt

- die Berücksichtigung des biographischen Vorraums
- eine Sensibilität für regionale Besonderheiten, um Polarisierung gezielt zu entschärfen.

5.5 UNBEHAGEN GEGENÜBER UNGEWISSE ZUKUNFT

Die vorliegenden empirischen Ergebnisse zeigen, dass ein Unbehagen gegenüber der Zukunft ein zentraler Faktor in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist. Dies spiegelt sich in den Sorgen über wirtschaftliche Stabilität, sozialen Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit politischer Institutionen wider.

Das Unbehagen wird durch eine Mischung aus diffusen Ängsten und konkreten Bedrohungsszenarien verstärkt, die sowohl individuell als auch kollektiv empfunden werden. Diese Ergebnisse lassen sich anhand der theoretischen Perspektiven von Charles Taylor und Armin Nassehi tiefergehend beleuchten.

„Das Unbehagen an der Moderne“ aufgrund zunehmender Fragmentierung

Charles Taylor beschreibt in seinem Werk „Das Unbehagen an der Moderne“,¹³ dass moderne Gesellschaften durch eine zunehmende Fragmentierung von Werten und Bedeutungsrahmen gekennzeichnet sind. Diese Fragmentierung führt dazu, dass Individuen Schwierigkeiten haben, sich in einer komplexen und pluralistischen Welt zu orientieren.

In der vorliegenden Studie äußern die Befragten eine große Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf Inflation, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit. Dies verdeutlicht eine Kernhypothese Taylors: die Erosion gemeinsamer Werte und die Suche nach stabilen Bezugsrahmen. Die zunehmende Komplexität von politischen und technologischen Entwicklungen – beispielsweise der Klimawandel oder die Digitalisierung – verstärkt das Gefühl, den Ereignissen ausgeliefert zu sein. Diese Erfahrungen des Kontrollverlustes korrespondieren mit der von Taylor beschriebenen individualistischen Orientierung der Moderne, die kollektive Sinnstiftung erschwert.

Das Unbehagen der Befragten kann vor diesem Hintergrund als Ausdruck einer Orientierungslosigkeit in einer Welt de-stabiler Werte interpretiert werden. Die Suche nach Sicherheit und Sinn – etwa in der Familie oder in politischen Bewegungen – ist dabei eine Reaktion auf die fragmentierte Struktur der Moderne.

¹³ Vgl. im Folgenden Charles Taylor, *Das Unbehagen an der Moderne*, Frankfurt am Main 1995.

Das Unbehagen als produktive Ressource

Armin Nassehi argumentiert in seinem Buch „Unbehagen“,¹⁴ dass Ungewissheit und Unbehagen nicht nur als Defizit, sondern auch als produktive Ressource verstanden werden können. Moderne Gesellschaften sind auf Ungewissheit angewiesen, da sie Flexibilität und Anpassungsfähigkeit fördern. Gleichzeitig erzeugt diese notwendige Offenheit auch ein Spannungsfeld, in dem sich soziale Gruppen positionieren müssen.

Die Studienergebnisse zeigen, dass viele Menschen zwar Sorgen in Bezug auf die Zukunft haben, gleichzeitig jedoch Handlungsmöglichkeiten suchen, um diesen entgegenzuwirken. Es zeigt sich, dass Unbehagen auch zu aktiviertem Verhalten führen kann. Unsicherheit kann vor diesem Hintergrund auch als produktives Moment betont werden. Die wahrgenommene Bedrohung durch ungewisse Entwicklungen bietet die Möglichkeit, neue Diskurse und innovative Lösungsstrategien zu entwickeln, und kann als Antrieb für soziale Transformation aufgefasst werden.

Generationelle Unterschiede im Zukunftsunbehagen

Die empirischen Ergebnisse verdeutlichen, dass das Unbehagen gegenüber der Zukunft stark generationsabhängig ist.

- Jüngere Generationen: Sie äußern häufig Sorgen über langfristige Themen wie Klimawandel, soziale Gerechtigkeit und digitale Transformation. Gleichzeitig zeigen sie eine höhere Bereitschaft, aktiv zu handeln und Verantwortung für zukunftsorientierte Projekte zu übernehmen.
- Ältere Generationen: Hier dominieren Ängste bezüglich wirtschaftlicher Stabilität, der Sicherheit von Renten und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Diese Gruppe zeigt eine stärkere Orientierung an Bewahrung und Tradition.

Regionale Unterschiede: Ost-West-Dimension

Die Studie macht auch deutliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im Umgang mit einer ungewissen Zukunft aus:

- Ostdeutschland: Hier wird die Zukunft häufig als Bedrohung empfunden, was auf die spezifischen Erfahrungen mit Transformation und wirtschaftlichem Wandel seit 1990 zurückzuführen ist. Themen wie soziale Sicherheit, wirtschaftliche Chancengleichheit und Migration werden besonders intensiv diskutiert.

¹⁴ Vgl. im Folgenden Armin Nassehi, *Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft*. München 2021.

- Westdeutschland: Die westdeutsche Perspektive ist häufig optimistischer und von einem größeren Vertrauen in politische Institutionen geprägt. Dennoch existiert auch hier ein ausgeprägtes Unbehagen, insbesondere im Hinblick auf Umweltprobleme und internationale Krisen.

Diese regionalen Differenzen machen deutlich, dass Unbehagen von historischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst wird.

Die ostdeutsche Perspektive kann mit Rückgriff auf Taylors Beschreibung des Phänomens Unbehagen als Ausdruck eines „Moderne-Schocks“ verstanden werden, bei dem die Geschwindigkeit und Intensität von Transformation zu einem anhaltenden Gefühl von Orientierungslosigkeit führt.¹⁵ Nach Nassehi kann hingegen gerade diese Erfahrung des Wandels eine produktive Ressource für neue gesellschaftliche Narrative bieten, allerdings nur, wenn die Diskurse entsprechend gestaltet werden.¹⁶

Unbehagen als zukunftsrelevanter Faktor

Das Unbehagen gegenüber der ungewissen Zukunft zeigt sich in der Gesellschaft als vielschichtiges Phänomen. Es ist sowohl Ausdruck von Angst und Orientierungslosigkeit als auch von Handlungsbereitschaft und Innovationspotenzial. Die Perspektiven von Taylor und Nassehi zeigen, dass Unbehagen nicht nur als Defizit, sondern auch als Antrieb gesellschaftlicher Transformation verstanden werden kann.

Um das Unbehagen produktiv zu machen, braucht es

- diskursive Brücken zwischen Generationen, die unterschiedliche Sorgen und Hoffnungen miteinander verbinden
- regionale Sensibilität, um spezifische Ängste und Ressourcen in Ost und West gezielt anzusprechen
- Strukturen für positive Zukunftserzählungen, die Orientierung und Handlungsfähigkeit fördern

Die Herausforderung liegt darin, das Unbehagen nicht nur zu akzeptieren, sondern es auch als Chance zu begreifen, um eine resiliente und zukunftsfähige Gesellschaft zu gestalten.

¹⁵ Taylor, Unbehagen, 132 ff.

¹⁶ Nassehi, Unbehagen, 309 ff.

5.6 TROST, HALT UND HOFFNUNG ALS RESILIENZFAKTOREN IN UNSICHEREN ZEITEN

In unsicheren und von Krisen geprägten Zeiten spielen Resilienzfaktoren wie Trost, Halt und Hoffnung eine entscheidende Rolle, um individuelle und kollektive Widerstandsfähigkeit zu stärken. Die vorliegenden empirischen Ergebnisse zeigen, dass mentale Ressourcen, soziale Bindungen, spirituelle Praktiken und religiöse Überzeugungen für viele Menschen zentrale Ankerpunkte darstellen. Diese Befunde lassen sich vor dem Hintergrund moderner Theorien zu Resilienz und Sinnstiftung reflektieren.

Mentales Auftanken als Strategie der Selbstwirksamkeit

Ein zentraler Befund der Studie ist, dass viele Menschen Strategien des mentalen Auftankens entwickeln, um den Herausforderungen des Alltags zu begegnen. Zu den wichtigsten Formen des Auftankens gehören

- Zeit in der Natur: Naturerfahrungen werden von vielen Befragten als beruhigend und regenerierend beschrieben. Sie bieten einen Raum der Reflexion und Entschleunigung.
- Kreative Aktivitäten und Hobbys: Musizieren, Malen oder das Pflegen von handwerklichen Projekten dienen als Ventil für Stress und überwältigende Gefühle.
- Sport und Bewegung: Körperliche Aktivität wird von zahlreichen Befragten als ein Weg empfunden, sowohl physische als auch mentale Resilienz zu stärken.

Diese Formen des mentalen Auftankens sind Ausdruck eines bewussten Umgangs mit Belastungen. Sie zeigen, dass Menschen aktiv nach Wegen suchen, um in einer ungewissen Welt Kontrolle über ihr eigenes Wohlbefinden zu behalten.

Wichtigste Ansprechpersonen: Die Bedeutung sozialer Bindungen

Die empirischen Ergebnisse verdeutlichen, dass soziale Bindungen eine essenzielle Rolle spielen, um Trost und Halt zu finden. Die wichtigsten Ansprechpersonen in Krisenzeiten sind

- Familie: Partner, Eltern und Kinder werden am häufigsten genannt. Innerhalb familiärer Netzwerke wird Sicherheit und Vertrauen gefunden, was die Widerstandsfähigkeit stärkt.



- Freunde: Freundschaften bieten emotionale Unterstützung, einen Raum für Austausch und eine Quelle von Ablenkung.
- Professionelle Unterstützung: Therapeuten und Berater spielen besonders bei jüngeren Menschen eine zunehmende Rolle, um mit komplexen Gefühlen und Belastungen umzugehen, wie aktuelle Krankenkassen-Reports verdeutlichen.

Die Ergebnisse zeigen, dass Resilienz nicht allein eine individuelle, sondern auch eine soziale Dimension hat. Beziehungen schaffen ein Fundament, auf dem Menschen in Krisenzeiten aufbauen können.

Bedeutung von Spiritualität und religiösen Praktiken

Ein weiterer zentraler Befund der Studie ist die Bedeutung von Spiritualität und religiösen Praktiken.

- Spiritualität: Auch jenseits traditioneller Religionszugehörigkeit geben eine erhebliche Anzahl an Befragten an, durch Meditation, Achtsamkeit und andere spirituelle Übungen Trost und Hoffnung zu finden.
- Religiöse Praktiken: Für gläubige Menschen spielen Gebet, Gottesdienste und gemeinschaftliche Rituale eine wichtige Rolle, um emotionale Stabilität zu bewahren.

Die empirischen Ergebnisse zeigen auch, dass ein Drittel der Befragten die Ansicht teilen, dass gläubige Menschen tendenziell besser mit Krisen umgehen können. Der Glaube bietet nicht nur Trost, sondern auch narrative Strukturen, um die Welt zu interpretieren. Religiöse Menschen haben oft ein klareres Gefühl von Sinn und Ziel. Religionsgemeinschaften bieten einen sozialen Raum, in dem Menschen Erfahrungen teilen und einander unterstützen können. Diese sozialen Netzwerke tragen dazu bei, Isolation zu vermeiden.

Gleichzeitig zeigt die Studie, dass auch Menschen ohne explizite religiöse Überzeugungen durch andere Formen von Sinnstiftung, die der Selbstwirksamkeit dienen – wie Kreativität, Naturnähe oder soziale Bindungen – Resilienz entwickeln können.

Diskussion im Licht der 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung

Die Ergebnisse der 6. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung zeigen, dass sich die Bedeutung von Religion und Spiritualität in den vergangenen Jahren stark verändert hat:



- Rückgang der traditionellen Religionsbindung: Die Kirchenmitgliedschaft in Deutschland nimmt kontinuierlich ab, was auf eine zunehmende Distanzierung von institutioneller Religion hinweist.
- Aufwertung von Spiritualität: Gleichzeitig gewinnen individualisierte Formen von Spiritualität an Bedeutung. Menschen wenden sich alternativen spirituellen Praktiken wie Meditation, Yoga oder Achtsamkeitsübungen zu. Diese werden als Quellen von Trost und Halt wahrgenommen, insbesondere von jüngeren Generationen.
- Die empirischen Befunde bestätigen, dass Menschen zunehmend selbstbestimmte Wege suchen, um Sinn und Hoffnung zu finden. Die Bindung an institutionelle Religion nimmt ab, während neue Formen spiritueller Praxis und Reflexion entstehen.
- Die vorliegende Studie unterstreicht, dass eine religiöse Resilienz vornehmlich bei älteren Generationen anzutreffen ist. Ältere Menschen bleiben häufiger in traditionellen religiösen Strukturen verwurzelt. Sie ziehen Kraft aus vertrauten Ritualen wie dem Gebet oder dem Besuch von Gottesdiensten. Diese Praktiken schaffen Stabilität und geben Sicherheit in unsicheren Zeiten.

„Existentieller Sinn“ als Ressource für Resilienz

Die Resilienzforschung betont die zentrale Rolle von „Sinn“ als Ressource für Resilienz. Tatjana Schnells Konzept des „existentiellen Sinns“ liefert wichtige Perspektiven zur Einordnung der empirischen Ergebnisse:

Sinnerleben als Schutzfaktor: Schnell argumentiert, dass Menschen, die ihr Leben als sinnvoll empfinden, besser in der Lage sind, mit Krisen umzugehen. Dies deckt sich mit den Befunden, dass sowohl religiöse Menschen als auch jene mit anderen Formen von Sinnstiftung (z. B. Naturnähe oder Kreativität) resilienter auf Belastungen reagieren.

Vielfalt der Sinnquellen: Schnell unterscheidet zwischen „horizontalen“ Sinnquellen (z. B. soziale Beziehungen, Engagement) und „vertikalen“ Sinnquellen (z. B. Religion, Spiritualität). Diese Unterscheidung spiegelt sich in den empirischen Ergebnissen wider, die sowohl soziale Bindungen als auch Spiritualität als zentrale Resilienzfaktoren identifizieren.



Sinnverlust als Risiko: Schnell weist darauf hin, dass der Verlust von Sinnquellen – etwa durch den Rückgang der traditionellen Religionsbindung – zu einer gesteigerten Vulnerabilität führen kann. Dies unterstreicht die Erfordernis, alternative Sinnangebote zu schaffen, um Menschen in unsicheren Zeiten Halt zu geben.

Resümee zur Bedeutung von Trost, Halt und Hoffnung als Resilienzfaktoren

Die vorliegenden Ergebnisse verdeutlichen, dass Trost, Halt und Hoffnung essenzielle Resilienzfaktoren in unsicheren Zeiten sind. Vor dem Hintergrund der „Zeitenwenden“, in denen sich die Gesellschaft gegenwärtig bewegt, scheint dies besonders evident zu sein.

Andreas Reckwitz beschreibt in seiner Theorie „Die Gesellschaft der Singularitäten“ die Moderne als eine Gesellschaft, in der Singularität und Individualisierung dominieren. Die empirischen Befunde bestätigen diesen Trend, da viele Menschen zunehmend individualisierte Formen von Sinn und Halt suchen. Die Ablösung von verbreiteten traditionellen religiösen Bindungen zugunsten personalisierter Spiritualität und alternativer Praktiken spiegelt diesen Wandel wider. Gleichzeitig zeigt sich, dass diese Individualisierung auch zu einer Fragmentierung von Gemeinschaften führt, was kollektive Resilienz schwächen kann.

Der Verlust traditioneller Werte und Bindungen, wie er von Reckwitz an anderer Stelle in seinem Werk „Verlust“ beschrieben wird, ist in den Ergebnissen klar erkennbar. Besonders ältere Menschen halten an vertrauten Strukturen fest, während jüngere Generationen alternative Wege der Sinnstiftung suchen. Dieser Verlust gemeinsamer Bezugsräume erzeugt sowohl Herausforderungen als auch Potenziale für neue Formen von Sinn und Hoffnung.

Die Landschaft der Sinnstiftung und Resilienzstrategien wandelt sich: Traditionelle religiöse Bindungen verlieren an Bedeutung, während individualisierte und alternative Formen von Spiritualität an Relevanz gewinnen. Dies bietet neue Chancen, Menschen in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen zu erreichen und resiliente Strukturen zu schaffen.

Die vorliegende Studie zeigt, dass Menschen aktiv nach Wegen suchen, um emotionale Stabilität zu finden, sei es durch soziale Bindungen, spirituelle Praktiken oder individuelle Strategien des mentalen Auftankens.



KAPITEL 6

Anhang.





6.1 LITERATUR

- Berger, Peter L. / Zijderveld, Anton, Lob des Zweifels. Was ein überzeugender Glaube braucht, Freiburg i. Breisgau 2010.
- Best, Volker / Decker, Frank / Fischer, Sandra / Küppers, Anne, Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2023.
- Bertelsmann-Stiftung (Hg.), Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023. Perspektiven auf das Miteinander in herausfordernden Zeiten, Gütersloh 2024.
- Bertelsmann-Stiftung (Hg.), Ressourcen für Solidarität. Religion macht einen Unterschied, Gütersloh 2024.
- Habermas, Jürgen, Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik, Berlin 2022.
- Lilie, Ulrich / Hörsch, Daniel (Hrsg.), Lebensgefühl Corona. Erkundungen in einer Gesellschaft im Wandel. Eine qualitative Langzeitstudie, Berlin 2021.
- Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus, Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.
- Nassehi, Armin, Unbehagen. Theorie der überforderten Gesellschaft. München 2021.
- Reckwitz, Andreas, Verlust, Ein Grundproblem der Moderne, Berlin 2024.
- Rhein, Philipp, Rechte Zeitverhältnisse. Eine soziologische Analyse von Endzeitvorstellungen im Rechtspopulismus, Frankfurt am Main 2023.
- Rheingold-Institut, Die Zuversicht der Deutschen in multiplen Krisenzeiten, Köln, der 27. Juli 2023. https://identity-foundation.de/wp-content/uploads/2023/07/Identity_Foundation_Zuversicht_Gesamtbericht_Juli_2023.pdf (abgerufen am 29.1.2025)
- Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt (Destatis) / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Bonn 2024.
- Taylor, Charles, Das Unbehagen an der Moderne, Frankfurt am Main 1995.



6.2 FRAGEBOGEN

Größte Probleme

1. Was sind Ihrer Meinung nach derzeit die drei größten Probleme in Deutschland?

Lebenszufriedenheit

2. Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrem Leben zurzeit?

sehr zufrieden

sehr unzufrieden

eher zufrieden

weiß nicht/keine Angabe

eher unzufrieden

Finanzielle Zufriedenheit

3. Und wie zufrieden sind Sie alles in allem mit Ihrer derzeitigen finanziellen Situation?

sehr zufrieden

sehr unzufrieden

eher zufrieden

weiß nicht/keine Angabe

eher unzufrieden

Zukunftsausblick persönlich

4. Wenn Sie an Ihre persönliche Situation denken. Blicken Sie dann eher mit Zuversicht oder eher mit Sorgen auf das kommende Jahr 2025?

eher mit Zuversicht

weiß nicht/keine Angabe

eher mit Sorgen



Zukunftsausblick Deutschland

5. Und wenn Sie an die Situation in Deutschland denken? Blicken Sie dann eher mit Zuversicht oder eher mit Sorgen auf das kommende Jahr?

eher mit Zuversicht

weiß nicht/keine Angabe

eher mit Sorgen

Zukunftsvertrauen Generation

6. Was glauben Sie: Wird es der jüngeren Generation in Deutschland in dreißig Jahren besser, schlechter oder genauso gehen wie den meisten Menschen in Deutschland heute?

besser

genauso wie heute

schlechter

weiß nicht/keine Angabe

Sorgenbarometer (offen)

7. Welche gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland bereiten Ihnen persönlich derzeit am meisten Sorgen?



Sorgenbarometer

8. Bereiten Ihnen die folgenden Entwicklungen sehr große, große, weniger große oder keine Sorgen?

	sehr große Sorgen	große Sorgen	weniger große Sorgen	keine Sorgen	weiß nicht/ keine Angaben
die Zunahme von Naturkatastrophen infolge des Klimawandels					
zunehmender Hass und Feindseligkeit in der Gesellschaft					
die Möglichkeit einer deutschen Beteiligung an einem Krieg					
ein Verlust an sozialer Sicherheit					
zunehmende Inflation, steigende Preise					
ein Verlust an sozialer Sicherheit					
Rechtsextremismus					
Linksextremismus					
Islamismus					
ein Verlust des gesellschaftlichen Wohlstands					
Pandemien					
Migration, Zuzug von Ausländern und Geflüchteten					
eine Zunahme von Konflikten in unserer Gesellschaft					
eine Verschlechterung des Umgangs der Menschen miteinander					



Einschätzung des Solidarklimas

9. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu unserer Gesellschaft zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht/ keine Angaben
Die meisten Menschen denken nur an sich und nicht an andere					
Wer auf andere Rücksicht nimmt, zieht letztlich den Kürzeren					
Im Allgemeinen kann man den meisten Menschen vertrauen					
Arme und in Not Geratene können sich in unserer Gesellschaft auf Unterstützung verlassen					

Gerechtigkeitseinschätzung

10. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zur sozialen Gerechtigkeit in Deutschland zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht/ keine Angaben
Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat.					
Die sozialen Unterschiede in Deutschland sind im Großen und Ganzen gerecht					
Wirtschaftliche Gewinne werden in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.					
Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.					
Es ist Aufgabe des Staates, Einkommensunterschiede zu verringern.					



Demokratiezufriedenheit I

11. Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit ...

sehr zufrieden

sehr unzufrieden

eher zufrieden

weiß nicht/keine Angabe

eher unzufrieden

Demokratiezufriedenheit II

12. Und was würden Sie allgemein zu der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es tatsächlich funktioniert? Sind Sie damit ...

sehr zufrieden

sehr unzufrieden

eher zufrieden

weiß nicht/keine Angabe

eher unzufrieden

Politische (Selbst-)Wirksamkeit

13. Nun geht es um Ihre Einschätzung zu verschiedenen politischen Fragen. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen jeweils zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	weiß nicht/ keine Angaben
Die politischen Probleme sind heute so kompliziert geworden, dass sie nur sehr schwer zu durchschauen sind.					
Es fällt mir schwer, politische Entscheidungen einer bestimmten Partei oder Person zuzuordnen.					
Jenseits von Wahlen gibt es für die Bürger nicht genügend Beteiligungsmöglichkeiten.					
Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Bürger denken.					
In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu befürchten.					



Kommunikation über polarisierende Themen

14. Wenn in der Öffentlichkeit, also z. B. im Fernsehen oder in anderen Medien wichtige Themen diskutiert werden: Haben Sie insgesamt den Eindruck, dass solche Diskussion heute sachlicher und respektvoller geführt werden als früher, werden solche Diskussionen weniger sachlich und respektvoll geführt als früher oder hat sich da wenig verändert?

sachlicher und respektvoller

unverändert

weniger sachlich und respektvoll

weiß nicht/keine Angabe

Polarisierende Gesellschaft

15. Manchmal hört und liest man in den Medien die Aussage, unsere Gesellschaft sei gegenwärtig gespalten. Sehen Sie das auch so oder sind Sie nicht der Meinung, dass unsere Gesellschaft aktuell gespalten ist?

sehe ich auch so

weiß nicht/keine Angabe

bin nicht der Meinung

Falls sehe ich auch so:

16. Und würden Sie sagen, dass unsere Gesellschaft in etwa zwei ähnlich große Lager gespalten ist, wie zum Beispiel die USA zur Zeit, oder gibt es bei uns in Deutschland eher eine Spaltung zwischen einer kleinen Minderheit und einer großen Mehrheit in der Gesellschaft?

Spaltung in etwa zwei ähnlich große Lager

Spaltung zwischen einer kleinen Minderheit und einer großen Mehrheit

weiß nicht/keine Angabe



Triggerpunkte

17. Es kann ja bestimmte Entwicklungen und Ereignisse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft geben, die einen persönlich ärgern oder sogar wütend machen. Fallen Ihnen spontan Entwicklungen oder Ereignisse in unserer heutigen Gesellschaft ein, die Sie richtig ärgern oder sogar wütend machen?

- ja, und zwar: _____ nein
weiß nicht/keine Angabe

Austausch polarisierende Themen

18. Unter „polarisierenden Themen“ verstehen wir im Folgenden die Themen, die in der öffentlichen Diskussion kontrovers diskutiert werden und zu denen es starke Abweichungen von Meinungen zwischen verschiedenen Personengruppen gibt. Mit wem tauschen Sie sich am ehesten über solche kontroversen Themen aus?

- (Ehe-)Partner/-in Bekannte
- enger Familienkreis, z. B. Eltern, Geschwister, Kinder andere Personen: _____
- andere Verwandte mit niemandem
- Freunde weiß nicht/keine Angabe
- Nachbarn
- Arbeitskollegen

Falls nicht „mit niemandem“:

19. Wenn Sie sich mit anderen Personen über strittige Themen austauschen, ist es da schon vorgekommen, dass solche Diskussionen nicht ganz so respektvoll oder unsachlich geführt wurden?

- ja weiß nicht/keine Angabe
- nein, noch nicht vorgekommen



20. Diskussionen über in der Gesellschaft strittige Themen können auch in anderen Umgebungen geführt werden. Haben Sie sich selbst schon einmal in folgendem Rahmen mit anderen über strittige Themen ausgetauscht?

	ja	nein	weiß nicht/ keine Angaben
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte eines Vereins			
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer politischen Partei oder Initiative			
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte der Stadt oder Gemeinde, z. B. Bürgerversammlung			
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer religiösen Gemeinde			
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte einer kirchlich-diakonischen Wohlfahrtseinrichtung			
Veranstaltungen oder Zusammenkünfte nicht-kirchlicher Wohlfahrts- oder Sozialverbände			
eigene Kommentare und Beiträge in sozialen Medien, z. B. Facebook, Instagram, Telegram			

Übereinstimmung im persönlichen Umfeld

21. Wie würden Sie das einschätzen: stimmen Sie mit den meisten Menschen in Ihrem persönlichen Umfeld, mit denen Sie in Ihrem Alltag zu tun haben, in wichtigen Fragen des Lebens und der Politik überein?

in (fast) allen Fragen

in (fast) keinen Fragen

in den meisten Fragen

weiß nicht/keine Angabe

nur in wenigen Fragen

Themenvermeidung

22. Gibt es Themen, die Sie im Umgang mit Menschen in Ihrem persönlichen Umfeld, bewusst nicht ansprechen, um mögliche Konflikte aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu diesen Themen zu vermeiden?

ja

weiß nicht/keine Angabe

nein

**Falls ja:**

23. Was für Themen sind das, die Sie bewusst nicht ansprechen?

24. Ist es schon einmal vorgekommen, dass Sie zu Personen in Ihrem persönlichen Umfeld aufgrund unterschiedlicher Meinungen zu wichtigen gesellschaftlichen Themen auf Distanz gegangen sind oder sogar den Kontakt abgebrochen haben?

ja

weiß nicht/keine Angabe

nein

Umgebungen für kontroverse Themen

25. Welches wären aus Ihrer Sicht geeignete Umgebungen, um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich zu diskutieren?

politische Parteien

Bürgerversammlungen in der eigenen Stadt oder Gemeinde

religiöse Gemeinden, Kirchengemeinden oder Diakonie/Caritas

nicht-kirchliche Wohlfahrts-/und Sozialverbände

(Freizeit-)Vereine

die klassischen Medien, also Fernsehen, Zeitungen, Radio

die sozialen Medien

sonstiges:

nichts davon

weiß nicht/keine Angabe



Kriterien für Umgebungen

26. Welche Kriterien müsste eine solche Umgebung erfüllen, um kontroverse gesellschaftliche Themen respektvoll und sachlich diskutieren zu können?

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> klare Regeln für die Kommunikation | Begrenzung der Redezeit für einzelne Personen |
| neutrale, unvoreingenommene Moderation | Anreicherung mit Expertenwissen und Fakten |
| kleine Personengruppen zum Austausch | nichts davon |
| <input type="checkbox"/> geschützter Rahmen, um frei seine Meinung äußern zu können | weiß nicht/keine Angabe |
| Ermöglichung eines Erfahrungsaustauschs | |

Glaube und Resilienz

27. Wie tanken Sie im Alltag mental am besten auf?

- | | |
|---|-----------------------------------|
| <input type="checkbox"/> durch Unternehmungen oder durch das Beisammensein mit meiner Familie | durch das Gebet |
| durch Unternehmungen oder durch das Beisammensein mit Freunden | in der Kirche, beim Gottesdienst |
| <input type="checkbox"/> in der Natur | bei der Garten- oder Hausarbeit |
| <input type="checkbox"/> beim Sport | durch Hobbys, Freizeitaktivitäten |
| durch Meditation | lesen, fernsehen |
| | sonstiges |

Spiritualität und Religiosität

28. Wie wichtig sind für Ihr mentales Wohlbefinden Spiritualität bzw. Religiosität?

- | | |
|---------------------------------------|-------------------------|
| <input type="checkbox"/> sehr wichtig | unwichtig |
| <input type="checkbox"/> wichtig | weiß nicht/keine Angabe |
| weniger wichtig | |



29. Wie sehr stimmen Sie der folgenden Aussage zu: „Gläubige Menschen kommen besser durch herausfordernde Zeiten als nicht gläubige Menschen“.

- | | |
|--|---------------------------|
| <input type="checkbox"/> stimme voll und ganz zu | stimme überhaupt nicht zu |
| <input type="checkbox"/> stimme eher zu | weiß nicht/keine Angabe |
| <input type="checkbox"/> stimme eher nicht zu | |

Beten

30. Wie häufig beten Sie?

- | | |
|---|-------------------------|
| <input type="checkbox"/> täglich | mehrmals im Jahr |
| <input type="checkbox"/> mehrmals pro Woche | seltener |
| <input type="checkbox"/> einmal pro Woche | nie |
| <input type="checkbox"/> mehrmals pro Monat | weiß nicht/keine Angabe |
| <input type="checkbox"/> einmal pro Monat | |

Ansprechperson

31. Wer ist für Sie bei persönlichen Sorgen die wichtigste Ansprechperson?
Mit wem sprechen Sie vor allem über Ihre persönlichen Sorgen?

- | | |
|--|-------------------------|
| <input type="checkbox"/> (Ehe-)Partner/-in | Arbeitskollegen |
| <input type="checkbox"/> enger Familienkreis, z. B. Eltern,
Geschwister, Kinder | Bekannte |
| <input type="checkbox"/> andere Verwandte | andere Personen: |
| <input type="checkbox"/> Freunde | |
| <input type="checkbox"/> Nachbarn | weiß nicht/keine Angabe |



Religionszugehörigkeit

32. Welcher Religionsgemeinschaft gehören Sie an?

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> der evangelischen Kirche | einer anderen, nicht-christlichen Religionsgemeinschaft |
| <input type="checkbox"/> einer evangelischen Freikirche | keiner Religionsgemeinschaft |
| <input type="checkbox"/> der römisch-katholischen Kirche | weiß nicht/keine Angabe |
| <input type="checkbox"/> einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft | |

Verbundenheit Religionsgemeinschaft

falls Religionsgemeinschaften angegeben:

33. Wie stark fühlen Sie sich mit Ihrer Religionsgemeinschaft verbunden?

- | | |
|---|---------------------------|
| <input type="checkbox"/> sehr verbunden | kaum verbunden |
| <input type="checkbox"/> ziemlich verbunden | überhaupt nicht verbunden |
| <input type="checkbox"/> etwas verbunden | weiß nicht/keine Angabe |

Religiosität

34. Würden Sie von sich selbst sagen, dass Sie eher religiös oder nicht religiös sind? Wo würden Sie sich auf einer Skala von 1 = gar nicht religiös bis 10 = sehr religiös einstufen?

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<hr/>									
gar nicht religiös					sehr religiös				

weiß nicht/keine Angabe



Spirituell-religiöse Praktiken

35. Wie häufig haben Sie in den letzten 12 Monaten aus spirituell-religiösen Gründen folgende Praktiken ausgeübt?

	einmal	mehrmals	gar nicht	weiß nicht/ keine Angaben
Anzünden einer Kerze				
Meditation				
Fasten				
Pilgern				

Soziodemographie

Geschlecht

weiblich

männlich

divers

Alter: _____

Region: _____

Ortsgröße (Einwohner): _____

Schulbildung: _____

Familienstand/Partnerschaft: _____

Haushaltsnettoeinkommen: _____

Parteineigung: _____

Erwerbstätigkeit, Stellung im Beruf: _____

Politische Selbsteinschätzung: _____



midi

Evangelische Arbeitsstelle für
missionarische Kirchenentwicklung
und diakonische Profilbildung

1. Auflage

Herausgeber: midi/
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V.

Redaktion

Daniel Hörsch

Satz, Gestaltung &
Illustrationen

gobasil.com

Kontakt

midi/Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1

10115 Berlin

030 652 111 862

info@mi-di.de

[@hallo_midi](http://mi-di.de)

Grafiken &

Gestaltungskonzept

Social Social